

Arbeitshilfen

Nr. 227

Lange Wege –
Dokumente zur Versöhnungs-
arbeit der Katholischen Kirche in
Deutschland

22. Juni 2009

Lange Wege –
Dokumente zur Versöhnungs-
arbeit der Katholischen Kirche in
Deutschland

22. Juni 2009

Lange Wege – Dokumente zur Versöhnungsarbeit der Katholischen Kirche in Deutschland / hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. – Bonn 2009. – 214 S. – (Arbeitshilfen ; 227)

INHALT

Vorwort des Vorsitzenden den Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch.....	7
---	---

Teil 1 Versöhnungsfonds

„Unrecht der Geschichte – Perspektiven der Versöhnung“ Rede des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann (Mainz), im Rahmen des Tageskongresses „Gegen Unrecht und Gewalt – Erfah- rungen und Perspektiven kirchlicher Versöhnungsarbeit“ (30. Januar 2001)	10
„Versöhnung als Verantwortung für die Zukunft“ Vortrag von Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, auf der Abschlussveranstaltung des Versöhnungsfonds der katholischen Kirche „Wege zur Versöhnung“ (12. Oktober 2006)	25
„Erfahrungen aus fünf Jahren Versöhnungsfonds“ Bericht des Geschäftsführers von Renovabis, Dr. Gerhard Albert, auf der Abschlussveranstaltung des Versöhnungs- fonds der katholischen Kirche „Wege zur Versöhnung“ (12. Oktober 2006)	45
„Perspektiven der Versöhnung“ Rede von Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski bei der Ab- schlussveranstaltung des Versöhnungsfonds der katholischen Kirche „Wege zur Versöhnung“ (12. Oktober 2006)	53

Teil 2 Erklärungen der Deutschen Bischofskonferenz

„Die Last der Geschichte annehmen“ Wort zum Verhältnis von Christen und Juden aus Anlass des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938. Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk (9. November 1988)	67
„Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei“ Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk (8. März 1990).....	85
„Gerechter Friede“ Auszüge aus dem Wort der Deutschen Bischöfe (27. September 2000)	91
Erklärung der deutschen Bischöfe aus Anlass des 60. Jahres- tages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz (27. Januar 2005)	107
Besuch des Ständigen Rates der Deutschen Bischofs- konferenz in der Gedenkstätte Yad Vashem/Jerusalem Ansprache des Vorsitzenden der Deutschen Bischofs- konferenz, Karl Kardinal Lehmann (2. März 2007).....	113
„Für Wege der Versöhnung aus der Kraft der Erinnerung“ Statement des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskon- ferenz, Karl Kardinal Lehmann, während des Presse- gesprächs zur Gründung der Maximilian-Kolbe-Stiftung (19. November 2007)	117

Teil 3 Die deutsch-polnischen Beziehungen als Feld der Bewährung

- „Das Geschenk der Versöhnung weitergeben“
Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz
und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des
30. Jahrestages des Briefwechsels von 1965
(13. Dezember 1995) 125
- „Versöhnung und Freundschaft – Blick auf Europas Zukunft“
Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz
und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des
40. Jahrestages des Briefwechsels von 1965
(21. September 2005) 139
- „Der lange Weg der Versöhnung“
Ansprache von Bischof em. Dr. Josef Homeyer, Hildesheim,
beim Festakt zum 40. Jahrestag des Briefwechsels der polni-
schen und deutschen Bischöfe von 1965
(21. September 2005) 144
- „Der historische Kontext und die Bedeutung der
Gemeinsamen Erklärung der Polnischen und Deutschen Bi-
schofskonferenzen“
Vortrag von Erzbischof Henryk Muszyński in Breslau
(24. September 2005) 161

Teil 4 Wichtige Impulse der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI.

- Apostolisches Schreiben von Papst Johannes Paul II.
zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges
(1. September 1989) 173

Vergebungsbite von Papst Johannes Paul II. Allgemeines Gebet, Schuldbekentnis und Vergebungs- bitte beim Pontifikalgottesdienst in St. Peter in Rom (12. März 2000)	191
„Die Kirche empfindet tiefste Trauer“ Rede von Papst Johannes Paul II. in Yad Vashem/Jerusalem (23. März 2000).....	200
Ansprache von Papst Benedikt XVI. anlässlich seines Besuches in der Kölner Synagoge (19. August 2005).....	203
Ansprache von Papst Benedikt XVI. im ehemaligen Konzentra- tionslager Auschwitz-Birkenau (28. Mai 2006).....	208

Vorwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch

Versöhnung ist ein großes, nicht selten missbrauchtes Wort. Es bringt unsere Sehnsucht nach einer veränderten Welt zum Ausdruck, unsere Sehnsucht nach Heilung im Angesicht von Schuld und von Wunden, die sich Menschen und Völker in ihrer Geschichte beigebracht haben. Versöhnung verweist somit auf einen Horizont, der uns oft kaum erreichbar scheint, ohne den aber die Welt in ihrer eigenen Gewalttätigkeit versinken würde. Wer von Versöhnung spricht, zielt auf tiefgehende Veränderungen – auf schwierige und lange Wege, die schließlich neue Gemeinschaft entstehen lassen. Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität sind hier unverzichtbare Wegweiser.

Mit Dankbarkeit haben wir Deutschen erleben dürfen, dass Nachbarn uns nach dem Ende des verbrecherischen NS-Regimes wieder die Hand gereicht haben. Auch viele Überlebende der Shoa waren zu einem neuen Anfang bereit. In solchen, alles andere als selbstverständlichen Erfahrungen wird für uns Christen das Wirken Gottes sichtbar, der in Tod und Auferstehung Jesu Christi seinen unbedingten Willen zur Versöhnung mit den Menschen, aber auch der Menschen untereinander bekundet hat.

Mit der vorliegenden Dokumentation möchten wir Interessierten in und außerhalb der Kirche, Organisationen und Wissenschaftlern einen vertieften Einblick in die sich weiter entwickelnde Theologie und Praxis des Versöhnungshandelns der katholischen Kirche in Deutschland ermöglichen. Die Texte stammen vorwiegend aus den letzten 20 Jahren, viele von ihnen sind bislang in gedruckter Form nicht zugänglich gewesen.

Der erste Teil der Dokumentation behandelt den „Versöhnungsfonds der katholischen Kirche“, der in den zurückliegenden Jahren viele gelungene Projekte gefördert hat. Dieser Fonds ging auf die gesellschaftliche und innerkirchliche Diskussion über Zwangsarbeit in kirchlichen Einrichtungen während des Zweiten Weltkriegs zurück. Im Jahr 2001 war deutlich geworden, dass auch kirchliche Träger in das nationalsozialistische System der Zwangsarbeit involviert worden waren, woraufhin die Bischöfe sich entschlossen, dieses Kapitel der Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten¹ und einen Entschädigungsfonds für die noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter einzurichten. Darüber hinaus sollte der gleichzeitig aus der Taufe gehobene Versöhnungsfonds der kirchlichen Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit anregende und verstärkende Impulse geben. Er war ausgerichtet auf einen immer auch selbstkritischen Umgang mit den offenen Fragen der unrechts- und gewaltbelasteten Vergangenheit und zugleich als Zeichen der Anerkennung für die vielen Initiativen gedacht, die sich beharrlich und geduldig dem Werk der Versöhnung widmen.

Der zweite Teil der Dokumentation umfasst verschiedene Verlautbarungen der Deutschen Bischofskonferenz. Er zeigt die Grundmarkierungen kirchlichen Versöhnungsdenkens und ihre Einbettung in eine umfassende Friedensethik. Die Perspektive der Opfer, die Bedeutung von Erinnerung und Begegnung als Schritte auf dem Weg des Umgangs mit belasteter Vergangenheit bilden den *basso continuo* der Texte. Ihr Schwerpunkt liegt auf dem Verhältnis von Christen und Juden.

Die Beziehung zu Polen stellt bis heute ein weiteres zentrales Feld der Bewährung dar. Ihr geht der dritte Teil der Dokumen-

¹ Karl-Joseph Hummel, Christoph Kösters (Hg.): Zwangsarbeit und Katholische Kirche 1939–1945. Geschichte und Erinnerung, Entschädigung und Versöhnung. Eine Dokumentation, Paderborn 2008.

tation nach. Eine entscheidende Wegmarke in diesem Verhältnis ist der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe aus dem Jahre 1965. Da er bereits vielfach dokumentiert und analysiert wurde, haben wir uns entschieden, ihn an dieser Stelle nicht erneut zu publizieren und stattdessen einige Texte zu präsentieren, die in der Tradition dieses Briefwechsels stehen und seine Anliegen aktualisieren. Die gemeinsamen Erklärungen der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz von 1995 und 2005 lesen sich in diesem Zusammenhang auch als Dokumente eines ermutigenden Lernprozesses.

Das Nachdenken der katholischen Kirche in unserem Land steht im größeren Kontext der universalen Kirche. Die Verkündigung der beiden letzten Päpste ist deshalb Gegenstand des vierten Teils dieses Bandes. Papst Johannes Paul II. hat es, sicher auch vor dem Hintergrund seiner eigenen Biografie, wie wohl kein anderer verstanden, die vielfältigen Erfahrungen der Ortskirchen im Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit zu verdichten und wesentliche Impulse zur Stärkung und Klärung des kirchlichen Zeugnisses zu setzen. Sein Nachfolger Papst Benedikt XVI. geht diesen Weg weiter.

Unsere Dokumentation will einen Beitrag zur systematischen Entfaltung einer Theologie der Versöhnung leisten und diejenigen ermutigen und inspirieren, die sich um eine Überwindung der schweren Konflikte und Verwerfungen unserer Zeit mühen. Damit wir alle immer mehr zu Werkzeugen von Gottes Frieden werden!

+ Erzbischof Dr. Robert Zollitsch

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Teil I Versöhnungsfonds

„Unrecht der Geschichte – Perspektiven der Versöhnung“

Rede des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann (Mainz), im Rahmen des Tageskongresses „Gegen Unrecht und Gewalt – Erfahrungen und Perspektiven kirchlicher Versöhnungsarbeit“ (30. Januar 2001)

Ich freue mich, dass Sie so zahlreich der Einladung der Deutschen Bischofskonferenz gefolgt sind und an unserem Tageskongress „Gegen Unrecht und Gewalt – Erfahrungen und Perspektiven kirchlicher Versöhnungsarbeit“ teilnehmen.

Es wird Ihnen allen wahrscheinlich bekannt sein, dass die Bischofskonferenz im letzten August den „Versöhnungsfonds der Katholischen Kirche in Deutschland“ eingerichtet hat. Die heutige Zusammenkunft ist die Auftaktveranstaltung für diesen Fonds. Sehr konkret wird im Laufe der Veranstaltung deshalb davon die Rede sein, wie der Versöhnungsfonds arbeitet und welche Richtlinien der Förderpraxis zugrunde liegen. Unser Kongress soll über die Befassung mit solchen praktischen Fragen hinaus aber auch Gelegenheit bieten, in grundsätzlicher Weise darüber nachzudenken, was Versöhnung vor dem Hintergrund einer unrechts- und schuldbehafteten Geschichte bedeutet und in welcher Weise gerade wir Christen hier herausgefordert sind.

Diesem Nachdenken dienen die Beispiele praktischen Versöhnungshandelns, die uns im Laufe des Nachmittags vorgestellt

werden, daneben aber auch die beiden Vorträge, die den Kongress am heutigen Vormittag eröffnen. Ich bedauere sehr, dass Herr Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki wegen Krankheit absagen musste. Er ist ein großer Zeuge für Verständigung und Versöhnung unter den europäischen Völkern. Wir grüßen ihn im Krankenhaus in Warschau und wünschen ihm gute Besserung und eine gute Lösung der anstehenden politischen Probleme.

I. Zur Vorgeschichte des Versöhnungsfonds: die Kirche während des Nationalsozialismus und die Diskussion über die Zwangsarbeiter-Problematik

An den Anfang meiner Überlegungen möchte ich einige Bemerkungen zur Vorgeschichte des Versöhnungsfonds stellen. Wie Sie wissen, geht die Entscheidung, einen Versöhnungsfonds einzurichten und mit 5 Millionen DM auszustatten, auf die Debatte über Entschädigungen für die ehemaligen Zwangsarbeiter in der Zeit des Nationalsozialismus zurück. Nach langem Hin und Her und unter erheblichem Druck aus den USA hatte sich die deutsche Wirtschaft 1999 schließlich bereit erklärt, mittels einer gemeinsam mit der Bundesregierung getragenen Stiftung jene Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges von deutscher Seite aus ihrer Heimat verschleppt und zum Arbeitsdienst gepresst worden sind, eine Entschädigung zu zahlen. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Zwangsarbeiter erreichte dann im Sommer 2000 auch die Kirchen, denen sehr pauschal vorgeworfen wurde, Teil des von den Nationalsozialisten errichteten Ausbeutungssystems gewesen zu sein.

Es braucht nicht verschwiegen zu werden, dass wir durch diese Vorwürfe zunächst einigermaßen überrascht wurden, da sich

die historische Forschung bis dahin mit dem Einsatz von ausländischen Arbeitskräften in kirchlichen Einrichtungen während der NS-Zeit gar nicht befasst hatte. Die Bistümer und z. B. auch die Orden haben daraufhin eine sehr sorgfältige Sichtung der kirchlichen Archive in Auftrag gegeben, die noch nicht abgeschlossen ist, aber doch bereits sehr wesentliche Einsichten ermöglicht. Klar geworden ist dabei, dass Menschen, die vom NS-Staat widerrechtlich zur Arbeit herangezogen wurden, in einer Reihe von Fällen auch in kirchlichen Stellen oder Häusern tätig waren. Es handelt sich hier allerdings um eine verhältnismäßig kleine Zahl. Man wird von einigen Tausend ausgehen können, während die Gesamtzahl der Zwangsarbeiter bei mehr als 5,5 Millionen gelegen haben dürfte – wobei die Kriegsgefangenen, für die völkerrechtlich besondere Regeln galten, hier noch gar nicht berücksichtigt sind. Die Erhebungen und Untersuchungen haben darüber hinaus auch deutlich gemacht, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen derer, die der Kirche als Arbeitskräfte zugewiesen wurden, in keiner Weise den Sklavenverhältnissen ähnlich waren, die Zwangsarbeiter in der Industrie oft zu ertragen hatten. Die ausländischen Arbeiter waren bei der Kirche keiner Schwer- oder Schwerstarbeit ausgesetzt. Und sie wurden – nach allem, was wir bisher in Erfahrung bringen konnten – wie vergleichbare deutsche Arbeitskräfte entlohnt. Es ist gewiss kein Zufall, dass staatliche Stellen wiederholt die zu menschliche Behandlung von Zwangsarbeitern durch Priester und Ordensleute kritisiert haben und viele Kirchenleute wegen der Seelsorgebemühungen gegenüber Ausländern mit dem damaligen Gesetz in Konflikt gerieten. Viele Priester kamen deswegen in das KZ. Ich habe früher auf die Zusammenhänge mit der Entstehung der „Arbeiterpriester“ hingewiesen.

Wenn man all dies berücksichtigt und dann noch hinzunimmt, dass die Arbeiter in katholischen Einrichtungen möglicherweise überhaupt keine Entschädigungszahlungen aus der von Staat

und Wirtschaft getragenen Stiftungsinitiative erhalten hätten, weil sie ganz überwiegend in der Landwirtschaft und in keinem Falle in der Industrie tätig waren, so wird man wohl verstehen können, warum sich die Deutsche Bischofskonferenz entschlossen hat, der Stiftungsinitiative nicht beizutreten und stattdessen einen eigenen Weg der Entschädigung zu gehen. Der von uns eingerichtete Entschädigungsfonds hat – wie Sie den Medien entnommen haben werden – seine Arbeit inzwischen aufgenommen und ist dabei, Zwangsarbeiter in katholischen Einrichtungen ausfindig zu machen. Erste Entschädigungen wurden bereits ausgezahlt.

Mir liegt sehr daran, dass die eben angestellten Überlegungen nicht missverstanden werden. Keineswegs darf es uns als Kirche darum gehen, eigene Schuld und Schuldverstrickung in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Abrede zu stellen oder klein zu reden. Das von den deutschen Bischöfen im September 2000 veröffentlichte Wort zum „Gerechten Frieden“ lässt hier nichts an Eindeutigkeit vermissen. Ich möchte deshalb die einschlägige Passage ausführlich zitieren. Es heißt dort: „Wie bitter und doch notwendig es sein kann, demütig Rechenschaft über eigenes Versagen und eigene Schuld gegenüber verhängnisvollen Entwicklungen in der Gesellschaft abzulegen, haben wir in jüngster Vergangenheit selbst erfahren. Denn es stellte sich die Frage nach dem Anteil von Gliedern der Kirche am nationalsozialistischen Krieg, der auf Eroberung, Versklavung und Vernichtung der Nachbarvölker Deutschlands abzielte. Der Charakter dieses vorsätzlich heraufbeschworenen Krieges wurde auch von vielen Christen lange verkannt, seine Dimensionen wurden erheblich unterschätzt. Selbst solche, die keinerlei Sympathie für den Nationalsozialismus empfanden oder ihm sogar ausgesprochen ablehnend gegenüberstanden, waren oft in nationalistischen Vorstellungen gefangen, die sie das leidvolle Schicksal der angegriffenen Völker kaum wahr-

nehmen ließen. Dazu, den Opfern aktiv beizustehen, für sie Leib und Leben zu riskieren, der Propaganda des Hasses privat oder öffentlich entgegenzutreten, sahen sich zu wenige imstande. „Angesichts des Ausmaßes an Desinformation und an Druck, dem sich die damals Lebenden ausgesetzt sahen, dürfen wir aber nicht überheblich den Stab über eine ganze Generation [...] brechen und damit zugleich die Opfer [...] missachten, die in jener Zeit nicht zuletzt von Christen gebracht wurden. So bewegen wir uns in unserem Bemühen darum, mit der schuldbehafteten Vergangenheit angemessen umzugehen, auf einem schmalen und dornigen Pfad.“ (Die deutschen Bischöfe, Ge-rechter Friede, Bonn 2000, Nr. 169).

Sich auf diesem schmalen und dornigen Pfad, von dem wir Bischöfe gesprochen haben, zu bewegen, fordert moralischen Mut ebenso wie historisches Unterscheidungsvermögen. Aber nur wenn wir uns auf diese Weise der Geschichte unserer Kirche nähern, sind wir fähig, sehr präzise von Schuld zu sprechen, anstatt uns in ein allzu allgemeines Schuldbekennnis einzubeziehen und damit der tatsächlichen Schuld auf eine mehr oder weniger subtile Weise erneut auszuweichen. Von der Schuld nämlich gilt, was Berthold Brecht über die Wahrheit gesagt hat: Sie ist immer konkret.

Gerade wenn man all dies in Rechnung stellt, ist es sehr schwierig, die Frage nach Schuld und Schuldverstrickung der Kirche oder von Mitgliedern der Kirche in der Zwangsarbeiter-Frage angemessen zu beantworten. Immerhin aber müssen wir festhalten, dass es dem nationalsozialistischen Regime gelungen ist, auch uns als Kirche – wenn auch nur gleichsam an der Peripherie – in seine völkerrechtswidrigen Machenschaften zu verstricken. Der einzelne kirchliche Träger, dem Zwangsarbeiter zugewiesen wurden, wird wahrscheinlich kaum eine Möglichkeit gesehen haben, sich dem zu entziehen. Aber es war wohl doch auch so, dass uns als Kirche insgesamt das Unrechtmäßige die-

ser Beschäftigung von Arbeitskräften nicht ausreichend vor Augen gestanden hat.

Das erklärt mindestens zu einem Teil, warum auch die Kirche so lange Zeit – 55 Jahre – gebraucht hat, um sich diesen Fragen zu stellen. Doch ist hier noch Weiteres zu bedenken, nämlich das Gesamt-Problem von Entschädigungen nach dem Nationalsozialismus. Unsere Gesellschaft hat sich insgesamt doch sehr schwer damit getan, durch Entschädigungen oder Wiedergutmachungsleistungen – wie man früher etwas unglücklich sagte – den Ansprüchen der Opfer gerecht zu werden. In unserem Wort „Gerechter Friede“ haben wir festgehalten, dass die Entschädigungspraxis „oft verspätet, zögerlich und gelegentlich widerwillig“ erfolgte (Die deutschen Bischöfe, Gerechter Friede, Bonn 2000, Nr. 120). Dies hat, so scheint es, gar nicht einmal in erster Linie damit zu tun, dass die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft ihre Geldbörse prinzipiell zugeknöpft hielt. Viel eher ging es darum, dass die Debatte um Entschädigungen unser Volk in sehr konkreter Weise mit den Opfern des „Dritten Reiches“ konfrontierte. Für die Erlebnisgeneration – mit ihren Opfern und Tätern, mit ihren Widerstandskämpfern und Mitläufern – bedeutete dies eine schwer zu meisternde Herausforderung. Aber den schwärenden Wunden war nicht durch selbst auferlegte Amnesie (Erinnerungslücke) beizukommen. Und so traten in Wellen immer neue Opfergruppen ins Blickfeld: die Juden und die politischen Opfer des Nationalsozialismus zuerst, dann aber auch die Roma und Sinti, die Kriegsdienstverweigerer und die Deserteure, schließlich auch die Homosexuellen, deren Leiden der Deutsche Bundestag erst im Jahre 2000 – dann aber immerhin einstimmig – gewürdigt hat.

Die Kirche ist in diesen Jahren von der schwierigen öffentlichen Debatte natürlich nicht unberührt geblieben. Einerseits ist sie durchaus so etwas wie eine Avantgarde der Versöhnung gewesen, die nicht nur ihrer eigenen Opfer gedacht hat, sondern be-

müht war, die moralische Last des deutschen Volkes mit zu tragen und abtragen zu helfen. Andererseits muss selbstkritisch gesagt werden, dass auch wir nicht zu allen Zeiten alle Opfergruppen angemessen in den Blick genommen haben. Wir waren hier auch mit der Gesellschaft Lernende und manchmal wohl auch solche, die nicht schnell genug gelernt haben. Hier liegt – so scheint mir – ein wesentlicher Grund dafür, dass wir uns viel zu spät der Nöte der ehemaligen Zwangsarbeiter bewusst geworden sind. Und darin liegt auch ein Moment von Schuld, der wir alle nicht ausweichen sollten.

II. Erinnerung als Grundlage der Versöhnung

Die Bischofskonferenz hat den Versöhnungsfonds neben – oder besser gesagt: zusammen mit – dem Entschädigungsfonds eingerichtet. Dies hat seinen guten Grund. Denn beide bilden einen Zusammenhang. Vielleicht kann man sagen, dass es sich um so etwas wie Zwillinge handelt. Beide Fonds beziehen sich aufeinander und interpretieren sich wechselseitig.

Dieses grundlegende Verständnis von Versöhnung, das uns schon in der Auseinandersetzung mit der Entschädigungsfrage begegnete, möchte ich nun in einigen kurzen Überlegungen vertiefen und auf seine Konsequenzen befragen.

Zunächst einmal ist dabei festzuhalten, dass der Gedanke und die Praxis der Versöhnung entschieden gegen eine immer wieder aufkommende „Schlussstrichmentalität“ stehen. Denn Versöhnung und der viel berufene Schlussstrich unter das Vergangene vertragen sich nicht. Zwar gibt es im politischen Alltagsgeschäft immer wieder den Versuch – und die Versuchung –, Versöhnung dadurch zu erreichen, dass die Geschichte beiseite gelegt, weggewischt wird. Aber wir haben immer wieder die

Erfahrung machen können, dass dies auf lange Sicht nicht funktioniert. Denn die Macht der Geschichte ist von durchdringender und lang anhaltender Kraft. Besonders gilt dies für die dunklen Seiten der Vergangenheit. Die Erfahrungen von erlittener ungerechter Gewalt, von Demütigungen und Erniedrigung traumatisieren die Opfer, und auch die Täter bleiben im Bann der Unrechtsgeschichte gefangen. Schuldbehaftete Vergangenheit prägt die einzelnen Menschen ein Leben lang, Gesellschaften oft über Generationen.

Diese von Historikern, Anthropologen und Psychologen vielfältig belegte Einsicht ist uns Christen alles andere als fremd. Das Bußsakrament, das wir auch das Sakrament der Versöhnung nennen, gründet sowohl theologisch wie anthropologisch genau hier: dass Schuld nur vergeben werden kann, wenn sie eingestanden und bereut wird; und dass ein neues Zueinander – Versöhnung eben – nur erreicht werden kann, wenn die Folgen der Schuld, soweit möglich, überwunden werden. Nur so – und eben nicht indem die schuldbeladene Geschichte einfach übersprungen wird – kann dann auch wieder so etwas wie eine gute Normalität entstehen.

Das Mühen um echte Versöhnung stellt sich dem Geschehenen mit größtmöglicher Wahrhaftigkeit. Dabei geht es nicht um ein wertfreies historisches Interesse, sondern um Erinnerung. Alle Individuen, gesellschaftlichen Gruppen und Völker haben solche Erinnerungen, die zutiefst das Denken und Empfinden, das eigene Selbstverständnis, ihre Identität bestimmen. In der Erinnerung wird Geschichte gedeutet, und in dieser Deutung wird sie lebensbestimmend gegenwärtig. Der Krieg auf dem Balkan im zurückliegenden Jahrzehnt hat auf drastische Weise gezeigt, wie die jeweilige Erinnerung an teilweise weit zurückliegende Ereignisse die Einstellung der verschiedenen Völker zueinander prägen kann. Die Kroaten erschienen den Serben als die Nachfolger der faschistischen Usthas aus dem Zweiten Weltkrieg,

die Serben waren in den Augen der Kroaten die wiedererstandenen mörderischen Tschetniks. Dieses Beispiel zeigt nicht nur, wie kraftvoll und auch wie zerstörerisch historische Erinnerungen wirken, es macht auch deutlich, wie manipulationsanfällig Erinnerungen sind. Denn auch im ehemaligen Jugoslawien begegnen wir nicht einem sozusagen naturwüchsigen Erinnern. Es gab vielmehr lang dauernde Anstrengungen nationalistischer Kreise, die Deutungshoheit über das nationale Erinnern zu erlangen.

Erinnerung ist deshalb keineswegs schon von sich aus versöhnungsfördernd. Anfang und Grundlage der Versöhnung ist sie vielmehr nur da, wo Erinnerung sich dem Leiden und dem Unrecht und vor allem eben dem Leiden der anderen, dem Unrecht, das ihnen angetan wurde, stellt und die Schuld nicht ausblendet. Die Erinnerung, die uns abverlangt ist, ist also eine qualifizierte Form des Erinnerns, ein Erinnern, das den Zusammenhang zwischen Freiheit, Moralität und Geschichte wahrt – und gerade deshalb von der Hoffnung begleitet ist, dass Schuld und Leiden, Verbrechen und Verwüstung nicht das letzte Wort der Geschichte sein müssen.

In diesem Sinne ist das bekannte jüdische Weisheitswort zu verstehen: „Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnern“. Aus diesem Geist leben auch die christliche Hoffnung auf und das Engagement für Versöhnung. Die Erinnerungskultur, an der es zu arbeiten gilt, muss den Menschen in seiner Freiheit und damit auch in seiner Schuldfähigkeit ebenso ernst nehmen wie die Deformationen und Traumatisierungen, die erfahrenes Leid mit sich bringen können. Sie muss die Perspektiven der Opfer in den Mittelpunkt rücken, aber auch dem Täter die Umkehr zutrauen.

Vor diesem Hintergrund ist es eine der wesentlichen Aufgaben des Versöhnungsfonds, Projekte zu unterstützen, die die Erinne-

rung an das nationalsozialistische Gewaltregime wach halten, das Gedenken an die Opfer fördern und das Verständnis für ihre Situation vertiefen. Diese Arbeit hat auch mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Nationalsozialismus nichts von ihrer Bedeutung verloren. Das Erstarren neonazistischer und ähnlicher rechtsextremistischer Bewegungen, die dramatische Zunahme von Gewalttaten gegen Ausländer, Juden und andere Minderheiten in Deutschland zeigt dies ja auf besonders drastische Weise. Zwar wird unsere Gesellschaft den Kampf gegen diesen Ungeist und diese Untaten nur mit einer Vielzahl von Maßnahmen gewinnen können, aber er wird überhaupt nur zu gewinnen sein, wenn sich die Gesellschaft des Wertekonsenses versichert, der nicht zuletzt in der kollektiven Erfahrung mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat wurzelt.

Eine besondere Herausforderung für die Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft liegt heute zweifellos darin, dass die Erlebnisgeneration langsam ausstirbt und es nicht immer leicht fällt, jungen Leuten einen angemessenen Zugang zu einer historischen Verantwortung zu erschließen, die nichts mit persönlicher Schuld zu tun haben kann. Darüber hinaus hat unser Land in den vergangenen Jahrzehnten eine große Zahl von Einwanderern aufgenommen, die mit ihren Kinder in anderer Weise vor der deutschen Geschichte stehen als die Kinder derjenigen, deren Eltern und Großeltern während der nationalsozialistischen Zeit in Deutschland gelebt haben und die deshalb anders in den historischen Zusammenhang eingebettet sind. Das Bemühen um gesellschaftliche Erinnerung wird dieser Situation Rechnung tragen müssen. Erinnerung ist nie ein für allemal abgeschlossen und kann späteren Generationen nicht einfach übergestülpt werden. Sie ist ein lebendiger Prozess und die entscheidenden Erfahrungen können überhaupt nur weitergegeben werden, wenn neue Generationen mit ihren Fragen und lebensgeschichtlichen Horizonten diesen aktiv mitgestalten.

III. Versöhnung braucht Begegnung

Hier ist schon angedeutet, dass Erinnerung und Begegnung eng verschwistert sind. Denn in einem Prozess der Versöhnung geht es ja nicht allein darum, dass jede Seite die Wahrhaftigkeit der eigenen Erinnerung nicht scheut. Es ist unabdingbar, die Erinnerungen der anderen zu Wort kommen zu lassen und sich mit deren Erinnerungen zu konfrontieren.

Die Versöhnungsarbeit der vergangenen Jahrzehnte bestand darum folgerichtig zu wesentlichen Teilen aus Begegnungen. Kundig angeleitet und begleitet, kann Begegnung Menschen tief greifend verändern. Unzählige Gemeinden und Diözesen können dies aus langer Arbeit bezeugen. Ich denke hier auch an Pax Christi, das diesen Weg unmittelbar nach dem Krieg gemeinsam mit den französischen Partnern gegangen ist und ihn, wenn auch in anderer Form, heute z. B. in Bosnien-Herzegowina beschreitet. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat sehr frühzeitig begonnen, intensive Kontakte nach Polen aufzunehmen und so dazu beigetragen, dass die Katholiken beider Länder trotz des unermesslichen Leidens, das dem polnischen Volk während des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges zugefügt wurde, wieder zueinander finden konnten. Man kann auch auf die ökumenische Aktion Sühnezeichen verweisen, ebenso wie auf die Deutsche Kommission Justitia et Pax, die mit ihren Exposure- und Dialogprogrammen die Begegnung von Deutschen mit Armen in Entwicklungsländern und neuerdings auch in Südosteuropa ermöglicht. Immer geht es dabei darum, dass die Geschichte den Beteiligten in den konkreten Lebensgeschichten der anderen nahe kommt.

Der Versöhnungsfonds will solche Begegnungsarbeit verstärken helfen und möglichst auch neue, innovative Vorhaben unterstützen. Eine große Vielfaltigkeit ist dabei nur wünschenswert.

Das Spektrum reicht von eher informellem Austausch zwischen hiesigen und ausländischen Gruppen, bei denen sich nicht immer schon von vornherein absehen lässt, ob die Begegnung tiefere Wurzeln schlagen wird, über langfristig und systematisch angelegten Dialog – z. B. zum Verhältnis von Juden und Christen – bis hin zur sozialen Betreuung etwa von ehemaligen KZ-Opfern.

Besondere Bedeutung sollte auch in Zukunft die Begegnung mit den Opfern des Nationalsozialismus und mit Menschen aus den von Deutschland angegriffenen Ländern haben. Diese Aufgabe wird in den kommenden Jahren umso wichtiger werden, als die meisten Zeitzeugen der Nazi-Zeit bereits gestorben sind und in der näheren Zukunft letztmals die Chance besteht, jungen Menschen, denen der NS-Terror und der Zweite Weltkrieg manchmal so weit entrückt scheinen wie der Dreißigjährige Krieg, eine konkrete menschliche Brücke zu dieser Zeit zu bauen.

Die Erfahrungen des Maximilian-Kolbe-Werkes, das sich seit Jahrzehnten der materiellen Unterstützung und der menschlichen Zuwendung für ehemalige Konzentrationslager-Häftlinge widmet, belegen, welche heilende Kraft in der Begegnung steckt. Viele Überlebende empfinden es als hoffnungsvolles Zeichen, wenn junge Menschen, die aus dem gleichen Volk stammen wie ihre ehemaligen Peiniger, ihnen einfach zuhören und ehrliches Interesse an ihren Lebensgeschichten zeigen. Die Begegnung, die zwischen den Zeitgenossen nach all dem Geschehenen oft nicht möglich war, wird Realität im hilfreichen Bemühen junger Freiwilliger um die Überlebenden. Der Blick in die gewandelten Augen der jungen Generation hat vielen dieser Opfer geholfen, mit der Vergangenheit leben zu können. Gewiss wäre es auch mehr als wünschenswert, wenn innerhalb Deutschlands das Gespräch zwischen den Generationen einen neuen Schub erhalten könnte. Dialog- und Begegnungsprogramme sollten den Jugendlichen Gelegenheit geben, mit der

Erlebnisgeneration der 30er und 40er Jahre in Kontakt zu kommen. So können deren Erfahrungen von Krieg und Unterdrückung, aber auch von Mut und menschlicher Solidarität dem Vergessen entrissen und den Menschen einer anderen Generation überliefert werden. Solche Gespräche zwischen den Generationen sind manches Mal für alle Beteiligten anstrengend und bergen nicht selten auch Konfliktstoff. Aber sie können lehrreich sein – und zwar für beide Seiten.

IV. Gegen Gewaltherrschaft und Inhumanität in Europa

In all dem Gesagten ist mehrfach deutlich geworden, dass der Versöhnungsfonds – schon von seiner Genese her, dann aber auch hinsichtlich seiner inhaltlichen Orientierung – in der Gewaltherrschaft und im Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten seinen Ausgangs- und auch seinen inneren Bezugspunkt hat. Wir haben deshalb in den Förderrichtlinien festgehalten, dass die vom Fonds zu fördernden Projekte sich auf Europa beziehen müssen – auf jenen Großraum eben, in den sich fast überall die Spuren von Hitler-Deutschland eingepägt haben und dessen Nachkriegsgeschichte durch die NS-Herrschaft zutiefst mitbestimmt worden ist.

Es ist dennoch nicht zu übersehen, dass der Nationalsozialismus – unbeschadet der Singularität seiner Verbrechen – nicht quasi ursprungslos über Deutschland und die europäischen Völker gekommen ist. Er antwortet vielmehr auf realgeschichtliche Krisenphänome, die auch andernorts vorhanden waren, und er steht im breiteren Kontext geistesgeschichtlicher Strömungen, sozialrevolutionärer Bewegungen und völkischer wie rassistischer Ressentiments und Ideologien, die sich in Reaktion auf die Krise der modernen Welt im Europa der 20er und 30er Jahre

verbreiteten. Übersteigerten Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit und Verachtung gegenüber allem Schwachen gab es in dieser Zeit – und gibt es auch heute noch und wieder – in weiten Teilen Europas, und sie waren nicht nur bei den Faschisten zuhause. Die quasi-religiöse Heilserwartung und die Idee von eines Menschen gemachten geschichtlichen Endzustandes, die radikale Verneinung der christlichen und der humanistisch-liberalen Traditionen, totalitäre Herrschaftsformen, die um des geschichtlichen Projektes willen Millionen von Menschen opferten – all dies verbindet den Nationalsozialismus wiederum mit dem Stalinismus. Man verkleinert das Monströse der nationalsozialistischen Gewaltpolitik und ihrer Vernichtungsenergie darum in keiner Weise, wenn man anerkennt, dass es in den geschichtsmächtigen Herrschaftsideologien des zu Ende gegangenen Jahrhunderts strukturelle Ähnlichkeiten gibt. Je auf ihre Weise haben sie zu der unermesslichen Blutgeschichte Europas, zu lang anhaltender Unterdrückung und Gewalt beigetragen. Eine große Zahl von Menschen hat nacheinander unter verschiedenen Formen von Systemunrecht gelitten. Und nicht wenige Europäer sind in Folge der Ergebnisse der nationalsozialistischen Politik in die Klauen eines anderen menschenverachtenden Regimes geraten.

Der Einsatz der Katholischen Kirche in Deutschland für die Achtung der Menschenwürde, für Frieden und Aussöhnung und nicht weniger das Bemühen der vielen größeren und kleineren christlichen Initiativen sollten dieser historischen Konstellation gerecht zu werden versuchen. Gerade unsere Erfahrungen mit der völkischen Politik des „Dritten Reichs“ erlauben es uns nicht, bei „ethnischen Säuberungen“ auf dem Balkan beiseite zu treten. Gerade unsere Erfahrung, wie leicht es ist, nach der Beendigung eines Gewaltregimes dessen Opfer mehr oder weniger zu ignorieren, macht es uns zur Verpflichtung, für die Opfer von Systemunrecht auch anderswo einzutreten.

Was unsere Möglichkeiten betrifft, andernorts zur Versöhnung beizutragen, ist uns jedoch ein strenger Realismus abverlangt. Versöhnung kann man nicht einfordern – schon gar nicht von den Opfern. Man kann sie auch nicht mit friedenswissenschaftlicher und psychologischer Raffinesse gleichsam sozialtechnisch herbeiführen. Unseren Möglichkeiten sind hier enge Grenzen gesetzt. Wohl aber können wir leise, unaufdringlich und dabei beharrlich unseren Dienst tun. Die therapeutische und soziale Betreuung von vergewaltigten Frauen in Bosnien-Herzegowina – um hier nur ein Beispiel zu nennen – wird vielleicht nie dazu führen, dass diese Frauen je wieder auch nur ein Wort mit ihren Peinigern zu sprechen bereit sind. Aber diese Arbeit hilft möglicherweise, dass solche Frauen sich wieder aufrichten können und weder sich selbst noch andere zerstören. Sie trägt vielleicht dazu bei, dass diese schrecklich gequälten Frauen ihre Kinder nicht den Hass auf das Volk lehren, aus dem die Täter kamen. Wenn das erreicht würde, wäre viel erreicht. Und es braucht Tausende solcher Samenkörner, damit über den Gräbern der Geschichte irgendwann Keime der Versöhnung aufgehen können.

Auch zu solchen Initiativen wollen wir mit dem Versöhnungsfonds aufrufen und etwas dazu beitragen, dass sie verwirklicht werden können. Das oft scheinbar Vergebliche – und, jedenfalls nach menschlichen Maßstäben, manches Mal tatsächlich Vergebliche – sollte der Christ leichter ertragen können als andere. Im Glauben weiß er, dass Versöhnung letztlich immer ein Geschenk Gottes ist. Sie steht in Seiner Macht, nicht in unserer. An uns aber ist es, Seiner Macht Wege zu bereiten.

„Versöhnung als Verantwortung für die Zukunft“

Vortrag von Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, auf der Abschlussveranstaltung des Versöhnungsfonds der katholischen Kirche „Wege zur Versöhnung“ (12. Oktober 2006)

I.

Als wir am 30. Januar 2001 den Versöhnungsfonds der Katholischen Kirche hier in Mainz feierlich eröffnet haben, lag eine Zeit nachdenklicher Auseinandersetzung über die Rolle der Kirche im System der nationalsozialistischen Zwangsarbeit hinter uns. Angestoßen durch politische Debatten im In- und Ausland, waren wir mit der Frage nach Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen konfrontiert. Die Ergebnisse unserer Recherchen zeigten, dass es auch dort Zwangsarbeit gegeben hatte – wenngleich nicht in jenem Ausmaß, das manche voreilig unterstellten hatten. Und die Lebensumstände dieser Menschen, die von Seiten des Staates den Klöstern und kirchlichen Häusern als Arbeitskräfte zugewiesen worden waren, waren nicht einmal von Ferne denen ähnlich, die Zwangsarbeiter etwa in der Schwerindustrie zu erdulden hatten. Dennoch: Es blieb für uns als Kirche die Erfahrung, dass wir vom nationalsozialistischen Staat in sein System der Zwangsarbeit involviert worden waren und uns dies auch lange nach dem Krieg nicht recht zu Bewusstsein gekommen ist. Mittlerweile ist dieses Kapitel der Geschichte gut aufgearbeitet und dokumentiert.² Für uns als Bischöfe stellte

² Vgl. Karl Kardinal Lehmann, Statement bei der Pressekonferenz zum „Entschädigungsfonds für Zwangs- und Fremdarbeiter in kirchlichen

sich damals die Frage, wie angemessen mit dieser Situation umzugehen sei. Natürlich stand die praktische Zuwendung zu den betroffenen Menschen im Vordergrund. Wohl wissend, dass erlittene Leiden nicht rückgängig gemacht werden können, ging es uns darum, durch Entschädigungen ein Zeichen des Respekts und der Solidarität zu setzen. Wir haben uns schließlich entschlossen, nicht in den staatlichen Entschädigungsfonds einzuzahlen, sondern einen eigenen Weg zu beschreiten. Dies war, so wissen wir heute, eine richtige Entscheidung. Denn die allermeisten der kirchlichen Diensten verpflichteten Zwangsarbeiter waren in der Landwirtschaft oder im hauswirtschaftlichen Bereich tätig und hätten deshalb gar keinen Anspruch auf Entschädigung gehabt. Zudem war es uns durch einen eigenen Fonds auch leichter möglich, den persönlichen Kontakt mit den betroffenen Menschen herzustellen. Dies ist in vielen Fällen auch gelungen. Die Begegnungen, die hier möglich wurden, sind ein großes Geschenk für alle gewesen.

II.

Dennoch war den deutschen Bischöfen von Anfang an klar, dass es nicht allein um Entschädigungen gehen konnte. Die Herausforderungen, die sich aus der unversöhnten Geschichte Europas ergeben, sind weiter gespannt und stellen sich uns bis heute. Auf möglichst konkrete und praktische Art wollten wir als Kirche deshalb deutlich machen, dass wir uns der Dringlichkeit dieser Fragen auch weiterhin stellen. Diese Überlegungen führten die Deutsche Bischofskonferenz schließlich dazu, neben dem Entschädigungsfonds und den begleitenden wissenschaftlichen Aufarbeitungen und Forschungen, einen Versöhnungsfonds einzurichten, der – wie der Entschädigungsfonds – mit

Einrichtungen“ am 31. August 2005 (= Pressemitteilungen der Deutschen Bischofskonferenz, 31.08.2005).

5 Millionen DM (also gut 2,5 Millionen EUR) ausgestattet wurde.

Wir wollten durch den Fonds diejenigen praktisch unterstützen und ermutigen, die sich in vielfältiger Weise für die Versöhnung mit unseren Nachbarn einsetzen und anderen in Europa bei deren Versöhnungsbemühungen helfen. Wir wollten dazu beitragen, dass die Erinnerung an eine gewaltdurchtränkte europäische Geschichte auch heute nicht verblasst. Wir wollten, dass die Stimmen der Opfer des nationalsozialistischen Unrechtsregimes, aber auch der anderen totalitären Herrschaftssysteme weiter gehört werden. Und wir wollten, dass Begegnungen über die Verwerfungen der Geschichte hinweg möglich werden.

Um diese Ziele zu verwirklichen, braucht es Menschen, die sich ihnen verpflichtet wissen. Tatsächlich betreiben die vielen und vielfältigen Initiativen in den Kirchengemeinden, Diözesen und Verbänden sozusagen das Kärnergeschäft der Versöhnung. Von der breiten Öffentlichkeit werden sie meist nur wenig wahrgenommen. Ihre Bedeutung für unser Zusammenleben im gemeinsamen Haus Europa ist jedoch kaum zu überschätzen. Dabei ist ihre Arbeit keineswegs in Mode. Wer sich hier engagiert, sieht sich oft mit der Frage konfrontiert, ob sein Tun nicht letztlich rückwärtsgewandt und überholt sei. Ist die Versöhnung mit unseren Nachbarn denn nicht schon lange erreicht? Kann und muss nicht irgendwann Schluss sein mit dem Rückblick auf die Geschichte? Ist es nicht hohe Zeit für eine Rückkehr zur Normalität?

Solche Fragen sind verständlich, denn Gott sei Dank hat sich in Europa ja tatsächlich vieles verändert und auch zum Besseren gewandelt. Diejenigen, die nach 1945 erste Schritte auf dem Weg der Aussöhnung gegangen sind, wären heute vielleicht überrascht, was sie angestoßen haben. Dennoch: Wer meint, die Grabplatte auf die Geschichte von Nationalsozialismus und

Zweitem Weltkrieg sei bereits gelegt, unterschätzt die lang anhaltende Wirkung von Gewalt und ihre bis heute im individuellen wie im kollektiven Bewusstsein der Völker nachwirkenden Folgen. Ähnliches gilt für die Herrschaft des Kommunismus. Wir dürfen deshalb der nur allzu nahe liegenden Versuchung nicht nachgeben, auf den langen und mühsamen Wegen der Aussöhnung mit unseren Nachbarn – und auch mit uns selbst – Abkürzungen zu nehmen. Die Erfahrung lehrt immer aufs Neue, dass es diese Abkürzungen nicht gibt. Im Gegenteil: Sich den Herausforderungen, die aus gewalt- und schuldbelasteter Geschichte herrühren, nicht mit der gebotenen Geduld und Beharrlichkeit zu stellen, führt gerade dazu, ihr in prekärer Weise verhaftet zu bleiben. Der Versöhnungsfonds war ein weithin sichtbares Zeichen der Kirche, dass wir uns dieser Versuchung nicht beugen wollen.

III.

Versöhnung, wie wir sie hier verstehen, ist ein schwieriger Weg. Sie ist weder mit den Mitteln der Sozialtechnik herzustellen noch allein durch einen materiellen Ausgleich zugunsten der Opfer. Sie kann nur gelingen, wenn Menschen und Völker sich im Angesicht verübter und erlittener Gewalt und ihrer machtvollen Folgen den Anderen aussetzen und sich damit immer auch selbst aufs Spiel setzen. Es ist richtig: Ohne Wahrheit gibt es keine Versöhnung. Aber diese Wahrheit über die Geschichte und über uns selbst, über unsere Verdrängungen und Deformationen, aber auch über unsere durchgetragenen Hoffnungen und unser Vermögen zur Liebe können wir uns nicht selbst sagen. Wir benötigen die Perspektiven der Anderen, wenn wir nicht Gefangene der eigenen Sichtweisen, des eigenen Schmerzes und des eigenen Versagens bleiben wollen. Die Begegnung mit den Anderen zerbricht zugleich unsere Fixierung

auf das eigene Leiden und lehrt uns Empfindsamkeit für das Leiden der Anderen.

In seiner berühmten Vorlesung über die Schuldfrage, die er im Wintersemester 1945/46 in Heidelberg gehalten hat, ist Karl Jaspers diesen Fragen nachgespürt.

„Wir wollen lernen, miteinander zu reden. Das heißt, wir wollen nicht nur unsere Meinung wiederholen, sondern hören, was der andere denkt. Wir wollen nicht nur behaupten, sondern im Zusammenhang nachdenken, auf Gründe hören, bereit bleiben, zu neuer Einsicht zu kommen. Wir wollen uns innerlich versuchsweise auf den Standpunkt des anderen stellen. Ja wir wollen das Widersprechende geradezu aufsuchen. Das Ergreifen im Widersprechenden ist wichtiger als die voreilige Fixierung von sich ausschließenden Standpunkten, mit denen man die Unterhaltung aussichtslos beendet. Es ist so leicht, entschiedene Urteile affektbetont zu vertreten; es ist schwer, ruhig zu vergewärtigen. Es ist leicht, mit trotzigem Behauptungen die Kommunikation abzubrechen; es ist schwer, unablässig über Behauptungen hinaus in den Grund der Wahrheit einzudringen. Es ist leicht, eine Meinung aufzugreifen und festzuhalten, um sich weiteren Nachdenkens zu überheben; es ist schwer, Schritt für Schritt voranzukommen und niemals das weitere Fragen zu verwehren.

Wir müssen die Bereitschaft zum Nachdenken wiederherstellen. Dazu gehört, dass wir uns nicht berauschen in Gefühlen des Stolzes, der Verzweiflung, der Empörung, des Trotzes, der Rache, der Verachtung, sondern dass wir diese Gefühle auf Eis legen und sehen was wirklich ist. [...] Wenn wir miteinander reden lernen, so gewinnen wir mehr als unsere eigene Verbin-

dung. Wir schaffen so die unerlässliche Grundlage, mit den anderen Völkern reden zu können.“³

Was Jaspers hier als „geistig-politisches Wagnis am Abgrund“ beschrieben hat und den Deutschen nach der größten moralischen Katastrophe ihrer Geschichte als Weg in eine andere Zukunft nahe legte, war nicht nur für die unmittelbare Nachkriegszeit von Belang. Wo Versöhnung in den seither vergangenen sechs Jahrzehnten gelungen ist, da entstand sie aus diesem Geist der Begegnung, in dem wir der Anderen und unserer selbst gewahr wurden. Und das Ethos, das sich hier ausspricht, bleibt auch für unser Versöhnungshandeln in der Zukunft verpflichtend. Gerade darin ist es zutiefst menschlich und wahrhaftig, dass es dem Anderen Raum gibt und ebenso Raum für das geschichtlich und persönlich Unabgegoltene, für Trauer und Verlust. So können jene Formen des Sprechens und des Schweigens entstehen, die jenseits aller billigen Erwartungen echte Hoffnung auf Versöhnung und neue Gemeinsamkeit begründen.

IV.

Diese knappen Überlegungen zeigen, wie anspruchsvoll das Ziel der Versöhnung ist und wie schwierig die Wege dorthin. Umso mehr dürfen wir uns glücklich schätzen, auf wie viele gute Erfahrungen wir mittlerweile zurückblicken können. Nicht nur Deutschland und Frankreich haben sich ausgesöhnt. Angesichts der Schrecken der Vergangenheit war die Versöhnung zwischen Deutschland und Polen noch viel unwahrscheinlicher. Trotz aller alten und neuen Probleme, auf die ich gleich noch zu sprechen komme, haben wir es hier fast mit einem Wunder zu tun, das indes nicht möglich geworden wäre ohne die Bereit-

³ Jaspers, Karl: Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands. München 1987. S.7 ff.

schaft zur Umkehr, ohne beiderseitige Offenheit für eine neue Zukunft und ohne die Fähigkeit zum langen Atem. Ich bin deshalb dankbar und hoch erfreut, dass wir heute den ehemaligen Außenminister der Republik Polen, Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski, in unserer Mitte begrüßen dürfen. Er gehört nicht nur zu denen, die den Weg Polens vom Kommunismus in eine freie Zukunft erfolgreich mitgestaltet haben. Über Jahrzehnte hinweg hat er auch der Verständigung von Polen und Deutschen den Weg gebahnt. Bis heute ist er einer der wichtigsten intellektuellen Brückenbauer zwischen beiden Ländern geblieben, der es meisterhaft versteht, seinen polnischen Landsleuten die Sichtweisen der Deutschen zu erklären und andersherum uns Deutschen den Blick der Polen auf ihre Nachbarn und die Welt nahe zu bringen. Professor Bartoszewski wird heute Nachmittag das Wort an uns richten.

Herzlich danke ich auch jenen, die den Versöhnungsfonds zu einem beachtlichen Erfolg gemacht haben. Besonders möchte ich hier Herrn Dr. Gerhard Albert nennen, der als Geschäftsführer von RENOVABIS zusammen mit seinen Mitarbeitern die Projekte des Versöhnungsfonds betreut hat. Dr. Albert wird im Anschluss einen Bericht über die Arbeit des Fonds und die geförderten Vorhaben geben.

Mein Dank gilt ebenso der Geschäftsführerin der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, Frau Gertrud Casel, und Herrn Dr. Georg Jelich, Generalvikar der Diözese Erfurt, die gemeinsam mit Dr. Albert den Vergabeausschuss des Fonds gebildet haben und damit die Aufgabe hatten, geeignete Projekte auszuwählen. Besonders aber darf ich all jenen Dank sagen, die diese Vorhaben konzipiert und dann auch durchgeführt haben. Größere katholische Organisationen waren ebenso beteiligt wie kleine Initiativen, Kirchengemeinden und Gruppen. Der Fonds hat ja selbst keine Projekte in Angriff genommen, sondern dazu beigetragen, ein vielfältiges ehrenamtliches Engagement anzusto-

ßen und zu ermöglichen. Allen, die sich mit ihren Projekten um die Versöhnung verdient gemacht haben, sei an dieser Stelle sehr herzlich gedankt. Stellvertretend für sie werden im weiteren Verlauf unserer Veranstaltung sechs Vertreterinnen und Vertreter von Versöhnungsinitiativen zu Wort kommen. Die Deutsche Bischofskonferenz will sich nicht selbst loben. Auch wir sind immer wieder angewiesen auf Anregungen und auch Kritik von außen. Aber als Vorsitzender möchte ich an dieser Stelle vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sekretariat der Deutsche Bischofskonferenz danken, die dem Projekt der Entschädigung der Zwangsarbeiter und der Realisierung des Versöhnungsfonds zugearbeitet haben. Ich nenne den herausragenden Einsatz von Herrn Ulrich Pöner, Leiter des Bereiches Weltkirche, der mit großem Weitblick wie mit geschärftem Augenmaß und umsichtiger Klugheit das Projekt begleitet hat.

Ohne ins Detail gehen zu wollen, möchte ich hier doch wenigsten drei Beobachtungen zu den vom Versöhnungsfonds geförderten Projekten zur Sprache bringen.

- Zuallererst fällt der hohe Anteil von Jugendinitiativen auf. Dies ist ein außerordentlich ermutigendes Zeichen, denn es zeigt, dass die Versöhnungsarbeit der letzten Jahrzehnte kein Generationsprojekt war, sondern der Staffelstab auf die Nachgeborenen übergeht.
- Dann hat mich die breite thematische Palette der vom Versöhnungsfonds geförderten Vorhaben beeindruckt. Neben der Auseinandersetzung mit der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus, die gewissermaßen das Fundament des Fonds bildet, finden sich Projekte, die sich den Opfern der SED-Diktatur zuwenden oder sich mit den drängenden Friedens- und Versöhnungsproblemen in Mittel-, Ost-, oder Südosteuropa auseinandersetzen. Hier ist ein für unsere Gesellschaft wichtiger Lernprozess zu beob-

achten: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen wäre letztlich halbherzig, würden ihre Ergebnisse nicht auch in anderen Konfliktsituationen zur Geltung gebracht. Dies gilt zumal da, wo Staaten und Völkern nach der NS-Herrschaft keine Luft zum freien Atmen geschenkt wurde, sondern sie neuer Gewalt und neuer Unterdrückung ausgesetzt waren.

- Nachdenklich muss hingegen stimmen, dass es kaum gelungen ist, die in den letzten Jahrzehnten nach Deutschland gekommenen Migranten in die Projekte des Versöhnungsfonds einzubeziehen. Vielen scheint die Geschichte ihrer neuen Heimat noch fremd, und sie fühlen sich nur wenig von ihr berührt. Für die Zukunft der Erinnerung in Deutschland hängt indes vieles davon ab, dass sich die große Gruppe der Einwanderer mit ihren Geschichten und Sichtweisen in die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einbringt. Erinnerung ist ja ein in sich nie abgeschlossener Vorgang. Sie lebt geradezu davon, mit neuen Perspektiven und Fragen konfrontiert zu werden. Gerade so wird das Ringen um das Verständnis der Vergangenheit immer auch zum Ringen um unser Selbstverständnis in der Gegenwart. Für die Identität und den Zusammenhalt eines Landes ist es daher von großer Bedeutung, dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Bewusstsein aller Bürger einen Zusammenhang bilden. Im Einwanderungsland Deutschland liegen hier noch große Aufgaben vor uns.

V.

Wie wenig gefestigt der gemeinsame Boden auch 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch immer ist, wird beispielhaft deutlich an den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, die vielen nicht ohne Grund als Gradmesser für die Verhältnisse in Mitteleuropa gelten. Auf der Ebene der Staaten bzw. der Regierungen sind sie in den vergangenen Jahren eher schwieriger geworden. Man muss derzeit wohl leider von einer etwas frostigen Periode sprechen.

Kritische Fragen müssen hier an beide Seiten gestellt werden. Die deutsche Politik dürfte sich in den vergangenen Jahren nicht durchgängig der notwendigen Sensibilität im Umgang mit dem Nachbarn befleißigt haben. Es gibt gewiss gute Gründe für eine enge Partnerschaft mit Russland, doch wer sie bilateral (oder unter Einschluss Frankreichs) pflegt, sollte die geschichtlich begründeten Sorgen Polens, zum Spielball der größeren Mächte zu werden, tunlichst nicht ignorieren. Bei der gegenwärtigen polnischen Regierung wiederum fällt auf, dass sie sich, offenbar vorwiegend aus innenpolitischen Gründen heraus, recht leichthändig traditioneller Klischees bedient, die weder Europa noch dem heutigen Deutschland gerecht werden. Solches Spiel mit den Ressentiments aber macht uns am Ende alle gemeinsam ärmer.

Gerade vor dem Hintergrund dieser Probleme und Entfremdungen auf politischer Ebene ist es umso wichtiger, dass die Gesellschaften in Polen und Deutschland auf einem Weg wachsender Verständigung bleiben. Es gibt viele Beispiele eines guten und ganz unaufgeregten Miteinanders der Menschen. So bin ich dankbar, dass die Feierlichkeiten der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz im September 2005 in Fulda und in Wroclaw/Breslau aus Anlass des 40. Jahrestages des historischen Briefwechsels von 1965 einmal mehr den festen Willen

der Kirche in beiden Ländern gezeigt haben, wirksame Impulse für Aussöhnung und gute Nachbarschaft zu geben. In dieser Situation haben wir darum miteinander eine große Aufgabe, ohne uns jeweils und gemeinsam zu überschätzen.

VI.

Eine der zentralen Streitfragen, die das Verhältnis vor allem zwischen Deutschen und Polen derzeit belasten, ist die Erinnerung an Flucht und Vertreibung am Ende und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier zeigt sich einmal mehr, welchen Stoff für Missverständnisse und Auseinandersetzungen die Geschichte nach wie vor bereithält. Der geschichtliche Grund, auf dem wir in der Mitte Europas stehen, ist auch heute noch leicht entflammbar. Es ist daher gewiss nicht hilfreich, dass vielerorts Populismus den Ton der Debatte bestimmt. Sorgfalt und Sensibilität sind gerade hier zwingend geboten.

Die gesellschaftliche und politische Diskussion macht sich vor allem an dem Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ fest, das seinen Ort in Berlin erhalten soll. Initiiert und vorangetrieben wurde das Vorhaben von der „Stiftung gegen Vertreibungen“, die wesentlich vom Bund der Vertriebenen getragen wird, in der aber auch eine Reihe von Einzelpersonlichkeiten mitarbeitet. Dieses „Zentrum“ stößt vor allem in Polen und in Tschechien auf erhebliche Widerstände. Aber auch in Deutschland hat der Plan Diskussionen hervorgerufen und ist nach wie vor stark umstritten.

Über alternative Wege wird im Rahmen des „Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität“ nachgedacht, das die Kulturminister aus Deutschland, Polen, der Slowakei und Ungarn im April 2004 gegründet haben. Dieses Netzwerk soll die Museen, Gedenk- und Forschungsstätten, die Archive und Denkmäler zur Vertreibung in ganz Europa miteinander verbinden.

Die Koalitionsvereinbarung der die jetzige Bundesregierung tragenden Parteien vom 11. November 2005 sucht beide Ansätze miteinander zu verbinden. Dort heißt es: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität [...] – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“

Wichtiges Anschauungsmaterial zu dieser aktuellen Debatte stellen auch zwei große Ausstellungen bereit. Eine Präsentation über „Flucht, Vertreibung, Integration“ war um die Jahreswende 2005/2006 im Bonner Haus der Geschichte zu sehen. Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ wiederum hat am 11. August 2006 im Berliner Kronprinzenpalais ihre Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ eröffnet. Weniger ihrer Inhalte, wohl aber des Veranstalters wegen hat sie in Teilen der polnischen Öffentlichkeit zu scharfen Reaktion geführt.

Schon diese wenigen Schlaglichter zeigen, wie kompliziert sich die Diskussion darstellt. Selbstverständlich gibt es auch in der Kirche in unserem Land dazu unterschiedliche Auffassungen. Und es wäre auch ganz und gar verfehlt, in dieser Angelegenheit eine Art kirchenoffizieller Stellungnahme zu erwarten. Dennoch möchte ich – auch um der Versachlichung der Diskussion willen – einige Gesichtspunkte vortragen, die in der herrschenden Atmosphäre aus Unterstellungen, Verdächtigungen und schriller Rhetorik oft nicht mit der genügenden Sorgfalt bedacht werden.

Meinem Urteil nach gibt es vor allem zwei grundlegende Markierungen, denen die Diskussion und die konkreten Vorschläge gerecht werden müssen.

- Zum einen sollte anerkannt werden, dass auch die deutschen Vertriebenen das Recht haben, ihres Lebensschick-

sals zu gedenken. 15 Millionen Deutsche haben am Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Heimat verloren. 2 Millionen Menschen – vor allem Alte, Schwache und Kinder – sind auf ihren Wegen gen Westen ums Leben gekommen. Dies schließt eine Beschränkung der Erinnerung auf den privaten Bereich, auf den Kreis der Familie aus. Die deutschen Vertriebenen haben Anspruch, wie Bundespräsident Horst Köhler in einer Rede am 2. September 2006 dargelegt hat, auf das Mitgefühl und die Solidarität des ganzen Volkes. Viele unserer Nachbarn, nicht zuletzt jene, die am eigenen Leibe Flucht und Vertreibung kennen gelernt haben, teilen die Verbundenheit mit ihnen.

- Zum anderen aber darf das Gedenken an die deutschen Opfer der von Nazi-Deutschland verursachten europäischen Katastrophe nicht zur Belastung der immer noch zerbrechlichen Beziehungen zwischen den Völkern unseres Kontinents werden. Dieses Gedenken kann niemals zur heilsamen Erinnerung werden, wenn es sich sozusagen in Frontstellung (und sei es auch in aufgezwungener Frontstellung) zu unseren Nachbarn vollzieht. Deshalb ist ein europäischer Dialog über diese Fragen unerlässlich, der von allen Seiten das Bemühen um Verständnis und Konsens voraussetzt. Natürlich ist auch die Kirche hier gefordert. In den regelmäßigen Konsultationen zwischen deutschen und polnischen Bischöfen geht es deshalb derzeit immer auch darum, den Boden für ein gemeinsames Verstehen und Beurteilen der heiklen Fragen der gemeinsamen leidvollen Geschichte unserer Völker zu festigen.

Im Rahmen dieser doppelten Grundmarkierung lassen sich dann auch einige Kriterien für ein angemessenes Erinnern an die Vertreibungen und zur Beurteilung der derzeit diskutierten Vor-

schläge formulieren. Ich möchte sie in fünf kurzen Gedankengängen aufschlüsseln.

Erstens: Es ist von entscheidender Bedeutung, dass eine Erinnerungsstätte den historischen Zusammenhang des Vertreibungsgeschehens am Ende des Zweiten Weltkriegs anschaulich macht. Flucht und Vertreibung der Deutschen gingen die gewaltsame Eroberung, Unterdrückung und Zerstörung der mittel- und osteuropäischen Länder voraus: der mit äußerster Brutalität unternommene Versuch, die Völker des Ostens dauerhaft zu versklaven, die Vernichtung großer Teile ihrer Eliten und der systematische Völkermord an den Juden. Allein fünf bis sechs Millionen polnische Staatsbürger haben dabei ihr Leben verloren. Man kann die Vertreibung der Deutschen weder historisch verstehen noch sich ihrer moralisch erinnern, wenn man die vorangegangene Barbarei – als Voraussetzung dessen, was schließlich über Millionen Deutsche hereinbrach – nicht stets mit bedenkt und sie mit dem Gedenken der eigenen Opfer verbindet.

Zweitens: Eine Erinnerungsstätte muss erfahrbar machen, dass die Versöhnung zwischen den Völkern bestimmendes Motiv und leitendes Ziel des Gedenkens ist. Das heißt: Ein solcher Ort muss so gestaltet sein, dass die Opfer der Vertreibung, ihre Nachfahren und letztlich das ganze deutsche Volk darin bestärkt werden, die eigene Geschichte und auch den erlittenen Verlust innerlich anzunehmen. Die Trauer über den Verlust der Heimat mag für die Betroffenen eine bleibende sein – für die einen gilt das mehr, für die anderen weniger. Reife Trauer ist sie dann, aber auch nur dann, wenn sie der Heilung der eigenen Identität so dient, dass sie die Menschen öffnet für Begegnung und Versöhnung. Eine Gedenkstätte muss darum einer Trauer Raum geben, die den eisernen Bann der Vergangenheit aufbricht und frei macht für eine neue Zukunft. Gerade indem sie den Leiden Anerkennung zollt, soll sie zur Überwindung der nicht enden wollenden Nachwehen des Leidens beitragen. Alles

kommt darauf an, dass es gelingt, eine Erinnerungsstätte tatsächlich zu einem solchen Ort heilender Trauer zu machen.

Drittens: Eine solche Erinnerungsstätte muss darüber hinaus die gesamteuropäische Wirklichkeit von Flucht und Vertreibungen sichtbar werden lassen. Einen Ort, der nur dem Gedenken an die deutschen Opfer diene, darf es schon deshalb nicht geben, weil andere Vertreibungen in demselben historischen Zusammenhang stehen: Schon seit Beginn des Krieges hatte das nationalsozialistische Deutschland im Rahmen seiner völkischen Siedlungspolitik unzählige Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Und mit der Vertreibung der Deutschen ging die zwangsweise Umsiedlung von Polen aus deren damaligen Ostgebieten unmittelbar einher. Man kann und darf des Einen nicht ohne des Anderen gedenken. Hier ist noch ein weiterer Aspekt in den Blick zu nehmen. Vertreibung ist auch insofern ein europäisches (wenngleich nicht ausschließlich europäisches) Phänomen, als sie die auf die Spitze getriebene Konsequenz eines auf völkisch-kulturelle Homogenität des Staates gerichteten Denkens darstellt, das von den europäischen Völkern (wenngleich in unterschiedlicher Virulenz) Besitz ergriffen hatte. Der fragwürdige, weil zynisch anmutende Begriff der ethnischen Säuberung, der seit dem Jugoslawien-Krieg der 1990er Jahre in unser Vokabular eingewandert ist, sagt etwas über eine Denkweise, die nicht bloß im Unterholz nationalistischer Politik, sondern auch in der Beletage der idealistischen Philosophie gepflegt wurde. Beispielhaft sei hier nur Johann Gottlieb Fichte genannt, dessen Reflexionen über den Charakter der deutschen Nation ihn schließlich zu der Auffassung führten, dass für die Juden in Deutschland kein Platz sei und man sie deshalb in „ihr gelobtes Land“ schicken solle.⁴ Es ist diese Verirrung einer der

⁴ „Aber ihnen Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich wenigstens kein Mittel, als das, in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und

Homogenisierung verpflichteten Volks- und Nationalidee, der die politische Gedankenwelt des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in weiten Teilen Europas – vor allem in den so genannten verspäteten Nationalstaaten – prägt und den Umsiedlungen, Deportationen und Vertreibungen weltanschauliche Plausibilität und Legitimation verleiht. Die Balkan-Kriege des letzten Jahrzehnts, aber auch die mühsamen und stets vom Scheitern bedrohten Versuche, dieser Region – sei es im Kosovo, sei es in Bosnien und Herzegowina – eine Ordnung zu geben, die nicht einfach vom Prinzip ethnischer Zugehörigkeit bestimmt ist, legen Zeugnis davon ab, dass das völkische Identitätsdenken auch heute noch nicht zur Gänze vom Boden Europas getilgt worden ist. Hier wäre manches anzufügen und zu vertiefen. An dieser Stelle aber soll nur gezeigt werden: Es gibt Grunddaten der europäischen Real- und Ideengeschichte, die in einem angemessenen Gedenken der Vertreibungen mitbedacht werden müssen.

Viertens: Es spricht manches dafür, die europäische Dimension der Vertreibungen durch die Vernetzung mehrerer über den Kontinent verteilter Gedenkorte und Forschungsstellen zum Ausdruck zu bringen und diese im Rahmen eines europäischen Verbundes zu organisieren und zu verantworten. Für eine Erinnerungsstätte in Deutschland verbleibt aber in jedem Falle eine dauerhaft unaufgebbare Verantwortung beim deutschen Staat, insbesondere beim Bundestag. Manche Irritation bei unseren Nachbarn hat vielleicht auch mit dem Eindruck zu tun, dass die Interessenvertreter der Vertriebenen an seiner statt die Verantwortung für Gestalt und Inhalte einer Erinnerungsstätte über-

andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sey. Um uns vor ihnen zu schützen, dazu sehe ich wieder kein anderes Mittel, als ihnen ihr gelobtes Land zu erobern, und sie alle dahin zu schicken“ (Johann Gottlieb Fichte, von I. H. Fichte, Berlin 1845/46, Bd. 6, S. 37 ff., Fußnote 21; Erstdruck: o. O. [Danzig]).

nehmen sollten. Tatsächlich ist aber die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für das „sichtbare Zeichen“ der Erinnerung an Flucht und Vertreibungen weder heute noch in Zukunft delegierbar. Das schließt nicht aus, wie Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler es jüngst formuliert hat, „dass zu diesem Projekt auch die deutschen Vertriebenen beitragen können und sollten“.

Fünftens: Auf Seiten unserer Nachbarn wird immer wieder die Sorge geäußert, dass das öffentliche Gedenken der Vertreibung, das den Deutschen am Ende und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg widerfahren ist, auf eine Revision der deutschen Erinnerungskultur hinausläuft oder gar bewusst zu diesem Zweck eingesetzt wird: Aus Täter würden Opfer gemacht und aus Opfern Täter. Nun darf gewiss nicht übersehen werden, dass in Deutschland immer noch oder wieder neonazistische und rechtsradikale Gruppen tätig sind, die mit einem geschichtsrevisionistischen Programm hausieren gehen. Darüber hinaus gibt es Organisationen wie die „Preußische Treuhand“, die Vermögensansprüche gegenüber Polen geltend machen wollen und durch solche Akte der Geschichtsvergessenheit für viel Unruhe unter unseren Nachbarn sorgen. All diese Phänomene dürfen nicht bagatellisiert werden. Dennoch frage ich: Unterschätzen nicht manche, die sich erbittert jeder Art von Erinnerungsstätte für die Opfer der Vertreibungen entgegen stellen, den tief greifenden Wandel, den das deutsche Volk in den letzten sechzig Jahren durchgemacht hat? Unter den politisch Verantwortlichen in Deutschland und auch in der Breite der Bevölkerung gibt es jedenfalls keine Tendenz, die Geschichte des Nationalsozialismus umzudeuten und die von Deutschen und im deutschen Namen begangenen Verbrechen zu leugnen oder klein zu reden. Nicht nur die Demokratie darf in Deutschland inzwischen als gefestigt gelten, sondern auch das historische Selbstverständnis. In breitesten Kreisen unserer Gesellschaft ist die schuldbehaftete Vergangen-

heit der eigenen Nation anerkannt und als Teil unseres Erbes angenommen. Diese Feststellung spricht, wohlgemerkt, nicht für das eine oder andere Konzept der Erinnerung an die Vertreibungen in Europa. Wohl aber spricht sie für eine gewisse Gelassenheit in der Diskussion.

So anstrengend die Auseinandersetzungen über den rechten Umgang mit den Vertreibungen auch sind – ich glaube: Sie können sich lohnen, wenn wir sie mit aller gebotenen Ernsthaftigkeit führen. Was wir in dieser Diskussion gewinnen können, ist ein tieferes Verständnis füreinander und auch für uns selbst. Nationale Rechthaberei, auf welcher Seite auch immer, ist dabei völlig fehl am Platz. Wir werden Geduld, Beharrlichkeit und auch Demut brauchen, wenn wir zu einem Ergebnis gelangen wollen, das von möglichst vielen mitgetragen werden kann.

VII.

Noch viele weitere Themen bleiben Politik und Gesellschaft im Ringen um die Versöhnung aufgegeben. In Deutschland gehört dazu ganz gewiss der Umgang mit den Folgen der SED-Diktatur und (in weiterer Perspektive) mit den Auswirkungen des Kalten Krieges. Viele in unserem Land scheinen der Auseinandersetzung mit dem Erbe dieser Diktatur inzwischen müde geworden zu sein. Im Osten macht sich vielerorts Nostalgie breit. Im Westen weicht man nicht selten mit einer gewissen Oberflächlichkeit und mit dem Gestus des uninteressierten Siegers dem Ernst der Fragen aus. So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass sich schon seit einiger Zeit ein oft unerträglich freches Auftreten mancher ehemaliger Offiziere der Stasi beobachten lässt, die ihre Opfer von einst dreist verhöhnen. Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich darf die Auseinandersetzung mit den Lasten der DDR-Vergangenheit nicht zu einer Art Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln werden. Aber

die Opfer der SED haben das Recht, nicht einfach aus dem öffentlichen Interesse zu verschwinden. Ihnen muss Raum gegeben werden, um ihre Geschichten zu erzählen und ihre Erfahrungen auszusprechen. Nur so kann Erinnerung bewahrt und Versöhnung auf lange Frist gewonnen werden. Es wäre gut, wenn in der derzeit im Deutschen Bundestag anhängigen Debatte über eine Ausweitung von Entschädigungen für die Opfer der SED-Herrschaft auch diese grundsätzliche Perspektive nicht aus dem Blick geriete.

VIII.

Wenn wir heute den Versöhnungsfonds der Katholischen Kirche zum Abschluss bringen, so geben wir also nicht das Signal, dass die Aufgaben erledigt seien. Gegenwart und Zukunft halten für den, der Frieden und Versöhnung in Europa will, genügend Herausforderungen bereit. Der Fonds selbst konnte und wollte nie mehr sein als ein zeitlich befristetes Instrument, um der weiteren Arbeit einen kräftigen Impuls zu geben. Wir sind dankbar, dass er dieses Ziel erreicht und gute Früchte hervorgebracht hat. Manches, was der Fonds angestoßen hat, wird seine volle Wirksamkeit gewiss auch erst in der Zukunft entfalten. In gewissem Sinne gehört auch die neue Maximilian-Kolbe-Stiftung, die in den kommenden Monaten gegründet werden soll, zu den Ergebnissen des Versöhnungsfonds. Mehrere katholische Organisationen – das Maximilian-Kolbe-Werk⁵, RENOVABIS, der Deutsche Caritasverband, Pax Christi, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und die Deutsche Kommission Justitia et Pax – haben sich zusammengetan, um mit dieser

⁵ Vgl. A. Stempin, *Das Maximilian-Kolbe-Werk. Wegbereiter der deutsch-polnischen Aussöhnung 1960–1989* = Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 107, Paderborn 2006.

neuen Stiftung Projekte der Versöhnung in Europa auf den Weg zu bringen und der katholischen Versöhnungsarbeit eine langfristig tragfähige Struktur zu geben. Die Maximilian-Kolbe-Stiftung will ausdrücklich keine rein deutsche Initiative sein. Immer mehr kommt es ja darauf an, dass die Kirche in Europa gemeinsame Wege der Versöhnung erkundet. Die Stiftung wird daher die enge Kooperation mit kirchlichen Partnern in ganz Europa, zunächst vor allem in Polen und Tschechien suchen. Die Deutsche Bischofskonferenz hat ihre Unterstützung für dieses Vorhaben bereits erklärt; auch von Seiten der Polnischen Bischofskonferenz ist lebhaftes Interesse geäußert worden. So wächst der kirchliche Dienst für die Versöhnung auf europäischer Ebene enger zusammen.

Gemeinsam dürfen wir hoffen, dass mit dem Segen Gottes auf diese Weise und auf vielen anderen Wegen der Schatz der Versöhnung auf unserem Kontinent auch in Zukunft gehütet und vermehrt wird. Dadurch möchten wir auch über den Tag hinaus erreichen, dass augenblicklich blockiert erscheinende Wege zueinander sich wieder für eine nachhaltige Versöhnung öffnen.

„Erfahrungen aus fünf Jahren Versöhnungsfonds“

Bericht des Geschäftsführers von Renovabis, Dr. Gerhard Albert, auf der Abschlussveranstaltung des Versöhnungsfonds der katholischen Kirche „Wege zur Versöhnung“ (12. Oktober 2006)

Meine Aufgabe ist es, als Vorsitzender des Vergabeausschusses des Versöhnungsfonds und als Verantwortlicher für dessen Geschäftsführung durch die Aktion Renovabis über Erfahrungen aus etwas mehr als fünf Jahren Fördertätigkeit zu berichten. Es sei vorausgeschickt, dass die Arbeit des Fonds im strengen Sinne noch nicht abgeschlossen ist; zahlreiche der geförderten Projekte laufen noch, aus den ausgesprochenen Bewilligungen werden weiterhin Auszahlungen vorgenommen und Abrechnungen werden entgegengenommen. Abgeschlossen ist vielmehr der Beantragungs- und Bewilligungsprozess, nachdem über die zugewiesenen Mittel bereits vollständig verfügt wurde. Eine Schlussbilanz im eigentlichen Sinne wird erst nach der Abrechnung des letzten Projektes vorgelegt werden können. Statistische Angaben, auf die ich mich im Folgenden beziehen werde, finden Sie in Ihren Teilnehmermappen. Geschäftsführung durch Renovabis und Bewilligungsgremium Entstehung und Zielsetzung des Fonds wurden bereits ausführlich dargestellt, darunter auch, dass die Bischöfe die Aktion Renovabis mit dessen Geschäftsführung beauftragten. Damit wurde gewiss die Erfahrung gewürdigt, die Renovabis bereits damals seit seiner Gründung 1993 in der Projektarbeit hatte sammeln können. Natürlich bedeutete die Übertragung der Aufgabe an eine bereits bestehende Organisation eine beträchtliche Kostenersparnis. Ein beträchtlicher Teil der Gemeinkosten war damit bereits gedeckt. Die anfallenden Zinsen wurden dem Fonds gutgeschrieben. Renovabis

verwaltete den Fonds als anvertrautes Sondervermögen und deckte deshalb die anfallenden Verwaltungskosten aus einem Teil dieser Zinserträge.

Vor allem waren es aber inhaltliche Gründe, die dazu führten, dass der Versöhnungsfonds Renovabis anvertraut wurde. Als „Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa“ widmet sich Renovabis seit seiner Gründung 1993 in vielfältiger Weise dem Dienst an der Versöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn und zwischen den durch ethnische Konflikte entzweiten Menschen in Mittel- und Osteuropa. Versöhnung fördert Renovabis darüber hinaus durch die Begleitung und Vernetzung der zahlreichen Partnerschaften von Gruppen, Gemeinden und Verbänden nach Mittel- und Osteuropa. Diese leisten eine alltägliche und selbstverständliche Versöhnungsarbeit zwischen den Menschen und Völkern. Im Rückblick zeigt eine ganze Anzahl von geförderten Projekten aber auch, dass durch die Beauftragung von Renovabis keine Beschränkung des Versöhnungsfonds auf Mittel- und Osteuropa gegeben war.

An dieser Stelle darf ich Frau Gertrud Casel (Bonn) und Herrn Generalvikar Dr. Georg Jelich herzlich für das vertrauensvolle und offene Zusammenwirken im Vergabegremium und für die vielen wertvollen Hinweise für die Projektarbeit danken, ebenso Herrn Ulrich Pöner, der als Vorgänger von Frau Casel als Geschäftsführer von Justitia et Pax zunächst im Gremium vertreten war. In diesen Dank schließe ich Herrn Markus Leimbach ein, der in der Geschäftsstelle Renovabis die gesamte Projektbearbeitung des Versöhnungsfonds geleistet hat, zusätzlich zu seinen Aufgaben zunächst als Länderreferent und heute als Leiter der Projektabteilung.

Aspekte der Förderung

Seitdem der Fonds seine Tätigkeit aufgenommen hatte, konnte für insgesamt 206 Projekte die Gesamtfördersumme von 2.710.542,00 Euro bewilligt werden.

Förderung nach Kategorien

Schon von Anfang an zeigte sich, dass ein Schwerpunkt in der Förderung von Bildungs- und Begegnungsarbeit liegen würde. Beispiele dafür sind insbesondere zwei große Programmfinanzierungen zugunsten des Maximilian-Kolbe-Werks und der deutschen Sektion von Pax Christi. Beide Programme umfassen eine Vielzahl an kleineren Maßnahmen insbesondere in der Begegnung mit Überlebenden der Gewaltherrschaft und der Förderung des generationenübergreifenden Gesprächs.

Bei den geförderten Begegnungsmaßnahmen fällt auf, dass nicht wenige Maßnahmen den ursprünglichen Ausgangspunkt in deutsch-polnischen oder deutsch-tschechischen Begegnungen haben, diesen Ansatz aber im Laufe von Anschlussförderungen zu Veranstaltungen auf tri- bzw. multinationaler Basis weiterentwickelt haben (polnisch-tschechisch-deutsch; tschechisch-ukrainisch-deutsch). Vor allem bei Begegnungen, die Jugendliche zusammenführten, wurde so von selbst der Bogen von dem von Deutschen begangenen Unrecht über die Auseinandersetzung mit der wechselseitig belasteten Vergangenheit zu den heute die junge Generation im zusammenwachsenden Europa beschäftigenden Fragen gespannt.

Es zeigt sich, dass besonders im Bereich der Begegnungs- und Austauschmaßnahmen eine große Nachfrage nach Veranstaltungen und Finanzierungsquellen bestand.

Ein zweites wichtiges Feld in der Arbeit des Versöhnungsfonds ist die Beihilfe zur Durchführung von Veranstaltungen und Ausstellungen sowie die Ermöglichung von Publikationen. Dazu zählen eine Reihe von Projekten, die aus den Diözesen im Zusammenhang mit den dortigen Bemühungen um die Aufarbeitung der Geschichte von Zwangsarbeit in kirchlichen Einrichtungen vorgelegt wurden. Unter den längerfristigen Forschungsvorhaben, die durch den Versöhnungsfonds ermöglicht wurden, ist beispielhaft ein von der Ackermann-Gemeinde getragenes interdisziplinäres und länderübergreifendes Vorhaben zur gemeinsamen Aufarbeitung der tschechisch-deutschen Kirchengeschichte im zwanzigsten Jahrhundert hervorzuheben.

Jugend als besondere Zielgruppe

Der Bereich der Jugend ist dem Fonds in seinen Vergaberichtlinien (§ 2,2) als besondere Fördergruppe aufgetragen worden. Rund 53 % der geförderten Projekte beziehen sich auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche. Dabei wurde darauf geachtet, dass durch eine Förderung durch den Versöhnungsfonds keine anderweitigen staatlichen oder kirchlichen Fördermittel verloren gingen. Andererseits konnten in vielen Fällen geplante Veranstaltungen und Begegnungen überhaupt erst durch den Fonds stattfinden, sei es, weil andere in Aussicht gestellte Mittel durch Sparmaßnahmen überraschend weggefallen waren oder weil die Förderung gerade den Eigenanteil decken half, der sonst nur schwer aufzubringen gewesen wäre.

Projektpartner des Fonds

Zunächst war es Auftrag des Versöhnungsfonds, mit katholischen Einrichtungen, Vereinigungen und Gruppen zusammen-

zuarbeiten. Diese machen 80 % der Projektpartner aus. Die Initiatoren des Versöhnungsfonds waren dankbar, von Anfang an mit bewährten und erfahrenen Trägern zusammenarbeiten zu können, die seit Jahrzehnten im nationalen und internationalen Rahmen den christlichen Auftrag zur Versöhnung bereits beispielhaft gestaltet und ausgefüllt hatten. Katholische Laien sehen hier ihre ureigene Verantwortung; so liegen katholische Verbände und Organisationen mit nahezu der Hälfte der Projektpartner, 45 %, an der Spitze. Bemerkenswert ist auch der recht hohe Anteil der Diözesen (20 %) unter den Projektpartnern. Die Auseinandersetzung mit der Hypothek der Zwangsarbeit in kirchlichen Einrichtungen während des Zweiten Weltkriegs und darüber hinausführende Fragen nach Schuld und Verantwortung bildeten hier meist den Gegenstand von Projektanträgen. Eine Anzahl von Projektanträgen kam aus Pfarreien; wenn sie bevorzugt behandelt wurden, dann deshalb, weil sie oft in exemplarischer Weise die Art von kleineren, dezentralen Initiativen verkörperte, die um der Breitenwirkung des Fonds willen als besonders förderungswürdig gelten.

Die Konzeption des Fonds war von vornherein so offen angelegt, dass auch Anträge berücksichtigt werden konnten, die von außerhalb des kirchlichen Raums im engeren Sinne kamen, und zwar, wenn Vorhaben in Zusammenarbeit mit einem katholischen Kooperationspartner durchgeführt wurden. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Unterstützung des Jungen Klangforums Europa Mitte bei der Ermöglichung seiner dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmeten Konzerte in Theresienstadt und anderswo. Die Zusammenarbeit mit der Diözese Litomerice/Leitmeritz in der Tschechischen Republik ermöglichte die Förderung durch Renovabis zur Sicherung des Auftritts in Theresienstadt als dem Herzstück des Gesamtprojektes, wovon wiederum dessen Gelingen zu einem guten Teil abhing. Inzwischen hat das Junge Klangforum dafür den ange-

sehenen Marion Dönhoff Förderpreis erhalten. Die grundsätzliche Klarheit der Vergabekriterien dieses Fonds der katholischen Kirche in Verbindung mit einer an der Qualität orientierten flexiblen Bewilligungspraxis hat sich auch in anderen Fällen ausgezahlt.

Einige Projekte sind aus anderen Ländern an Renovabis herangetragen worden. Hier sei vor allem an die Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für Gebet und Dialog“ in Auschwitz erinnert, dessen Entstehung auch durch Renovabis maßgeblich gefördert wurde und dem Papst Benedikt XVI. bei seinem Aufenthalt in Auschwitz am 28. Mai 2006 einen Besuch abstattete.

Kontinuität und Innovation

Die Konzeption und die folgende praktische Arbeit des Versöhnungsfonds waren und sind ohne die Kooperation mit den bewährten Partnern, die seit Jahrzehnten den Versöhnungsauftrag der Kirche verkörpert und gestaltet haben, nicht denkbar. Sie stehen für die fortdauernde Verpflichtung des Dienstes an den Opfern der Gewaltherrschaft und an der Versöhnung zwischen den Völkern Europas. Freilich wollten die Initiatoren des Fonds mit dieser zusätzlichen Initiative auch die Möglichkeit schaffen, sich neuen Problemlagen in Gesellschaft und Kirche zuzuwenden, die in ihrer Genese immer noch in den Lasten der Vergangenheit wurzeln. Hierher gehört die Förderung von einigen Projekten, die Grundlagenarbeit an der noch weithin ungelösten Frage der Integration von russlanddeutschen Aussiedlern in unsere Lebenswelt und in die Pastoral unserer Ortskirche leisten. Durch die Unterstützung des Versöhnungsfonds konnten Blockaden bei der Verwirklichung dieser Vorhaben überwunden werden, nachdem die Suche nach der richtigen „Schublade“ für die Finanzierung lange ergebnislos geblieben war. Der Ver-

söhnungsfonds konnte an dieser wie an anderen Stellen innovativ in dem Sinne wirken, in der Zielgruppe den Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe zu stärken und das Problembewusstsein der Verantwortlichen wach zu halten, damit nach Auslaufen dieser Anschubfinanzierung tragfähige Lösungen für die notwendige Fortsetzung der Aktivitäten gefunden werden können.

Ausblick „Ein zusätzliche Initiative“ sollte der Versöhnungsfonds nach dem Willen der Bischöfe sein. Zusätzlich in dem ersten und grundlegenden Sinne, dass von der Kirche mehr gefordert ist als bloße Geldleistungen an die Opfer, wie sie der Entschädigungsfonds leistete, so wichtig diese als zeichenhafter Ausdruck von Gerechtigkeit sind. Kardinal Lehmann sagte dazu vor einiger Zeit: „Wir sehen diese konkreten Entschädigungen in einem viel weiter gesteckten Horizont, nämlich als Bausteine eines umfassenderen Bemühens um Versöhnung, ... als prospektive und natürlich auch immerwährende Aufgabe.“ „Zusätzlich“ war die Initiative des Versöhnungsfonds aber auch in dem konkreten Sinne, dass hier wirklich zusätzliche Mittel bereitgestellt wurden und nicht bloße Umschichtungen innerhalb der Aufgabenfelder erfolgten. Es liegt nun an den Trägern der Initiativen ebenso wie an den Verantwortlichen des Laienapostolats wie vor allem an den Trägern des kirchlichen Amtes, in einem fruchtbaren und verantwortungsbewussten Diskurs die vielfältigen Ergebnisse dieser Initiative aufzunehmen und weiter zu tragen, die Frage von Anschlussfinanzierungen eingeschlossen. Einen möglichen Weg, wie die Impulse fortwirken können, hat Herr Kardinal Lehmann vorhin mit dem Hinweis auf die Maximilian-Kolbe-Stiftung aufgezeigt. Renovabis hat vor mehr als fünf Jahren gerne den Auftrag der Geschäftsführung und Gestaltung des Versöhnungsfonds übernommen. Wir konnten selbst an dieser Aufgabe wachsen, haben wichtige Partner im In- und Ausland gewonnen und zahlreiche Anstöße für die Fortentwicklung unserer Arbeit erhalten. Wir sind aber auch

froh, der Kirche in Deutschland diesen Dienst erwiesen zu haben, und legen nun den Auftrag wieder zurück in deren Hände.

Freising/Mainz, 12. Oktober 2006

„Perspektiven der Versöhnung“

Rede von Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski bei der Abschlussveranstaltung des Versöhnungsfonds der katholischen Kirche „Wege zur Versöhnung“ (12. Oktober 2006)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Versöhnung, von der ich heute sprechen soll, ist nicht zuletzt aufgrund meiner eigenen Lebenserfahrung zu einem mir persönlich sehr nahen Thema geworden. Einem Thema, dem mittlerweile unzählige Publikationen gewidmet wurden, und von dem auch ich schon öfter gesprochen habe. Dabei bin ich früher von verschiedenen philosophischen Definitionen dieses Begriffes ausgegangen. Mittlerweile scheint es mir aber, dass keine ambitionierten denkerischen Ansätze notwendig sind, um die einfache Natur der Versöhnung zu veranschaulichen. Es genügt eine in vielerlei Hinsicht zutreffende Analogie zur menschlichen Gesundheit. Diese ist nichts anderes als ein Gleichgewicht aller unzähligen körperlichen Prozesse, die uns letztendlich am Leben erhalten; ein ständiger Balanceakt oder eine Gradwanderung, die nach Aufmerksamkeit, Konzentration und Anstrengung verlangt, nach dem Glauben, der Weisheit und dem Mut. Versöhnung ist wie Gesundheit, weil sie nicht ein für allemal gegeben und keineswegs garantiert ist. Sie mag zwar selbstverständlich erscheinen, doch dieser Schein trügt. Es ist meistens ein grober Fehler sie als solche zu betrachten, denn um ihretwillen arbeitet ununterbrochen – wenn auch unbemerkt – der gesamte Organismus. Vor allem dieser andauernde Charakter ist zu betonen: man kann sich nicht endgültig versöhnen, genauso wenig ist eine endgültige Befreiung von jeglichen Krankheiten möglich.

Versöhnung ist wie Gesundheit, weil ihre Vernachlässigung zum durchaus physischen Leiden, Schmerz, oft letztendlich zum Untergang führt. Sie ist auch mit der Gesundheit zu vergleichen, weil sie nicht ohne Spannungen und Konflikte verläuft, die üblicherweise eine vernünftige Lösung finden und überwunden werden. Manchmal braucht sie radikale Heilmittel, um wiederhergestellt zu werden, im Normalfall genügen aber einfach optimale Umweltbedingungen. Man könnte wohl behaupten, ein anständig ernährter und körperlich aktiver Mensch würde gesund leben. Genauso darstellen die demokratischen und rechtsstaatlichen Bedingungen den best geeigneten Rahmen und Nährboden für die Erhaltung des zivilisierten Umgangs zwischen Menschen, Völkern, Nationen.

Schließlich hat die Versöhnung auch ganz direkt und buchstäblich mit der Gesundheit zu tun; nämlich mit dem gesunden Menschenverstand. Unbeherrschbare Konflikte entstehen meist dort, wo diese zwar elementare und doch leider manchmal knapp vorhandene Eigenschaft fehlt oder durch Hass, Größenwahn, Eitelkeit und das Gefühl im Besitz einzig gültiger Wahrheit zu sein zeitweise getrübt oder gänzlich außer Kraft gesetzt wird.

Wer glaubt, dieser gesunde Menschenverstand wäre ein Synonym für Bildung und Zivilisation, irrt gewaltig. In keiner anderen Epoche mangelte es an ihm mehr, als in dem fortschrittlichen Zwanzigsten Jahrhundert, an keinem anderen Ort als in der europäischen Wiege der zivilisierten Welt. Und trotzdem: das Gute im Menschen ist im Stande die schwierigsten Prüfungen zu bestehen. Im April 1941, fast genau sieben Wochen vor der Ankunft des Transportes, mit welchem der Franziskanerpater Maximilian Kolbe mit vier anderen Klosterbrüdern nach Auschwitz gekommen ist, wurde ich aus dem Lager entlassen. Schon bald darauf aber hat auf dem mir so gut bekannten Appellplatz im Lager Auschwitz I. die mittlerweile breit bekannte

Szene stattgefunden: der polnische Franziskanerpater erklärte sich bereit an Stelle eines anderen Häftlings, des Familienvaters Franciszek Gajowniczek im Hungerbunker den Tod zu erleiden.

Für gläubige Christen scheint es zwingend notwendig, dass dieses Opfer, das Leiden, der schreckliche Tod des Märtyrers Maximilian Kolbe und das stille, würdige Leiden vieler anderen Opfer dieses blutigen Zeit, Früchte tragen müsste. Und so fanden sich auf beiden Seiten, in Deutschland und in Polen, Menschen guten Willens, die in den nachfolgenden Jahrzehnten die Wege für die Überwindung des Hasses gebahnt haben, für den Bau einer besseren Zukunft trotz verschiedener Hindernisse und Schwierigkeiten, für die Heilung der menschlichen Wunden die gleiche Heilung mit der ich bereits in der Einleitung symbolisch den Versöhnungsprozess verglichen habe.

Durch Vergebung zur Versöhnung

Heute sind diese Wege breit, allgemein zugänglich und genauso offen wie die deutsch-polnische Grenze. Unmittelbar nach den tragischen Kriegserfahrungen erinnerten sie aber eher an einen steinigen Pfad mit unsichtbarem Ziel, auf den sich nur wenige gewagt haben. Die Versöhnung lag damals noch weitgehend außer der greifbaren Reichweite, sie begann zunächst mit dem Mut zur vorsichtigen Vergebung. „Ohne Vergebung kann die Welt nicht leben“ sagte einmal Kardinal Stefan Wyszyński, ein auch politisch ungewöhnlich mutiger Mann. „Sie wäre eine Hölle ohne Ausgang“. Und Kardinal Macharski erwähnte im September 1982 in Düsseldorf beim Hauptgottesdienst während des Deutschen Katholikentages den inzwischen Heiliggesprochenen Franziskanerpater Kolbe, der „aus Auschwitz, dem Golgatha unserer Zeit an das Gewissen der Menschen ruft, dass das fundamentale Gesetz der menschlichen Vollkommenheit und

das Gesetz der Erneuerung der Welt – das neue Gesetz der Liebe ist. Allein die Liebe kann den Fluch des Hasses und der Verachtung zu Gott und zu den Menschen besiegen. Nur die Liebe allein kann den Hass verhindern, kann dessen Folgen teilen und die Augen öffnen, um den wahren Wert erkennen zu lassen.“⁶

Antagonismus der unmittelbaren Nachkriegszeit

Um diese edlen Vorsätze allerdings praktisch und auf breiterer Basis umsetzen zu können, wäre eine andere politische Lage notwendig. Gleich nach dem Krieg wurde dagegen alles nur Mögliche unternommen, um den polnisch-deutschen Antagonismus zusätzlich noch zu verfestigen. Dies gehörte damals zu den grundlegenden Zielen der Polenpolitik Stalins, der die Kommunisten zu Architekten des polnischen Staates machte, die die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze und die territoriale Integrität in ihrer Nachkriegsgestalt garantierten. Das stalinistische Nachkriegssystem verabreichte den Polen, übrigens ähnlich wie den Deutschen in der DDR, eine „antinationalistische“ Therapie, die sich nicht nur gegen einen Nationalismus, sondern auch gegen die gesamte polnische Tradition, Kultur und historische Identität richtete. Das „doppelt“ verwundete Volk musste Abwehrreaktionen entwickeln, die manchmal auch zu Überempfindlichkeiten führten. In den Beziehungen zu den Deutschen ergab sich eine zusätzliche Schwierigkeit aus den noch nicht vernarbten Kriegswunden und der Infragestellung der Grenze an der Oder und Neiße seitens der Bundesrepublik Deutschland, sowie aus den Beziehungen zu dem „ersten deutschen Arbeiter und Bauernstaat“ der DDR, die nicht frei

⁶ Zitat nach: Kein Friede ohne Vergebung, in: W. Bartoszewski: Kein Frieden ohne Freiheit, Baden-Baden 2000, S. 129.

waren von einer Komponente aus Verlogenheit und Misstrauen. Aus der Sichtweise vieler Deutschen dagegen erschien Polen mit seinen 1945 nach Westen verschobenen Grenzen geradezu als ein Kriegsgewinner. Polen wurde zu einem bequemen Objekt, an dem man eigene Kriegsfrustrationen abreagieren konnte und „dank“ Polens konnte man sogar das Bewusstsein des Opfers in der deutschen Bevölkerung bilden und schüren. Und weil es keinen offiziellen politischen Dialog gab, konnte dieses Treiben grenzenlos getrieben werden, ohne die Fakten und ohne die Meinung des Partners berücksichtigen zu müssen.

Erste christliche Initiativen in Deutschland

Zum Glück jedoch kam es schon einige Jahre nach dem Krieg, nach dem Tod Stalins und Berijas, noch in der Chruschtschow-Ära, sowohl von polnischer, wie von deutscher Seite zu parallel laufenden Initiativen für inoffizielle Kontakte zwischen denkenden Menschen guten Willens. Diese Kontakte knüpfte man hauptsächlich in intellektuellen Kreisen und Gruppen, die ihre geistige Heimat und ihr Engagement in den christlichen Kreisen verankerten. Vorreiter waren auf deutscher Seite schon zu Beginn der 60er Jahre die Jugendgruppen von Aktion Sühnezeichen aus der damaligen DDR und die hartnäckig nach Wegen des Dialogs suchenden Mitglieder der deutschen Sektion von Pax Christi aus der Bundesrepublik. In Köln scharte sich ein Kreis von Menschen um die deutsch-französische Zeitschrift „Dokumente“ und aus einem dieser gewichtigen Diskussionsforen erwuchs ebenfalls in den 60er Jahren der Bensberger Kreis.

Sie trugen gewiss zur Entstehung einer Atmosphäre bei, in deren Folge im Mai 1965 die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland entstand ein für jene Zeit mutiger Versuch einer Analyse der Lage. Und im November und Dezember des

gleichen Jahres, am Ende des II. Vatikanischen Konzils, folgte der Briefwechsel des polnischen und deutschen Episkopats der Katholischen Kirche. Beide Initiativen waren eindeutig Botschaften der frühen Versöhnung.

Inoffizielle Versöhnungsversuche von polnischer Seite

Von polnischer Seite gehörten zu den ersten nichtoffiziellen Emissären des guten Willens und des Dialogs, vor allem mit dem Bensberger Kreis und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Menschen aus den Klubs der Katholischen Intelligenz in Warszawa, Krakow und Wroclaw sowie Mitglieder der Redaktionen der Zeitschriften „Tygodnik Powszechny“ (Allgemeines Wochenblatt), „Znak“ (Zeichen) und „Wież“ („Die Bindung“). Gewisse Ergebnisse brachten auch die Kontakte, die manche Intellektuelle aus den offiziellen Strukturen der kommunistischen Partei in Polen mit deutschen politischen Kreisen unterhielten.

Als wir in den sechziger Jahren die ersten Versuche unternommen haben, den Weg in eine bessere gemeinsame Zukunft mit den Deutschen zu finden, waren uns Bedenken und Befürchtungen durchaus nicht fremd. Wir haben zwar in der festen Hoffnung gehandelt, dass unsere Bemühungen in den kommenden Generationen sicher Früchte bringen werden, aber wir haben es kaum für möglich gehalten dies noch persönlich erleben zu können. Und doch haben wir uns geirrt: Es ist nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern schon ziemlich bald zu einer vorsichtigen, anfangs vielleicht etwas zaghaften Annäherung gekommen, und so ist bereits bis zu den achtziger Jahren auf diesem Gebiet recht viel geschehen. Zu verdanken war dies den erwähnten deutschen Initiativen, der Pax Christi Bewegung, auch

dem Maximilian-Kolbe-Werk, dem deutschen Caritasverband und den geduldigen Bemühungen von anderen Menschen in Deutschland und in Polen, die die christliche Hoffnung auch in schwierigen Momenten nicht aufgegeben haben.

Erste offizielle Bausteine des Versöhnungsprozesses, Kriegsrecht 1981 und neues Bild der Deutschen

Auf diesem ersten wackligen Fundament der Verständigung konnten auch die vorsichtigen offiziellen Annäherungsversuche unternommen werden. Bereits 1962 wurden auf Basis der Gegenseitigkeit Handelsvertretungen in Köln und Warschau errichtet. Zu den späteren wichtigen Ereignissen gehört unbestreitbar der Vertrag der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlagen ihrer Gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970, deutscherseits das Werk der Regierung Brandt und Scheel. Zu Beginn der 80er Jahre, in den Monaten der Entwicklung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ in Polen und danach mit der Einführung des Kriegsrechts und der Militärdiktatur im Dezember 1981, war die Situation in Polen dramatischen Veränderungen ausgesetzt. Für die Mitglieder der Bewegung „Solidarnosc“ war damals die Politik der Regierung der Bundesrepublik nicht im vollen Umfang klar und in gewissem Sinne enttäuschend. Die breite Öffentlichkeit in Deutschland dagegen, beide christlichen Kirchen, zahlreiche gesellschaftliche Einrichtungen, bedeutende Kreise von Intellektuellen und spontane Bürgerinitiativen gaben ein lebendiges Zeugnis von materieller und moralischer Unterstützung für die Polen in Not. Das enorme Interesse am Geschehen in Polen war in Deutschland nur mit der historischen Welle von Wohlwollen und Anteilnahme vergleichbar, die anderthalb Jahrhunderte früher – während des November-

aufstands 1830/31 – für Angelegenheiten des östlichen Nachbarn aufgebracht wurden. Das führte in der Folge ohne Übertreibung zu einem neuen Deutschlandbild in den Augen der Polen.

Politischer Durchbruch

Zum politischen Durchbruch in den polnisch-deutschen Beziehungen führten jedoch erst die Tatsachen und Entscheidungen der Jahre 1989/90 und in ihnen erblicken wir den Grundstein und die dauerhafte Basis für gegenwärtige und zukünftige Beziehungen zwischen unseren Staaten. Ich denke hier an den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen vom November 1989, der durch die denkwürdigen Berliner Ereignisse am 9. November unterbrochen, dann aber fortgesetzt und abgeschlossen wurde. Die polnische Öffentlichkeit begriff die Rückkehr des deutschen Bundeskanzlers nach Warszawa als wichtigen politischen Schritt, der die Bedeutung der Beziehungen zwischen unseren Völkern an der Schwelle zu einer neuen Ära in der Geschichte betonte. Gewürdigt wurde auch die Begegnung in Kreisau und wahrgenommen wurde der Friedensgruß, den Bundeskanzler Helmut Kohl und der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki während der Heiligen Messe austauschten.

Die gemeinsame Erklärung, die von beiden Regierungschefs am 14. November 1989 in Warszawa unterzeichnet wurde, sowie der ein Jahr später unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze und schließlich der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 17. Juni 1991 in Bonn ratifiziert wurde bildeten letztendlich den offiziellen Abschluss der tragisch belasteten Zeit in den gegenseitigen Beziehungen von Polen und

Deutschen, eine optimistische Vorankündigung eines neuen Gefüges im Rahmen der gemeinsamen europäischen Ordnung.

Voraussetzungen der Versöhnung: der Glaube

Diesen historischen Rückblick habe ich mir erlaubt, um die Voraussetzungen einer gelungenen Versöhnung aufzeigen zu lassen. Man könnte annehmen, der gemeinsame Kulturkreis würde allein schon einen vorzüglichen Rahmen des Dialogs und der Partnerschaft bilden. Nichts falscher als das: die schlimmsten Abartungen menschlicher Seele offenbaren sich meistens unter geographisch benachbarten und kulturell verwandten Völkern. Die bisher blutigsten Konflikte haben Millionen von Menschen verschlungen, die allesamt unter Einfluss der gleichen Wertehierarchie aufgewachsen sind. Auch die Glaubensgemeinschaft, dieser theoretisch felsenfeste Garant der Verständigung hat im Extremfall eine völlig umgekehrte Wirkung. Die Gürtelschnalle der Wehrmachtsoldaten ist dessen traurigstes Beispiel. Dennoch oder vielleicht gerade deswegen ist die Versöhnung ein Akt des aufrichtigen Glaubens. Darüber sprach der Heilige Vater Benedikt XVI. während seiner Generalaudienz in Vatikan am 31. Mai dieses Jahres, unmittelbar im Anschluss an die Pilgerreise nach Polen, wo er unter anderem Auschwitz besuchte:

„Gerade an diesem Ort, der in der ganzen Welt traurige Berühmtheit erlangt hat, wollte ich vor meiner Rückkehr nach Rom innehalten. [...] Angesichts des Grauens von Auschwitz gibt es keine andere Antwort als das Kreuz Christi: die Liebe, die in den tiefsten Abgrund des Bösen hinabgestiegen ist, um den Menschen an der Wurzel zu retten, dort, wo seine Freiheit sich gegen Gott auflehnen kann. Möge die heutige Menschheit Auschwitz und die anderen Todesfabriken nie vergessen, in denen das nazistische Regime versucht hat, Gott zu beseitigen,

um seinen Platz einzunehmen. Möge sie nie der Versuchung zum Rassenhass nachgeben. [...] Mögen die Menschen wieder erkennen, dass Gott der Vater aller ist, und dass er in Christus uns alle aufruft, gemeinsam eine Welt der Gerechtigkeit, der Wahrheit und des Friedens aufzubauen!⁷

Diesem Aufruf zu folgen, benötigt aber neben dem Glauben, auch die Weisheit und den Mut.

Die Weisheit

Versöhnung ist ein Akt der Weisheit, aber einer Weisheit, die nicht bloß mit dem Wissen verwechselt wird, sondern verstanden als simple und doch überraschend seltene Fähigkeit zur Achtung anderer Menschen, zur Toleranz und Akzeptanz fremder Meinungen. Diese Weisheit „lässt sich nicht studieren und anschließend beherrschen wie eine Fremdsprache. [...] Ihre eigentliche Stärke offenbart sich in der chaotischen, schwierigen, manchmal absurd ungerechten Welt. In der Alltagshektik und in Krisen, beim Familienstreit und in der Gefangenschaft. [...] Schmerz ist der Vater und Liebe die Mutter der Weisheit.“⁸

Und eben in Krisenzeiten und in Konfliktgebieten kann sie die versöhnende Rolle erfüllen. Den Zusammenhang zwischen so verstandener Weisheit und der Versöhnung zeigt sehr eindrucksvoll die auch für uns heute aktuelle Definition des israelischen Psychologen und Trägers zahlreicher Friedenspreise Dan Bar-On:

⁷ Zitat nach: W. Bartoszewski, Reflexionen eines ehemaligen Auschwitz-Häftlings, in: Benedikt XVI, Wo war Gott? Die Rede in Auschwitz, Freiburg 2006, S. 39; Hanne Tügel: Weise werden, aber wie?, in: „GEO“, Nr. 4, April 2006, S. 44.

⁸ Zitat nach: ebd., S. 56.

„Ich arbeite mit Menschen, die in tiefe Konflikte verstrickt sind, sich gegenseitig hassen und misstrauen – zum Beispiel in Gruppen von Israelis und Palästinensern. Rationales Wissen hilft da oft nicht weiter. Weisheit dagegen umfasst auch emotionale, unbewusste und kreative Facetten – deshalb –ist die Methode sich gegenseitig seine Lebensgeschichte zu erzählen, oft viel hilfreicher als eine noch so profunde Analyse des Konflikts. Wesentlich ist die Fähigkeit Dinge in einem anderen Licht sehen zu können – zum Beispiel die subjektive Sicht des Gegenübers zu verstehen, ohne seine eigene Position aufzugeben. Solche Augenblicke der Weisheit entstehen aber nicht ohne harte Arbeit, Durchhaltevermögen und die Fähigkeit, mit Frustrationen zu leben. Am meisten macht mir zu schaffen, dass diejenigen, die einen Dialog mit der Gegenpartei suchen, von ihren eigenen Leuten oft als Verräter gebrandmarkt werden.“⁹

Der Mut

Deshalb ist Versöhnung nicht zuletzt auch ein Akt des Mutes. Mutig und dem damaligen Stand des historischen Bewusstseins und der moralischen Bereitschaft der meisten Polen weit voraus, waren die versöhnlichen Worte der polnischen Bischöfen die Katholiken in Deutschland und die ausgestreckte Hand zur Eintracht im November 1965.

Ein Ausdruck des achtungswürdigen Mutes war die spontane Geste des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt, als er im Dezember 1970 in Warszawa vor jenem Denkmal niederkniete, das dem Gedenken an die Opfer und die Kämpfer des Ghettos gewidmet ist. Nicht leicht war auch 1994 die Entscheidung des polnischen Präsidenten Lech Walesa, zu den Feierlichkeiten aus

⁹ Zitat nach: ebd.

Anlass des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstands das deutsche Staatsoberhaupt – trotz Widerstände eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung einzuladen. Mutig und aufrichtig waren die Worte des Bundespräsidenten Roman Herzog, die er bei dieser Gelegenheit an das polnische Volk richtete. Die damaligen Präsidenten Polens und Deutschlands überzeugten sogar die Skeptiker, dass Jahrestage, die trennen, gleichzeitig einen Impuls für die Gestaltung einer besseren Zukunft geben können. Einer Zukunft die verbinden wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wurde von mir eigentlich erwartet, dass ich heute von den zukünftigen Perspektiven der Versöhnung spreche. Stattdessen widmete ich die meiste Aufmerksamkeit der Vergangenheit. Die beiden Kategorien – Vergangenheit und Zukunft – sind aber voneinander untrennbar. Sollte man den Behauptungen der modernen Physikwissenschaft den Glauben schenken, dann würde die Gegenwart als ein abstrakter Grenzwert erscheinen, ein flüchtiger Augenblick, ähnlich dem Nullpunkt auf der Celsiusskala, der nur durch die Veränderung der Wassereigenschaft bemerkbar ist. Das gleiche gilt auch für die Versöhnung – es ist ein flüchtiger Prozess, dessen zukünftige Perspektiven direkt in der Vergangenheit wurzeln. Es ist also ein zukunftsgerichtetes, dennoch aber notwendigerweise stets vergangenheitsbezogenes Handeln. Eine heikle Angelegenheit! Heikel vor allem dann, wenn man Versöhnung als bloße Abrechnung mit der Geschichte versteht. Bei unvernünftiger, voreiliger Abrechnung besteht nämlich die Gefahr, dass in erster Linie die gegenseitigen Rechnungen zum Vorschein kommen. Die historische Versöhnung kann rasch zur Quelle neuer Spannungen entarten. Dialog wird zu Anschuldigungen, anstelle der Verständigung entflammen wieder alte Ressentiments.

Und dennoch sind wir auf die Vergangenheit angewiesen: vielmehr aber im Sinne einer Lektion. Versöhnung ist schließlich auch die Fähigkeit aus der Geschichte zu lernen. In den Büchern des Alten Testaments finden wir die Warnung Moses', die er seinem Volk nach Jahren schwerer Erfahrungen zurief: „Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus der Geschichte“. Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten. Die Mauern des Ghettos von Warschau, die Stacheldrahtzäune von Auschwitz. Die jüngeren unter uns erinnern sich zumindest an die Mauer, die Berlin teilte und gleichzeitig ganz Europa spaltete. Und es ist die Erinnerung an diese Lektion, die uns hilft, den Versöhnungsprozess fortzusetzen; diese – wie ich zu Beginn unseres heutigen Treffens erwähnt habe – nach Vergabung, Vernunft und Vorsicht aber auch nach dem Glauben, Mut und Weisheit verlangende Gradwanderung auf rutschigem Boden.

Aber auch in der Anlehnung an die Geschichte versteckt sich eine Gefahr: das menschliche Gedächtnis ist nämlich kurz und unzuverlässig, auch das kollektive Gedächtnis der Generationen. Seit dem letzten tragischen Kapitel in unserer gemeinsamen Geschichte sind mittlerweile sechzig Jahre verflogen. Es gibt immer weniger Zeitzeugen, die Mehrheit der heute Lebenden kennt den Krieg nur aus den Geschichtsbüchern. Wird es im Endeffekt genügen, um die blutige Lektion ausreichend in Erinnerung zu behalten? Vielleicht ja, vielleicht in weiter entfernter Zukunft nicht mehr. Vielleicht bleibt also nur die Hoffnung auf den schon erwähnten gesunden Verstand, die menschliche Vernunft; die entscheidende Instanz, von der letztendlich der Fortbestand des Versöhnungsprozesses – kurz: der einfachen, menschlichen Verständigung und der Fähigkeit zum friedlichen Zusammenleben abhängt.

Darauf müssen wir uns wohl in Hinsicht auf die Zukunft verlassen. Und vielleicht wird auch den künftigen Generationen eine einfache Formel von Horaz auf diesem Weg der Versöhnung behilflich sein: Sapere aude – wage es, weise zu sein.¹⁰ Dabei sollte man nicht vergessen, dass sowohl die Suche nach Weisheit, wie auch die Suche nach der Versöhnung ständig fortgesetzt werden müssen. Wie heißt es doch in einem jüdischen Sprichwort: Ein Mensch bleibt weise, solange er die Weisheit sucht. Sobald er sie gefunden zu haben glaubt, wird er ein Narr.¹¹

Mainz/Warschau, 12. Dezember 2006

¹⁰ Zitat nach: ebd., S. 58.

¹¹ S. 58.

Teil 2 Erklärungen der Deutschen Bischofskonferenz

„Die Last der Geschichte annehmen“

Wort zum Verhältnis von Christen und Juden aus Anlass des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938. Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk (9. November 1988)

1. Historischer Rückblick

„Jene unfassbaren Schmerzen, Leiden und Tränen stehen mir vor Augen und sie sind meiner Seele tief eingepägt. In der Tat, nur wen man kennt, den kann man lieben.“ Mit diesen Worten hat Papst Johannes Paul II. am 24. Juni 1988 in Wien bei einer Begegnung mit Vertretern der jüdischen Gemeinden in Österreich der Ereignisse vor 50 Jahren gedacht.¹²

¹² L'Osservatore Romano, Deutsche Ausgabe vom 1. Juli 1988
Die Texte zum christlich-jüdischen Dialog sind in dem von Rolf Rendt und Hans Hermann Henrix herausgegebenen Sammelband „Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945 bis 1985, Paderborn, München 1988“ zusammengefasst. Einzelnachweise werden darum nur bei solchen Texten gegeben, die in diesem Band nicht erfasst sind. Hinsichtlich der historischen Quellen wird auf die von Bernhard Stasiewski und dann von Ludwig Volk herausgegebenen „Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945; Band 1 bis 6, Mainz 1968 bis 1985“ verwiesen. Einzelnachweise erfolgen auch hier nur bei solchen Quellen, die in dieser Reihe nicht abgedruckt sind.

Damals, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 und am folgenden Tage, wurden überall im „Großdeutschen Reich“, zu dem seit dem „Anschluss“ auch Österreich gehörte, Synagogen in Brand gesetzt oder zerstört, jüdische Friedhöfe geschändet und zahllose Geschäfte und Wohnungen der Juden demoliert und ausgeplündert. Zahlreiche Juden wurden bei diesen von der NS-Führung inszenierten Pogromen ermordet und unzählige wurden misshandelt. Zehntausende wurden für Tage oder Wochen in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen „verbracht“. Die meisten verließen die Stätte ihrer Demütigung und Not seelisch und körperlich schwer gezeichnet. Die ganze jüdische Bevölkerung erlitt unermessliche seelische Qualen. In perfider Verhöhnung wurde den Geschädigten auch noch eine „Sühneleistung“ von einer Milliarde Reichsmark auferlegt.

Die NS-Presse stellte diese Krawalle als „spontane“ Vergeltungsaktionen erzürnter „Volksgenossen“ dar; bald machte das verharmlosende Wort von der „Reichskristallnacht“ die Runde. Doch jedermann wusste, dass die Novemberpogrome in Wirklichkeit von oben befohlener, aber vor Ort organisierter Straßenterror übelsten Ausmaßes waren. Daher hat es in der Bevölkerung neben aktiver Beteiligung auch demonstratives Fernbleiben, neben Schadenfreude auch Beschämung, neben Gleichgültigkeit auch inneres Entsetzen und neben ängstlichem Wegsehen auch Hilfsbereitschaft gegeben. Aber nirgendwo kam es zu Protestkundgebungen.

Heute beklagen viele, dass auch die christlichen Kirchen damals kein öffentliches Wort der Verurteilung gesprochen haben. Gewiss, viele Priester und Laien sind wegen offener Kritik an den antijüdischen Ausschreitungen von den NS-Behörden gemäßregelt worden. Wir kennen das Zeugnis des Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg, der später für sein mutiges Handeln in

den Tod gegangen ist. Unsere Vorgänger im Bischofsamt hingegen haben keinen gemeinsamen Kanzelprotest erhoben.

Ihr Schweigen wirft auch deswegen Fragen auf, weil am kompromisslosen Nein der Kirche zu Hitlers Rassenpolitik kein Zweifel sein konnte. In seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937 hatte Papst Pius XI. festgestellt, wer Rasse, Volk oder Staat zur höchsten Norm erhebe, der verfälsche „die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge“.¹³ Der gleiche Papst rief ein Jahr später, am 13. April 1938, alle katholischen Universitäten und katholisch-theologischen Fakultäten zur Bekämpfung des Antisemitismus in Wort und Schrift auf. Im September 1938 sagte er: „Der Antisemitismus ist eine abstoßende Bewegung, an der wir Christen keinen Anteil nehmen können. ... Der Antisemitismus ist nicht vertretbar. Geistlich sind wir Semiten.“¹⁴

Die deutschen Bischöfe beschlossen vor dem 9. November 1938 zur NS-Rassenlehre auch ihrerseits Richtlinien für den Klerus. Darin stellten sie fest: „[...] in der Kirche gibt es grundsätzlich keinen Unterschied zwischen Volk und Volk, Rasse und Rasse“. Dies war zwar kein direktes Eintreten für die Juden, aus der Sicht der Machthaber aber war es unmissverständlich und dadurch provozierend. Denn durch die permanente Infragestellung der Rassenideologie rüttelte die Kirche an den weltanschaulichen Grundlagen des Regimes. Wesentlichstes Ziel aller Seelsorge, hieß es in einem Grundsatzpapier des Köl-

¹³ Gedruckt in: Dieter Albrecht (Bearb.), *Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der Deutschen Reichsregierung*, Band 1, Mainz 1965, S. 402–443.

¹⁴ Zitiert nach: Rudolf Lill, *Katholizismus nach 1848*, in: Karl Heinrich Rengstorff, Siegfried von Kortzfleisch (Hrsg.), *Kirche und Synagoge. Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden. Darstellung und Quellen*, Band 2, Stuttgart 1970, S. 366.

ner Kardinals Schulte, müsse es sein, „das Glaubensleben in möglichst vielen Katholiken so zu vertiefen und zu stärken, dass sie den Prüfungen der Zeit gewachsen sind, auch wenn, Bekenntertreue von ihnen verlangt wird.“ Dies ließ die Kirche in den Augen der Nationalsozialisten zu einem Hauptgegner ihrer Weltanschauung werden. Kurz nach den Novemberpogromen hielt ein regierungsamtlicher Stimmungsbericht fest: „Nur die von der Kirche beeinflussten Kreise gehen in der Judenfrage noch nicht mit.“¹⁵

Aber genügten Gewissensbildung und weltanschauliche Immunisierung angesichts brennender Synagogen und tausender misshandelter jüdischer Mitbürger? – so fragen wir, nach 50 Jahren zurückblickend. Wäre nicht öffentlicher Protest, eine weit sichtbare Geste der Mitmenschlichkeit und Anteilnahme der vom Wächteramt der Kirche geschuldete Dienst gewesen?

Diese Fragen bedrücken uns umso mehr, als wir sie – im Unterschied zu den Zeitgenossen – im Wissen um „Auschwitz“ stellen. Aber es ist schwer, auf diese Fragen eine klare, eindeutige Antwort zu finden. Wir kennen nicht einmal die Beweggründe des Episkopats; auch über die Haltung und die Erwartungen des Kirchenvolkes fehlt es uns an Quellen. Eines allerdings steht außer Zweifel: Die Zurückhaltung der Bischöfe ist überhaupt nur vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Kirchenkampfes zu verstehen, bei dem es für die Kirche um Sein oder Nichtsein ging.

Anfang Oktober 1938 hatte der Kirchenkampf in Österreich mit der Verwüstung des Erzbischöflichen Palais in Wien einen ersten Höhepunkt erreicht. In München wurde gleichzeitig mit den

¹⁵ Helmut Witetschek, Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, Band 1: Regierungsbezirk Oberbayern, Mainz 1966, S. 300.

Novemberpogromen unter der Parole „Gegen das Weltjudentum und seine schwarzen und roten Bundesgenossen“ der Amtssitz von Kardinal Faulhaber gestürmt.“¹⁶ Wenige Wochen zuvor war Bischof Sproll von Rottenburg nach inszenierten Krawallen aus seiner Diözese vertrieben worden. Ein großer Teil der Bevölkerung sah daher die antijüdischen Ausschreitungen als Generalprobe für künftige Angriffe auf die katholische (und die evangelische) Kirche. Das befürchteten auch die Bischöfe. In ihrem gemeinsamen Hirtenwort vom 19. August 1938 hatten sie „die Zerstörung der katholischen Kirche innerhalb unseres Volkes, ja selbst die Ausrottung des Christentums“ als das Ziel der NS-Kirchenpolitik bezeichnet. So liegt die Vermutung nahe, dass die Bischöfe alles versucht haben, eine weitere Eskalation des Kirchenkampfes nicht ihrerseits zu provozieren. Wohl haben sie in den folgenden Jahren ihre praktischen, aber unspektakulären karitativen Bemühungen zugunsten der Verfolgten verstärkt. Der Raphaels-Verein, das Caritas-Netzwerk und die Hilfswerke von Bischof Preysing (Berlin), Erzbischof Gröber (Freiburg) und Kardinal Innitzer (Wien) waren für nicht wenige die letzte Rettung, ehe ab 1942 die Deportationen in die Vernichtungslager des Ostens einsetzten.

Doch unbeschadet aller damaligen Opportunitätsabwägungen fragen wir, ob im November 1938 nicht auch andere Formen brüderlicher Solidarität möglich und gefordert gewesen wären: Ein gemeinsames Gebet etwa für die unschuldig Verfolgten oder eine demonstrative erneute Bekräftigung des christlichen Liebesgebotes. Dass dies unterblieb, bedrückt uns heute, wo wir das Eintreten für die elementaren Rechte aller Menschen als eine die Konfessionen, Klassen und Rassen übergreifende Pflicht empfinden.

¹⁶ Ludwig Volk (Bearb.), Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945, Band 2, Mainz 1978, S. 604.

Man wird freilich bedenken müssen, dass manche Einstellungen, die wir heute für selbstverständlich halten, erst in harter Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Regime gewachsen sind. Die Bereitschaft, über die Belange der eigenen Kirche hinaus auch für die Menschenrechte anderer einzutreten, gehört ebenso hierzu wie die Ablehnung jedweder Sondergesetzgebung gegen einzelne Gruppen der Gesellschaft, während die Prüfung staatlichen Rechts und Handelns an naturrechtlichen, nicht zur Disposition der Machthaber stehenden Normen schon eine lange katholische Tradition hatte. Die Bischöfe und auch die Gläubigen haben – ebenso wie andere – angesichts der Menschenwürde und Menschenrechte hohnsprechenden nationalsozialistischen Unrechts schmerzhaftes Lehren ziehen müssen. Das war von großen Spannungen begleitet, die die Fuldaer Bischofskonferenzen bis an den Rand des Auseinanderbrechens brachten.

Wir wissen, dass mit diesem historischen Rückblick und der Darlegung der Zeitumstände nicht alles erklärt und schon gar nicht alles entschuldigt werden kann. Auch unter uns Katholiken hat es Versagen und Schuld gegeben. Die Fuldaer Bischofskonferenz hat im August 1945 bekannt: „Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden. Schwere Verantwortung trifft jene, die auf Grund ihrer Stellung wissen konnten, was bei uns vorging, die durch ihren Einfluss solche Verbrechen hätten hindern können und es nicht getan haben, ja diese Verbrechen ermöglicht und sich dadurch mit den Verbrechern solidarisch erklärt haben.“ Hieran knüpften die Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland an, als sie in ihrer Erklärung aus dem Jahr 1980 sagten: „Zur Liebespflicht der Christen ge-

genüber den Juden gehören auch das immerwährende Gebet für die Millionen im Laufe der Geschichte ermordeten Juden und die ständige Bitte an Gott um Vergebung des vielfachen Versagens und der zahlreichen Versäumnisse, deren sich Christen in ihrem Verhalten den Juden gegenüber schuldig gemacht haben. In Deutschland haben wir besonderen Anlass, Gott und unsere jüdischen Brüder um Verzeihung zu bitten.“ So wiederholen wir das Rufen des Psalmisten: „Würdest du, Herr, unsere Sünden beachten, Herr, wer könnte bestehen? Doch bei dir ist Vergebung, damit man in Ehrfurcht dir dient“ (*Psalm 130,3 f.*).

2. Besinnung und Umkehr

Der Rückblick auf den November 1938 und die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft sind bedrückend. Manche fragen darum, ob die Erinnerung an die Vergangenheit nicht einmal ein Ende haben sollte. Aber man kann die eigene Geschichte nicht nur selektiv akzeptieren und das Belastende ausblenden. Wir müssen die Last der Geschichte annehmen. Das sind wir den Opfern schuldig, deren Leiden und Tod nicht vergessen werden darf. Das sind wir den Überlebenden und Angehörigen schuldig, weil sonst jedes Gespräch mit ihnen und jedes neue Miteinander unmöglich wäre. Aber wir sind es auch der Kirche und damit uns selbst schuldig. Denn die Geschichte ist nicht etwas Äußerliches, sie ist Teil der eigenen Identität der Kirche und kann uns daran erinnern, dass die Kirche, die wir als heilig bekennen und als Geheimnis verehren, auch eine sündige und der Umkehr bedürftige Kirche ist. Darum müssen wir ein nie nachlassendes Interesse daran haben, uns diese Geschichte möglichst umfassend und zutreffend zu vergegenwärtigen. Aus diesem Grunde werden wir die Erforschung und Darstellung unserer Geschichte auch künftig nach Kräften fördern und das in unseren Möglichkeiten Stehende tun, damit im Religionsun-

terrichtet, in der Katechese und auf anderen Feldern die historische Wahrheit unverkürzt gelehrt wird. Um dieser Wahrheit willen werden wir aber auch gegen alle Versuche auftreten, die Geschichte für aktuelle Auseinandersetzungen in Kirche, Staat oder Gesellschaft zu instrumentalisieren und für unsachliche Angriffe gegen einzelne oder ganze Gruppen zu missbrauchen. Auch dies gebietet der Respekt vor den Opfern.

Die Geschichte annehmen heißt, sich ihren Licht- und Schattenseiten zu stellen. Es hat ja unter der nationalsozialistischen Terrorherrschaft nicht nur Versagen und Schuld, sondern auch Bewährung und Mitgefühl mit den Opfern gegeben. Bisweilen lag beides dicht beieinander und betraf ein und dieselbe Person. Schuld oder Bewährung folgen immer aus der freien persönlichen Entscheidung des einzelnen. Sie lassen sich darum auch nur schwer durch nachträgliche Analysen aufweisen und dem einzelnen oder gar ganzen Bevölkerungsgruppen zurechnen. Aber auch, wenn man nicht ein ganzes Volk schuldig sprechen kann und darf, bleibt doch die Mitverantwortung aller für das im Namen aller Geschehene und seine Folgen bestehen. Dies gilt auch für die Kirche. „Wir wissen“, – um das Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum 1. September 1979 aufzunehmen – „dass es auch in der Kirche Schuld gegeben hat. Wir wissen uns verpflichtet zum dauernden Bemühen, die Folgen aus den Irrtümern und Verwirrungen dieser schrecklichen Zeit zu ziehen.“¹⁷

Gedenktage rufen uns diese Verpflichtung immer wieder eindringlich ins Bewusstsein. Auch die Erinnerung dieser Tage an die Novemberpogrome des Jahres 1938 soll uns ein solches Mahnzeichen sein. Aber Gedenktage dürfen kein punktuell

¹⁷ Erklärung der deutschen Bischöfe vom 27. August 1979 zum 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Erinnerung und Verantwortung, Arbeitshilfen 30, (Bonn 1983).

Ereignis bleiben. Sie müssen eingebettet sein in ein ständiges Bemühen, unter Besinnung auf die Vergangenheit zu einer positiven Änderung von Einstellungen und Verhalten beizutragen. In dieser sich unaufhörlich stellenden Aufgabe liegt die eigentliche Herausforderung. Ihr müssen wir uns stellen. Dabei können gelegentlich auch Rückschläge und Missverständnisse auftreten. Ihnen müssen wir mit der inneren Gelassenheit begegnen, die man freilich nur aufbringen kann, wenn das Ziel fest im Blick bleibt. Wir müssen bereit sein, uns auch einmal überfordern zu lassen, ohne – wie es auf dem ersten deutschen Nachkriegs-Katholikentag 1948 hieß – „gleich die Ruhe oder gar die Liebe zu verlieren“.¹⁸ Aber es gibt auch Zeichen und Aufbrüche, die Mut machen. So erinnern wir uns dankbar daran, dass der Prozess des Umdenkens gerade auch von jüdischer Seite mitinitiiert und mitgetragen wurde, als hervorragende Vertreter des Judentums von sich aus das Gespräch wieder aufnahmen. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Ein besonderes Gewicht werden dabei die Bemühungen um eine redliche Erfassung und Darstellung von Judentum und jüdischer Religion in Theologie und Katechese haben müssen. Weiterhin sollte nichts unversucht gelassen werden, um das Verstehen zwischen Juden und Christen durch unmittelbare Begegnung zu fördern und für den Weltdienst beider die notwendigen Folgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen.

Mit diesen Stichworten sind die Bereiche angesprochen, die bei den Bemühungen der vergangenen Jahre um ein neues Miteinander zwischen Juden und Christen besonderes Gewicht besessen haben und besitzen. Sie sind in einer Vielzahl von grundsätzlichen Darlegungen und Erklärungen aufgenommen, die der Heilige Stuhl, zahlreiche Ortskirchen, Laiengremien und auch gemeinsame Gesprächskreise von Juden und Christen vorgelegt

¹⁸ Der Christ in der Not der Zeit, Paderborn 1949, S. 216.

haben. An Bedeutung ragt unter diesen Dokumenten die vom II. Vaticanum 1965 publizierte Erklärung *Nostra Aetate* (4) hervor, die einen Neuanfang im christlich-jüdischen Dialog einleitete. An dieses Dokument knüpfen die Durchführungsrichtlinien sowie die Hinweise für Predigt und Katechese an, die von der vatikanischen Kommission für die Beziehungen zum Judentum 1974 bzw. 1985 erlassen worden sind. In verschiedenen Ländern sind diese Anstöße aufgenommen und in eigenen Texten für die jeweiligen Gegebenheiten konkretisiert worden. So haben sich die Deutsche Bischofskonferenz (1980), die Österreichische Bischofskonferenz (1982) und die Berliner Bischofskonferenz (1988) in Erklärungen geäußert.¹⁹ Daneben verdienen das 1979 publizierte Arbeitspapier und die Erklärung des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken von 1988 besonderer Aufmerksamkeit, weil sie von Juden und Christen gemeinsam erarbeitet wurden.²⁰ Diese und andere Dokumente sowie die wiederholten Zu-

¹⁹ Die deutschen Bischöfe, Erklärung über das Verhältnis der Kirche zum Judentum vom 28. April 1980, in: Rendtorff/Henrix, S. 260–280. Österreichische Bischofskonferenz/Pastoralkommission Österreichs, Die Christen und das Judentum, April 1982, in: Rendtorff/Henrix, S. 205–215. Hirtenwort der Berliner Bischofskonferenz zum 50. Jahrestag der Pogromnacht, November 1988.

²⁰ Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Arbeitspapier „Theologische Schwerpunkte des jüdisch-christlichen Gesprächs“ vom 8. Mai 1979, in: Rendtorff/Henrix, S. 252–260. Nach 50 Jahren – wie reden von Schuld, Leid und Versöhnung? Erklärung des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken 50 Jahre nach der Reichspogromnacht, in: Berichte und Dokumente 68, S. 30–46. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist das von der Deutschen Bischofskonferenz anerkannte Organ zur Koordinierung der Kräfte des Laienapostolats und zur Förderung der apostolischen Tätigkeit der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West). Ihm gehören insbesondere

sammenkünfte kirchlicher Repräsentanten mit Vertretern jüdischer Organisationen – zuletzt im Rahmen des Pastoralbesuches von Papst Johannes Paul II. in Österreich – sind Hinweise für den ernstesten Willen vieler, „dass die alten Vorurteile überwunden werden und man Raum gibt für eine immer vollere Anerkennung jenes ‚Bandes‘ und jenes ‚gemeinsamen geistigen Erbes‘, die zwischen Juden und Christen bestehen“ (Papst Johannes Paul II. am 13. April 1986). Das Gedenken an die Novemberpogrome sollte erneut Anstoß sein, diese Dokumente in ihrem Anliegen und Inhalt aufzunehmen und auf dem gewiesenen Wege fortzuschreiten.

3. „Ihr seid unsere bevorzugten Brüder“

Die Notwendigkeit, aufeinander einzugehen, stellt sich auch und gerade in der Theologie. Über Jahrhunderte haben Irrtümer, Missverständnisse und Vorurteile über Glaube und Religion das Verhältnis zwischen Christen und Juden auf beiden Seiten schwer belastet. Hier liegen – neben politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ressentiments – die Quellen des Antijudaismus, der auch unter Katholiken verbreitet war. Diese traditionellen Vorurteile haben die Abwehrkräfte gegen das neue Phänomen des modernen Antisemitismus geschwächt, der die Rasse zum höchsten Prinzip erhob und das zentrale Element der nationalsozialistischen Ideologie wurde. Die Judenvernichtung des „Dritten Reiches“ hat uns die eigenen Defizite und Versäumnisse schmerzlich bewusst gemacht. „Die schrecklichen Verfolgungen, die die Juden in den verschiedenen Geschichtsepochen erlitten haben, haben endlich die Augen geöffnet und die Herzen aufgerüttelt.“ (Papst Johannes Paul II. am 6. März

Vertreter der Diözesanräte und der zentralen Verbände und Organisationen an.

1982) Dabei durften wir – beschämt und beschenkt zugleich – das jüdische Volk als das Volk des ersten, nie gekündigten Bundes Gottes mit den Menschen wiederentdecken. Anknüpfend an die Lehre des Konzils sagte Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch in der Synagoge von Rom am 13. April 1986: „Die jüdische Religion ist für uns nicht etwas ‚Äußerliches‘, sondern gehört in gewisser Weise zum ‚Inneren‘ unserer Religion. Zu ihr haben wir somit Beziehungen, wie zu keiner anderen Religion. Ihr seid unsere bevorzugten Brüder und, so könnte man gewissermaßen sagen, unsere älteren Brüder.“

Dieses besondere Band zwischen Christen und Juden scheint auf, wenn man den Wurzeln des Christentums nachgeht und das geistliche Erbe Israels für die Kirche bedenkt. Der Glaube an den einen Schöpfergott ist uns ebenso gemeinsam wie die Gebote des Dekalogs oder die Hoffnung auf den Messias. Wir Christen sind aufgerufen, unsere Auffassungen über Juden und Judentum unter diesem Gesichtspunkt der Gemeinsamkeit zu prüfen und, wo nötig, zu ändern. Dabei kann es nicht darum gehen, wahrhaft Trennendes zu leugnen oder falsche Kompromisse zu schließen. Uns eint und trennt vor allem die Person Jesu, der Jude war und für uns Christen Sohn Gottes und Erlöser der Welt ist. Das Aufzeigen der gemeinsamen Wurzeln lässt uns aber das Judentum in seiner Identität besser verstehen und hilft uns zugleich, vielleicht verschüttete Dimensionen unseres Glaubens zu erschließen. Diese Klärung sollte – wo immer möglich – von Christen und Juden gemeinsam versucht werden. Über das Alte Testament oder die Bedeutung Jesu etwa kann sich ein für beide Seiten ertragreicher Dialog entfalten. Dringend gefordert und aktuell ist dieser gemeinsame Einsatz von Juden und Christen aber, wenn es um den Glauben an den einen Gott geht. Angesichts der Versuchungen neuer esoterischer Mythen und innerweltlicher Heilsversprechungen ist das Bekenntnis all derer

notwendig, die an Gott als den Schöpfer und Erlöser der ganzen Welt glauben.

4. Predigt und Katechese – Über Juden und Judentum angemessen sprechen

Das II. Vaticanum hat mit der Erklärung *Nostra aetate* das Band, „wodurch das Volk des Neuen Bundes mit dem Stamme Abrahams geistlich verbunden ist“, eindrücklich ins Bewusstsein gehoben. Damit eine wirkliche Begegnung zwischen Christen und Juden möglich wird, hat das Konzil die Förderung der „gegenseitige(n) Kenntnis und Achtung“ als wichtige Aufgabe vor Augen gestellt. Die Durchführungsrichtlinien der vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum konkretisieren dieses Anliegen und legen den Christen ans Herz, zu lernen, „welche Grundzüge für die gelebte religiöse Wirklichkeit der Juden nach ihrem eigenen Verständnis wesentlich sind“. Damit sind nicht nur einzelne Bereiche der Information und Unterweisung angesprochen, sondern „alle Ebenen der christlichen Lehre und Bildung“. Die Spannweite der in den Blick genommenen Informationsmittel reicht von katechetischen Werken über historische Darstellungen bis zu den „Medien der Massenkommunikation (Presse, Radio, Film, Fernsehen)“. Die gleiche Kommission hat vor wenigen Jahren die Gedanken der Richtlinien erneut aufgenommen und inhaltliche „Hinweise für eine richtige Darstellung von Juden und Judentum in der Predigt und in der Katechese der katholischen Kirche“ gegeben.

Diesen Bemühungen und Vorgaben auf weltkirchlicher Ebene korrespondieren zahlreiche Initiativen und Maßnahmen in verschiedenen Ortskirchen, die auf eine angemessene Darstellung

und Würdigung von Juden und Judentum innerhalb der Verkündigung zielen. Die genannten Erklärungen der drei Bischofskonferenzen fügen sich in diesen Rahmen ebenso ein, wie die Verlautbarungen des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Diese Anstöße und Hilfen tragen bereits erste Früchte. Bei der Ausbildung der Priester, im Religionsunterricht und in der Katechese, bei Tagungen katholischer Akademien und Bildungseinrichtungen oder in kirchlichen Publikationen nimmt diese Thematik einen neuen Stellenwert ein. Eindrucksvoll sind nicht zuletzt die Deutschen Katholikentage, bei denen unter großer Beteiligung der Jugend der christlich-jüdische Dialog und das gemeinsame Gebet seit geraumer Zeit bereits einen besonderen Schwerpunkt bilden. Hierzu gehören auch die beiden Wiener Zusammenkünfte unter dem Titel „Schalom“, weil diese in Österreich wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Vertreter der israelitischen Kultusgemeinde zu einem weiterführenden Dialog bereit waren und sind. Auch beim Dresdner Katholikentreffen 1987 spielte die Frage des christlich-jüdischen Gesprächs eine wesentliche Rolle. Dies ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Es macht aber Mut, fortzufahren und in unseren Bemühungen nicht nachzulassen. Mut macht vor allem, dass ein Teil dieser Initiativen auch von Juden mitgetragen wird. Ihnen schulden wir dankbare Anerkennung.

5. Bemühen um Aussöhnung

Zahlreichen Völkern und Gruppen ist während des „Dritten Reiches“ im deutschen Namen großes Leid zugefügt worden. Dass es nochmals gelingen könnte, mit den Nachbarn zu einem von Vertrauen und gegenseitiger Achtung getragenen Verhältnis zu gelangen, war 1945 eher zweifelhaft. Und dennoch ist das Unwahrscheinliche eingetreten. Die Opfer selber haben –

wie der verstorbene Kardinal Höffner feststellte – entscheidend dazu beigetragen.²¹

Zu einer Aussöhnung mit den Juden in aller Welt zu gelangen, ist eine noch größere Aufgabe, die noch lange nicht bewältigt ist. Die Verletzungen gehen tief. Den Juden war die „Endlösung“, die vollständige Vernichtung angedroht. Die Opfer der Juden unter der „Shoah“ sind unermesslich. Und dennoch müssen wir uns um Aussöhnung unablässig bemühen. Die gemeinsamen religiösen und kulturellen Wurzeln von Juden und Christen können dabei einen besonderen Anknüpfungspunkt bilden und zur wechselseitigen Offenheit beitragen. Zentral aber ist die persönliche Begegnung. In diesem Sinne verdienen alle Initiativen, die unmittelbare Kontakte erlauben, alle Foren, die uns ins Gespräch bringen, und alle Angebote, die den Blick über die Grenzen der Völker, Konfessionen und gesellschaftlichen Gruppen weiten, nachhaltige Unterstützung. Manches ist bereits geschehen. Vieles ist noch zu tun. Große Hoffnung setzen wir dabei auf die Offenheit und Verständigungsbereitschaft der Jugend, die künftig das Verhältnis zwischen Juden und Christen zu gestalten haben wird. Ihr mag es vielleicht gelingen, die gemeinsame Erinnerung für ein neues Miteinander und eine gemeinsame Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft fruchtbar werden zu lassen.

Der Wille zur Offenheit und Gesprächsbereitschaft ist auf beiden Seiten notwendig. Aber so wie wir nicht vergessen *dürfen*, müssen wir auch akzeptieren, dass viele Juden nicht vergessen *können*. Viele von denen, die selbst unter den Verfolgungen zu

²¹ Joseph Kardinal Höffner, Predigt im Ökumenischen Gottesdienst im Kölner Dom am 8. Mai 1985, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Erinnerung, Trauer und Versöhnung. Ansprachen und Erklärungen zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes, S. 101–105.

leiden gehabt haben, aber auch manche der nachfolgenden Generation können diese Offenheit noch nicht aufbringen. Zu tief ist ihr Schmerz. Ihnen müssen wir Respekt entgegenbringen. Aussöhnung lässt sich weder erzwingen noch erkaufen, sondern nur in einem langen Prozess des Aufeinanderzugehens erringen.

6. Gemeinsame Aufgaben in der Welt

Beim Besuch Papst Johannes Paul II. in der Synagoge von Rom sagte Oberrabbiner Toaff: „Wir können ... die Vergangenheit nicht vergessen. Aber wir möchten heute voller Vertrauen und Hoffnung den Anfang setzen für eine neue Geschichtsperiode, die fruchtbar zu sein verspricht durch gemeinsames Wirken, das endlich im Geist der Partnerschaft, der Gleichwertigkeit und der gegenseitigen Achtung der ganzen Menschheit zum Vorteil gereichen kann.“ Dieses Bewusstsein der Gemeinsamkeit zwischen Christen und Juden, aber auch zwischen allen Menschen guten Willens, ist unter der nationalsozialistischen Bedrängnis gewachsen. Es löste ein Denken und Verhalten ab, das vor allem die Belange der eigenen Gruppe – ob Partei, Gewerkschaft oder Kirche – im Blick hatte und wenig Raum ließ für ein übergreifendes Verantwortungsbewusstsein. Dabei sind die Voraussetzungen für einen Einsatz von Juden und Christen füreinander und miteinander in besonderer Weise gegeben: Beide achten die Würde des Menschen und sehen in der humanen Gestaltung der Welt eine Aufgabe, weil sie an die im Buch Genesis verbürgte Schöpfungstat Gottes glauben. Darum sollten beide entschieden dafür eintreten, dass dieses Bewusstsein der Gemeinsamkeit nicht wieder verschüttet und ein neues „Lagerdenken“ in Staat und Gesellschaft Raum gewinnen kann.

Die Felder für einen gemeinsamen Einsatz von Juden und Christen bei der Gestaltung der Welt sind vielfältig und auch

von Land zu Land unterschiedlich: An der Spitze stehen das Bemühen um die Achtung der Menschenwürde, die ethische Fundierung der Staats- und Gesellschaftsordnung und die Gewährleistung der Menschenrechte. Ungeachtet aller öffentlichen Beteuerungen und internationalen Abmachungen sind die Menschenrechte noch immer weltweit gefährdet – sei es aus rassistischen, religiösen, sozialen oder politischen Gründen. Gefährdet ist vor allem das erste Recht des Menschen, das Recht auf Leben. Dies gilt nicht nur für Regionen besonderer Bedrückung und Krisen, sondern auch für uns selbst, wo jährlich Hunderttausende Kinder im Mutterleib getötet werden. Die Erfahrungen der Geschichte lehren uns, dass alle Dämme brechen, wo das Leben des einzelnen nicht mehr respektiert wird. „Niemand ist seines Lebens sicher, wenn nicht unangetastet dasteht: ‚Du sollst nicht töten!‘“ (Fuldaer Bischofskonferenz 1942).

Aber Christen und Juden sollten auch zusammenfinden, wenn es um den Kampf gegen jede ungerechtfertigte Benachteiligung und Diskriminierung einzelner oder ganzer Gruppen aus ideologischen, religiösen oder sonstigen Gründen geht. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist ein hohes Gut. Christen und Juden sollten darum für eine gerechte gesellschaftliche Ordnung eintreten, die von *gegenseitiger Achtung und Toleranz* geprägt ist, die unveräußerlichen Rechte eines jeden einzelnen wahrt und dem Antisemitismus oder jeder anderen menschenverachtenden Ideologie keinen Raum lässt. In diesem Sinne sind Christen und Juden in besonderer Weise zum Dienst an Gerechtigkeit und Frieden gefordert.

Gefordert sind sie ferner zum Dienst am Frieden in der Welt, dessen Gefährdungen uns nur zu bewusst sind. Der erste Schritt dazu ist auch hier, im anderen den Menschen zu erkennen und weder sein Recht auf Leben noch seine Entfaltungsmöglichkeiten in Frage zu stellen. Wie innerhalb eines Staates gilt auch zwischen den Völkern das Wort: „Gerechtigkeit schafft Frie-

den“ (*Jes 32,17*), das – anknüpfend an das Leitwort Papst Pius’ XII. – über den gegenwärtigen Bemühungen der christlichen Kirchen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung steht.

Und schließlich ist unser Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung gefordert. Die Bedrohung unserer natürlichen Umwelt durch die technische Zivilisation mahnt uns an den Auftrag, mit der Schöpfung verantwortlich und sachgerecht umzugehen, die Schätze der Erde nicht rücksichtslos auszuplündern und die Folgen unseres Handelns für uns und die nachfolgenden Generationen zu bedenken. Wir sollten uns und anderen gemeinsam vor Augen führen, dass wir alle „Geschöpfe“, nicht Herren dieser Welt sind.

Für jeden von uns und für uns gemeinsam stellt sich hier ein weites Aufgabenfeld, auf dem Gemeinsames mehr wiegt als Trennendes. Die Geschichte zeigt uns die Notwendigkeit, rechtzeitig gestalterisch zu handeln. Im Maße dieses Handelns wächst – so hoffen wir – die Einsicht in die Gemeinsamkeit von Juden und Christen, aber auch in die Gemeinsamkeit aller Menschen guten Willens.

„Versöhnung geschieht durch Erinnerung“ (Martin Buber). Man kann diese Versöhnung nicht mit den Händen schaffen, sie ist im letzten Gottes Werk. Zum Abschluss dieser Erklärung wollen wir daher die Geschehnisse, die Anlass unseres Gedenkens sind, im Gebet vor den Herrn der Geschichte tragen. Nur von dort kann uns Kraft und Mut auf dem beschwerlichen Weg zur Aussöhnung zufließen.

„Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei“

Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk (8. März 1990)

Die friedliche Revolution in der Tschechoslowakei hat den Menschen in unserem Nachbarland Freiheit und neue Hoffnung gebracht. Mit besonderer Freude begrüßen wir die von den Gläubigen des Landes wieder errungene Religionsfreiheit. Seit mehr als vierzig Jahren haben jetzt wieder alle Diözesen des Landes einen Bischof. Wir hoffen, dass die Behinderung des kirchlichen Lebens nunmehr der Vergangenheit angehören. Die neugewonnene Freiheit lässt auch die Hoffnung wachsen, dass die zwischen Tschechen und Deutschen liegende Last der Vergangenheit gemeinsam abgetragen werden kann.

Der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Herr Václav Havel, hat dem deutschen Nachbarvolk die Hand zur Versöhnung gereicht, indem er – in vollem Bewusstsein des auch von Deutschen an Tschechen begangenen Unrechts – die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat nach dem Zweiten Weltkrieg als „zutiefst unmoralische Tat“ verurteilte. Mit Bewegung und Dankbarkeit vernahmen wir dieses Wort. Mit denselben Empfindungen durften wir auch erleben, dass der Erzbischof von Prag, Kardinal Frantisek Tomásek, am 11. Januar 1990 erklärte : Die Akte der „Rachgier“ und der „Verfolgung“, die sich gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei richteten, bilden einen „Schandfleck auf unserer nationalen Ehre“, der sich nicht durch Verschweigen oder den Hinweis auf das uns zugefügte Unrecht, sondern nur durch ein objektives Bekenntnis zur ganzen Wahrheit und durch die Distanzierung von dem eigenen Unrecht“ tilgen lasse. „Die Wahrheit und die Lie-

be machen uns frei“, schreibt Kardinal Tomášek. Diese Botschaft des Evangeliums haben die Christen in die Fundamente des gemeinsamen europäischen Hauses einzubringen. „Das Herz Europas, aus dem einige Male in der Geschichte der Hass bis zum Völkermord loderte, sollte nun beginnen, im Rhythmus der Freundschaft zu schlagen.“

I. Trauer und Vergebung der Schuld

Wir danken dem Staatspräsidenten der Tschechoslowakei und dem Erzbischof von Prag mit den tschechischen Katholiken für dieses befreiende Wort. Die Erwähnung der Schuld, die die Verantwortlichen für die Vertreibung der Deutschen auf sich luden, erinnert aber auch uns an die Untaten, die in deutschem Namen dem tschechischen Volk durch die Missachtung seines Selbstbestimmungsrechtes, durch die Bedrohung seiner nationalen Existenz und durch Unterdrückung während der Okkupation zugefügt wurden. Wir beklagen den Missbrauch des Verlangens des slowakischen Volkes nach nationaler Eigenständigkeit für die Zwecke der Machtpolitik der nationalsozialistischen Führung Deutschland. Wir denken mit Scham an das Unrecht, das Tschechen durch die seit 1938 erzwungene und geplante Umsiedlung hinnehmen mussten. Wir trauern in gleicher Weise um jene Tschechen und Slowaken, die als Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft das Leben verloren, wie um die Opfer der Vertreibung.

Wir wissen um das Versagen und die Schuld, die viele Deutsche dabei auf sich geladen haben. Wir stellen uns der Verantwortung, die Last der Geschichte, die unser ganzes Volk zu tragen hat, anzunehmen. Mit den Worten der Fuldaer Bischofskonferenz vom 23. August 1945 erklären wir heute noch einmal im Blick auf jenes dunkle Kapitel in der langen gemeinsamen

Geschichte von Tschechen und Deutschen: „Furchtbares ist schon vor dem Krieg in Deutschland und während des Krieges durch Deutsche in den besetzten Ländern geschehen. Wir beklagen es zutiefst: Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben, viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selbst Verbrecher geworden.“

Die Bischöfe der Berliner Bischofskonferenz erklären, dass sie zutiefst die Teilnahme der Nationalen Volksarmee der DDR an der gewaltsamen Unterdrückung des „Prager Frühlings“ im August 1968 bedauern. Dadurch wurden die alten Wunden aufgerissen und das Werk der Versöhnung schwer belastet.

2. Ermutigende Vorbilder gemeinsamer Geschichte

Die Erinnerung an die Zeitspanne, die von Ungerechtigkeit und Revanchegeist, von Gewalt und Vergeltung gekennzeichnet ist, darf die langen Jahrhunderte friedlichen Zusammenlebens von Tschechen, Slowaken und Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien und in der Slowakei nicht vergessen machen. Das wechselseitige Beben und Empfangen, das – allen Spannungen und Zwistigkeiten zum Trotz – die tschechoslowakisch-deutsche Nachbarschaft die längste Zeit ihres Bestehens hindurch auszeichnete, führte unsere Völker gemeinsam zu hohen wirtschaftlicher und kultureller Blüte, die weit über die Grenzen der von ihnen bewohnten Länder hinaus wirkte. Erst einem zerstörerischen Nationalismus und den Ideologien unseres Jahrhunderts blieb es vorbehalten, dieses einzigartige kulturelle Zu-

sammenleben zum Schaden aller auszuhöhlen und schließlich zu zersprengen.

Der Weg von Tschechen, Slowaken und Deutschen durch die gemeinsam durchlebte und durchlittenen Geschichte wurde von großen Gestalten des christlichen Glaubens begleitet, die von diesen Völkern gleichermaßen als Heilige verehrt werden: Johannes Nepomuk, Clemens Maria Hofbauer, Johannes Sarkander, Johann Nepomuk Neumann. Die am 12. November 1989 erfolgte Heiligsprechung der seligen Agnes von Böhmen hat uns diesen gemeinsamen Reichtum ins Gedächtnis gerufen. Diese Tochter König Ottokars I. von Böhmen, der deutsche Kolonisten in das Land gerufen hatte, empfahl Papst Johannes Paul II. Tschechen und Deutschen als Beispiel für ein Leben in gegenseitiger Achtung, ohne Zwist und Hass. Die Fürbitte dieser Heiligen möge den Bau der Brücken begleiten, die wir heute auf dem Fundament unseres Glaubens zwischen den Menschen im Herzen Europas aufs Neue errichten wollen.

3. Gemeinsamer Aufbau eines neuen Europas

Die demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa hat künstlich zwischen den Völkern aufgerichteten Barrieren niedergerissen. Europa als geistige Einheit wird für uns in diesen Tagen überall dort erlebbar, wo Grenzsperrn fallen und die Menschen die Jahrhunderte lang gewachsene Zusammengehörigkeit benachbarter Staaten und Landschaften mit neuem Leben erfüllen. Dieses Geschehen erfüllt uns mit Freude und Zuversicht. Wir empfinden den Wandel in Europa aber auch als Herausforderung, gemeinsam mit unseren Nachbarn für das Zusammenleben der Völker in Europa neue, dauerhafte Grundlagen zu legen. Der Friede zwischen den Nationen kann nach

den furchtbaren Erfahrungen unseres Jahrhunderts immer weniger durch Abgrenzung oder gar die Macht der Waffen gesichert werden; Vertrauen und Wahrheit zwischen den Menschen müssen dem Frieden dauerhaftes Fundament geben.

Eine wichtige Grundlage für diese Aufgabe ist auch die auf die Liebe Jesu Christi aufgebaute Gemeinschaft der Ortskirchen, die in ihrer einträchtigen Vielfalt gegenseitige brüderliche Hilfe einschließt. Wir waren schon in der Vergangenheit bestrebt, unter den bestehenden Bedingungen diese Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, und wir werden erst recht in Zukunft nicht nachlassen, diese geistgewirkte Einheit noch intensiver und fruchtbarer zu gestalten (vgl. dazu die Kirchenkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils *Lumen Gentium* 23). Gerade das Volk Gottes kann durch die Gnade Gottes jene Heilkräfte einbringen, die auf besonders wirksame Weise helfen können, die menschliche Person zu retten und die Gesellschaft nach dem Maß der Menschenwürde aufzubauen (vgl. die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils *Gaudium et Spes* 3).

Das gemeinsame christliche Erbe unserer Völker weist den Christen dabei eine besondere Verantwortung zu. Dankbar dürfen wir feststellen, dass im Verhältnis zwischen tschechischen, slowakischen und deutschen Katholiken dafür seit langem gute Voraussetzungen geschaffen wurden, auf denen wir nun weiterbauen können. Wir wollen hier an die Verdienste der Sudetendeutschen, insbesondere aber der sudetendeutschen Katholiken, erinnern, die zusammen mit den anderen Heimatvertriebenen von Anfang an einer Hass- und Rachepolitik abgesagten und seit Jahrzehnten ihren Beitrag zur Versöhnung leisten. Wir denken dabei mit Hochachtung auch an die tschechischen und slowakischen Katholiken im Exil, die schon früh den Dialog mit ihren deutschen Brüdern und Schwestern suchten. Vor allem aber gilt jenen Gliedern in der Kirche in der Tschechoslowakei unser tief empfundener Dank, die, selbst mitten in der Verfol-

gung stehend, aus der Kraft ihres Glaubens voller Weitsicht und Großmut den Boden für die Versöhnung unserer Völker vorbereiten halfen. Dieser Dank richtet sich in besonderer Weise an unseren hochverehrten Mitbruder Frantisek Kardinal Tomásek, der trotz aller Anfeindungen mit der gleichen Unerschrockenheit, mit der er die Freiheit des Glaubens verteidigte, die Tschechen und ihre Nachbarvölker im Geist seines großen Vorgängers, des heiligen Adalbert von Prag, zur Besinnung auf ihr gemeinsames Erbe und zur Erneuerung Europas durch die geistige und sittliche Wiedergeburt seiner Nationen aufrief. Mit Bewunderung und Dank schauen wir heute auf dies Kirche unseres Nachbarlandes, deren in jahrzehntelanger Unterdrückung geprüfte Treue zum Evangelium auch uns Ansporn für ein mutiges Zeugnis des Glaubens in der heutigen Welt und für den Dienst der Kirche an den Menschen unserer Zeit ist.

Zwischen unseren Völkern liegt heute noch die Hinterlassenschaft eines halben Jahrhunderts, das Unrecht und Leid, Misstrauen und Gleichgültigkeit zwischen den Menschen wachsen ließ. Dieses unselige Erbe beiseite zu räumen und die Herzen der Menschen für den gemeinsamen Bau an einem neuen Europa zu gewinnen, ist die Aufgabe der uns heute geschenkten geschichtlichen Stunde. Mit Kardinal Tomásek, allen Christen und allen Menschen guten Willens in unserem Nachbarland hoffen wir darauf, dass uns dabei die Wahrheit und die Liebe frei machen werden: frei von der Last der vergangenen Schuld und offen für die Gestaltung der Zukunft in Gerechtigkeit und Frieden.

Augsburg, 8. März 1990

„Gerechter Friede“

*Auszüge aus dem Wort der Deutschen Bischöfe
(27. September 2000)*

II. 5 Konfliktnachsorge als Konfliktvorbeugung

II.5.1 Zukunft aus dem Gedächtnis von Leiderfahrungen

(108) Die Zeit nach dem Krieg ist die Zeit vor dem Krieg: Dieses böse Wort spricht eine Erfahrung aus, die sich immer wieder bestätigt und doch nur selten bedacht und beachtet wird. Ein Krieg beginnt nie erst, wenn geschossen wird; er endet nicht, wenn die Waffen schweigen. Wie er längst vor dem ersten Schuss in den Köpfen und Herzen von Menschen begonnen hat, so braucht es lange Zeit, bis der Friede in den Köpfen und Herzen einkehrt. Wer das ignoriert, bereitet dem nächsten Krieg den Weg. Wer den Frieden will, hieß es früher, muss für den Krieg gerüstet sein. Heute müssen wir sagen: Wer den Frieden will, muss für den Frieden bereit sein. Er ergibt sich nicht von selbst, schon gar nicht, wenn ganze Völker schweres Unrecht erdulden mussten und viele Menschen tief in ihrer Würde verletzt wurden. Totalitäre und diktatorische Staaten, Bürgerkriege und bürgerkriegsähnliche Gewalttätigkeiten hinterlassen da das schmerzlichste Erbe und die bedrückendste Bürde. In der Regel bleiben die Opfer mit ihrem Unglück allein, gefangen in ihren Alpträumen. Oft genug sind sie dazu verurteilt, mit den Tätern zusammen zu leben, die ihre Verbrechen leugnen und verdrängen. Unfähig, das Geschehene und die eigene Beteiligung daran zu betrauern, möchten diese gerne einen Schlussstrich ziehen und noch einmal am Nullpunkt anfangen, zumindest die Vergangenheit „umdeuten“, damit sie in einem freundlicheren

Licht erscheint. Die Opfer aber kennen die Macht der Geschichte, die Last einer Vergangenheit, die nicht vergehen will. Sie wehren sich gegen das Verschweigen und die Lüge. Wer eine gemeinsame Zukunft will, braucht Verständigung über die Vergangenheit. Dies ist gerade dann dringend notwendig, wenn unterschiedliche Erinnerungen bei Tätern und Opfern auch die wechselseitige Sicht in der Gegenwart entscheidend bestimmen. „Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnern“, sagt die jüdische Weisheit.

(109) Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts mit seinen beispiellosen Gewaltexzessen hat eindringlich gelehrt, wie gefährlich es sein kann, die Macht unversöhnter Erinnerungen zu verkennen. Seelische Wunden, die allenfalls notdürftig vernarbt, nicht aber verheilt sind, drohen immer wieder aufzubrechen. Das Gift nie ausgesprochenen Leids, nie eingestandener Schuld, nie verziehenen Unrechts nährt das Verlangen nach Rache und Vergeltung. Das verhängnisvolle Virus der Gewaltbereitschaft kann über Generationen weitergegeben werden, ohne an Virulenz zu verlieren. Im Gegenteil: Je mehr die persönliche Erinnerung an die Gräueltaten und Schrecken des Krieges und der Gewalt verblasst und ihre hemmende Wirkung nachlässt, desto stärker ist die Versuchung, Revanche zu nehmen. Wer sich weigert, sich dem Schatten seiner Geschichte zu stellen, bleibt an sie gekettet. Lüge und Verdrängung, Selbstbetrug und Verharmlosung zersetzen die Heilkräfte einer Gesellschaft und bilden die Keime neuen Unfriedens, die am besten in einer Krise gedeihen. Nur selten bricht Gewalt spontan aus, meist wird sie von jemandem gesät, der von ihr profitiert. Vergangenes Leid wird missbraucht, um neues Leid zu rechtfertigen. Am leichtesten gelingt dieses zynische Spiel mit unschuldigem Leid.

(110) Man solle die Vergangenheit doch endlich ruhen lassen, mahnen scheinheilig oft gerade die, die mit ihr politisches Schindluder treiben. Es gibt eine Vergangenheitspolitik, die

darauf gerichtet ist, Gewalt als berechnete Gegengewalt darzustellen, Unrecht als verständliche Antwort auf erlittenes Unrecht zu entschuldigen, Hass als unvermeidliche Reaktion auf erfahrenen Hass zu verharmlosen. Die Manipulation des Erinnerns an vergangene Untaten ist darauf angelegt, sich selbst vorgreifend die Absolution für künftige Untaten zu erteilen. Sie versucht oft dort anzusetzen, wo die Erinnerung an gemeinsam erlittenes Leid das Selbstverständnis von Menschen in besonders tiefgehender Weise geprägt hat. Deswegen braucht es persönliche Wahrhaftigkeit und historische Sorgfalt, vor allem aber den politischen Willen, eine Kultur des Gedenkens zu fördern, in der auch der Gefahr einer selektiven Erinnerung entgegen gewirkt wird. Hier hat alles seinen notwendigen Platz, was der öffentlichen Bewusstseinsbildung dient: Denkmäler und Gedenkstätten, Literatur und Film, Archive und Dokumentationen, Jugendbildungseinrichtungen und Schulbücher – kurz: sämtliche Medien von Bildung und Erziehung.²² Ihr Wert für den künftigen Frieden lässt sich mit einer einfachen Frage prüfen: Sagt mir, welche Menschen ihr verehrt, und ich sage euch, wie nahe der nächste Krieg ist. Wird auf der einen Seite als Kriegsheld gefeiert, wen die andere als Kriegsverbrecher brandmarkt, verkörpern die Guten der einen für die anderen das Böse, dann schwelt der Konflikt noch immer. Ein Funke kann genügen, um erneut einen Brand zu entfachen. Der Gewalt vorbeugen heißt auch, eine Tradition gemeinsamer Vorbilder begründen, in denen sich eine gemeinsame Zukunft verkörpert. In ihr und durch sie formt sich eine verbindende Identität.

²² Das in Ingolstadt geplante Friedensmuseum könnte hier eine wichtige Bedeutung gewinnen.

II.5.2 Vertrauen als Lebelement von Gemeinschaft

(111) Damit es auch während des Krieges möglich bleibt, irgendwann wieder Frieden zu schließen, müsse, sagt Kant in seiner Friedensschrift, ein gewisses Maß an Vertrauen in den Feind gewahrt werden. Besser lässt sich kaum ausdrücken, dass Menschen ohne Vertrauen nicht miteinander leben können. Wo es fehlt, klafft ein Abgrund zwischen ihnen, der sie noch tiefer trennt als der Krieg. Der aber zerstört gerade das Vertrauen, der Bürgerkrieg in seiner Grausamkeit mehr noch als jeder andere. Die Erfahrung lehrt, dass Bürgerkriege oder bürgerkriegsartige Konflikte eben deswegen mit ungewöhnlicher Brutalität ausgetragen werden, weil in ihnen die Menschen sich näher stehen als bei einem Krieg zwischen Staaten. Enttäuschender und verletzender als sonst ist daher der Verlust des Vertrauens, den jede Gewalt mit sich bringt. Leicht geht mit dem Vertrauen in den Feind der Glaube an die Menschlichkeit überhaupt verloren. Fortdauernde Gewalt setzt einen Prozess der Verrohung in Gang, an dessen Ende Mitleid und Mitgefühl als jämmerliche und gefährliche Schwäche empfunden werden, die dem als unmenschlich wahrgenommenen Feind in die Hände arbeitet. Gewalt verhärtet, macht unempfindlich gegen das Leid, das eigene und das anderer. Tausende von jungen Männern, die im Krieg erwachsen wurden, irren danach wie verloren durch das Alltagsleben, finden keine Arbeit und sich selbst nicht mehr zurecht. Nicht wenige hoffen insgeheim auf den nächsten Krieg, der ihnen Lohn und Brot verschafft und das Gefühl gibt, zu wissen, was gespielt wird.

(112) Vertrauen ist alles andere als ein unbegrenzt verfügbares, sich stets von selbst erneuerndes Gut. Es zu verlieren geht schnell, neues zu schaffen dauert lange, besonders dann, wenn es nicht nur leichtfertig verspielt, sondern mutwillig und systematisch zerstört wurde. Es wächst auch nicht einfach von al-

leine. Man muss etwas dafür tun, muss es sich erwerben. Nach einem Krieg, wenn die Waffen schweigen und trotzdem noch kein Friede herrscht, bedarf es einer bewussten Anstrengung mit dem Ziel, Vertrauen aufzubauen. Denn ohne ein Mindestmaß an wechselseitigem Vertrauen in die Ehrlichkeit und Verlässlichkeit des früheren Feindes müssen alle politischen Programme und Proklamationen für den Frieden scheitern. Der Kalte Krieg, der sich an den Zweiten Weltkrieg anschloss, fand erst ein Ende durch die Strategie „vertrauensbildender Maßnahmen“, die den Entspannungsprozess und die Politik der KSZE kennzeichnete. Auch sie brauchte viel Zeit und langen Atem. Viele Tugenden, die üblicherweise als rein persönliche Eigenschaften verstanden werden, gewinnen dabei notwendig eine politische Dimension: Mut und Wahrhaftigkeit, Geduld und Augenmaß, Takt und Mitgefühl. Man könnte sie ‚diplomatische‘ Tugenden nennen. Es genügt aber nicht, wenn sie nur den Umgang der Berufsdiplomaten prägen. Sie müssen zum Gestaltungsprinzip der Politik im Ganzen werden, wenn dauerhaftes und verlässliches Vertrauen wachsen soll.

(113) Politisch Verantwortlichen fällt es allerdings im internationalen Verkehr meist nicht leicht, ein vertrauensvolles Verhältnis zueinander aufzubauen. Häufiger Wechsel der politischen Führung erschwert ihnen persönliche Beziehungen. Darüber hinaus begegnen sich politische Entscheidungsträger nicht in erster Linie als Privatpersonen, sondern in amtlicher Eigenschaft, müssen daher stets zuerst die Ansprüche des Amtes beachten und die Interessen ihres Landes im Blick behalten. Das engt den persönlichen Spielraum ein und beeinflusst die Erwartungen, die sich auf das Verhalten der Gesprächs- oder Verhandlungspartner richten. Die Vertrauensbildung wird schließlich nicht selten durch leidvolle Erfahrungen behindert, die man mit der Politik des Nachbarn in der Vergangenheit gemacht hat. Alle diese Schwierigkeiten ändern nichts an der unverzichtba-

ren Rolle, die das persönliche Vertrauen zwischen den politisch Verantwortlichen auch in der internationalen Politik spielt.

II.5.3 Schuldbekentnis, Vergebung und Versöhnung: Geburtswehen des Friedens

(114) Jede kriegerische Gewalt belastet die zwischenmenschlichen Beziehungen mit der schweren Hypothek quälender Traumata. Meist nimmt der Wiederaufbau des zerstörten Landes alle Kräfte in Anspruch. Es dauert Jahre und Jahrzehnte, bis die Zeit reif ist für den Wiederaufbau der Gemeinschaft. Er setzt ein mit der ehrlichen Antwort auf jene elementaren Fragen, die spätestens die erste Nachkriegsgeneration den Eltern und Großeltern stellt: Wie konnte das geschehen? Warum habt ihr das nicht verhindert? Auf welcher Seite standet ihr und warum? Die Mauer des Schweigens, mit der die Vergangenheit oft umgeben ist, beginnt zu bröckeln. Die Gesellschaft steht unausweichlich vor der Kernfrage nach Schuld und Unschuld, nach dem Verhältnis von Opfern und Tätern, der Grundfrage, ob und wie sie noch einmal zueinander finden können, anstatt nur nebeneinander zu leben, notgedrungen und einander fremd. Es gibt darauf keine einfachen Antworten, kein Rezept für den Umgang miteinander, keine Blaupause für Vergebung und Versöhnung.

(115) Oft haben sich im Verlauf eines langen Kampfes die Grenzen zwischen Opfern und Tätern verwischt, weil aus Gepeinigten selbst Peiniger wurden, dem ersten Verbrechen eine verbrecherische Rache folgte. Zudem können nationalistische und totalitäre Ideologien nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Gesellschaften hochgradig verblenden und zu einer Gewöhnung an menschenverachtendes Handeln führen. Diktatorische Regime haben ausgefeilte Praktiken entwickelt, Menschen in ihre Machenschaften zu verstricken und mitschuldig werden

zu lassen. Trotzdem ist so viel klar: Es gibt keinen Frieden ohne Versöhnung, und keine Versöhnung ohne Wahrheit und Gerechtigkeit.

(116) Die Wahrheit, sagt man, ist das erste Opfer des Krieges. Leider bleibt sie es oft bis weit in die Nachkriegszeit hinein. Fast übermächtig scheint der Drang, die eigenen Hände in Unschuld zu waschen, nur allzu leicht verfügbar ist eine Fülle von Entschuldigungen. Noch die schlimmsten Verbrecher wissen gute Gründe für ihre Untaten vorzubringen und sich ein notorisch gutes Gewissen zu verschaffen. Durch die Erfahrung des totalitären Staates hat sich in unserem Jahrhundert ein neue Standardform der Schuldverdrängung eingebürgert: Niemand hat es gewusst; und wer etwas wusste, konnte nichts tun; und wer mittat, war dazu gezwungen. Nur einige wenige waren verantwortlich, „die da oben“, die dann als Bösewichte und Sündenböcke herhalten müssen. – Diese Logik der Entschuldigung funktioniert gewöhnlich recht gut, am besten dort, wo es den Tätern gelingt, den Opfern selbst die Schuld an ihrem Leid anzulasten. Darin kommt besonders deutlich zum Vorschein, was grundsätzlich gilt: Indem die Täter ihre Schuld leugnen, entwürdigen sie die Opfer und entehren sich selbst. Wer sich zu seiner Schuld bekennt, erkennt sich in seiner Freiheit als verantwortlich. Seine Schuldfähigkeit zu bestreiten, zu verkleinern oder zu ignorieren, drückt den Menschen unter sein eigenes Maß. Im ehrlichen Umgang mit seiner Schuld bekennt sich der Täter zu seiner Würde und stellt sich dem Anspruch seiner Freiheit, deren Nachtseite das Böse ist und deren beständiger Schatten die Schuld. Deshalb kann es keinen Frieden zwischen freien Menschen geben ohne die Fähigkeit und Bereitschaft, sich der beschämenden Wahrheit eigener Schuld zu stellen. Darum auch wirkt das Bekenntnis eigener Schuld befreiend auf alle, auf Täter wie Opfer. Die Fesseln der Vergangenheit, die beide aneinander binden, können erst abfallen, wenn das Ge-

schehene nicht bloß geschehen ist, sondern in Freiheit als Ergebnis einer zu verantwortenden Entscheidung angenommen werden kann. Sonst erscheint es als ein tragisches Schicksal, das Täter und Opfer gleichermaßen ereilt und überwältigt hat.

(117) Der Mensch, der um seine Schuld weiß und sie akzeptiert, weiß zugleich, dass er auf Vergebung angewiesen ist. Niemand kann sich selbst vergeben, niemand Vergebung erzwingen, am wenigstens durch Aufrechnen von Schuld. Auch das macht es so schwer, Schuld einzugestehen. Jedes Schuldgeständnis erfordert Demut. Denn es enthält das Eingeständnis einer unaufhebbaren Abhängigkeit von dem Menschen, der um Vergebung gebeten wird. Selbst bei einem ehrlichen Schuldbekenntnis und dem glaubhaften Willen zur Wiedergutmachung bleibt es dabei: Vergebung lässt sich nur erbitten, nicht erkaufen, nicht einklagen, nicht moralisch erpressen. Die Abhängigkeit, in die wir durch unsere eigene Schuld geraten sind, kränkt uns. Das macht es gleichermaßen schwer, Vergebung zu erbitten wie das Angebot von Vergebung anzunehmen. Im Mut, Schuld einzugestehen, Reue zu zeigen und um Vergebung zu bitten – und Vergebung zu gewähren und zu akzeptieren: darin liegt das Wunder der Versöhnung, das den Fluch der bösen Tat bricht und den Bann der Vergangenheit löst.

(118) Sich von Schuld der Gewalt befreien zu wollen, ohne der Wahrheit die Ehre zu geben, jeder Versuch, einfach einen Schlusstrich unter das Vergangene zu ziehen, beleidigt die Opfer. Es ist daher gut, nach Erfahrungen massenhafter und systematischer Gewalt so genannte Wahrheitskommissionen einzurichten. Sie geben zuallererst den Opfern Raum, ihr Leid öffentlich auszusprechen und zu beklagen in der Hoffnung, Gehör zu finden. Ihnen gebührt immer das erste Wort, danach erst dürfen die Täter das Wort ergreifen und ihre Sicht der Dinge darlegen. Mit diesem neuen Weg, der vor allem durch das Beispiel Südafrikas bekannt wurde, verbindet sich allerdings ein heikles

Problem. In der Regel erwirkt sich ein geständiger Täter auf diesem Wege Straffreiheit. Das bedeutet, dass die Wahrheit den Vorzug erhält vor der Gerechtigkeit. Auch das birgt eine Zumutung gegenüber den Opfern, die sich nur schwer verkraften lässt. Scheint es doch den Tätern einen eleganten Weg zu eröffnen, billig davon zu kommen. Das würde in der Tat den Opfern ins Gesicht schlagen, und überdies das Rechtsempfinden in der Gesellschaft nachhaltig schädigen. Eine allgemeine Amnestie verbietet sich ebenso wie der grundsätzliche Verzicht auf Strafverfolgung im Einzelfall. In jeder Situation ist konkret abzuwägen, wie das Bedürfnis nach Wahrheit und das Bedürfnis nach Gerechtigkeit miteinander in Einklang gebracht werden können, ohne neues Unrecht und Leid zu erzeugen.

(119) Strafrechtlicher Aufarbeitung von systematisch organisierter Unterdrückung sind oft aus politischen Gründen enge Grenzen gezogen. Deswegen kommt es besonders darauf an, die Opfer womöglich zu rehabilitieren und zu versuchen, das ihnen Angetane wenigstens ein Stück weit wieder gutzumachen. Denn dies ist ein Weg, die verletzte Würde der Opfer wieder aufzurichten. Vor allem wird dadurch öffentlich festgehalten, dass das von ihnen Erlittene schweres Unrecht war. Diese Klarstellung ist von überragender Bedeutung für die politische Kultur einer Gesellschaft, gerade wenn die Auseinandersetzung über den angemessenen Umgang mit ihrer Vergangenheit noch andauert. Zwar kann solche Wiedergutmachung meist nur in geringem Maße die Folgen der Verbrechen lindern. Sie bedeutet aber für die Opfer oft einen wichtigen Schritt, weil so die Ernsthaftigkeit der Umkehr der Täter glaubhafter wird. Hier zeigt sich, dass Versöhnung zu einer neuen gemeinsamen Zukunft immer auch mit Sühne zu tun hat.

(120) Deutschland und Deutsche sind in mehrfacher Hinsicht vom Erbe der Unrechtsgeschichte herausgefordert. Die Verwüstungen des Nationalsozialismus wirken bis heute fort. Seit den

sechziger Jahren hat unsere Gesellschaft begonnen, sich intensiver mit der Geschichte des nationalsozialistischen Unrechts, seinen Hintergründen und der vielfältigen Verstrickung der gesellschaftlichen Kräfte zu befassen. Die Praxis der Entschädigung zeigt jedoch beispielhaft, wie schwer sie sich damit tut, den Ansprüchen der Opfer gerecht zu werden. Sie erfolgte oft verspätet, zögerlich und gelegentlich widerwillig. Manches Mal kam sie nur zustande, weil politische oder wirtschaftliche Interessen dies nahe legten. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind deshalb aufgerufen, die noch offenen Entschädigungsfragen konsequenter im Sinne der Opfer zu regeln. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Weg für eine Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter freigegeben ist. Die katholische Kirche stellt sich ebenfalls der Verantwortung und geht einen eigenen Weg zur Entschädigung der in ihren Einrichtungen eingesetzten Zwangsarbeiter.²³

(121) Auch den Opfern der Unrechtsstrukturen in der DDR muss so weit wie möglich Gerechtigkeit widerfahren. Man darf zwar den Eroberungs- und Vernichtungswillen des „Dritten Reiches“ nicht in einem Atemzug mit der Herrschaft des Kommunismus in Ostdeutschland nennen. Doch hat auch das dortige politische System die Lebensgeschichte unzähliger Menschen zerstört. Eine rechtsstaatliche Strafgerichtsbarkeit ist hier nur in sehr begrenztem Maße in der Lage, das einst von Seiten des Staats systematisch verübte Unrecht zu ahnden. Ebenso ließen sich auf diesem Weg die Folgen der Verfolgung für die betroffenen Menschen kaum korrigieren. Ihnen muss deshalb auf anderem Wege verdeutlicht werden, dass ihr Leiden gesellschaft-

²³ Vgl. Stellungnahme des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz vom 29.08.2000: „Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Einrichtungen der Katholischen Kirche 1939–1945“.

lich wahr- und ernst genommen wird. Materielle Entschädigung ist hier nur eine Möglichkeit. Nicht weniger wichtig sind Hilfsangebote für diejenigen, die nur schwer mit ihren oft traumatischen Erinnerungen zu leben vermögen. Ihnen müssen „geschützte Räume“ eröffnet werden, in denen es ihnen erst möglich wird, ihre Trauer und Bitterkeit zuzulassen, sich mit ihr auseinander zu setzen und allmählich Trost und neue Hoffnung zu erfahren. Nur dann wird es ihnen gelingen können, in die Lebenswirklichkeit des geeinten Deutschland allmählich hineinzufinden, dessen innere Einheit immer noch wachsen muss.

III.1.2 Kirche als Kraft der Versöhnung

(165) Will die Kirche glaubwürdig und wirksam für Versöhnung eintreten, sieht sie sich zuallererst selbst herausgefordert. Wiederholt hat Papst Johannes Paul II. betont, „*dass die Kirche, um versöhnend zu wirken, bei sich selbst beginnen muss, eine versöhnte Kirche zu sein.*“²⁴ Die Glaubwürdigkeit ihrer Versöhnungsbotschaft steht und fällt mit ihrer Fähigkeit, sich selbst durch Jesus Christus versöhnen zu lassen. Als Kirche sind wir darum zu steter Gewissensforschung aufgerufen. Wir müssen ehrlichen Herzens prüfen, wie weit wir der geschenkten Heiligkeit gerecht werden. Wer dieses Geheimnis der göttlichen Liebe nicht zureichend erfasst, wird immer dazu neigen, Heiligkeit moralisch zu verengen. Der christliche Glaube sieht hier jedoch einen anderen, ungewohnten Begründungszusammenhang: Es ist die immer schon vorgegebene, von Gott geschenkte Heiligkeit der Kirche als „Gemeinschaft der Heiligen“, in der die göttliche Forderung und Erwartung wurzelt, dieser Eigenschaft durch ein heiligmäßiges Leben zu entsprechen. Sie betrifft die Kirche wie ihre einzelnen Glieder, und gegen sie kön-

²⁴ *Reconciliatio et Paenitentia* 9; Hervorhebung im Original.

nen die Kirche und die Christen verstoßen. Dieses Eingeständnis befreit uns dazu, „dass wir angesichts der Krise unseres kirchlichen Lebens weder in einen folgenlosen Kult der Selbstbeziehung verfallen, noch dass wir die Schuld für Indifferenz und Abfall kleingläubig und selbstgerecht nur bei ‚den andern‘, bei der ‚bösen Welt‘ suchen und gerade so den Ruf nach Umkehr und schmerzlicher Wandlung unterdrücken ... Wenn wir uns kritisch gegen uns selbst wenden, dann nicht, weil wir einem modischen Kritizismus huldigen, sondern weil wir die Größe und Unbezwingbarkeit unserer Hoffnung nicht schmälern wollen. Wir Christen hoffen ja nicht auf uns selber, und darum brauchen wir auch unsere eigene Gegenwart und unsere eigene Geschichte nicht immer wieder zu halbieren und stets nur die Sonnenseite vorzuzeigen, wie es jene Ideologien tun, die keine andere Hoffnung haben als die auf sich selbst. In diesem Sinne ist die Bereitschaft zur Selbstkritik ein Zeugnis unserer spezifisch christlichen Hoffnung, die die Kirche immer neu zu einer offensiven Gewissensforschung anleitet.“²⁵ Es gibt kein überzeugenderes Zeugnis für die Kraft der christlichen Versöhnungsbotschaft als die Fähigkeit, im Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes Schuld zu bekennen, Reue zum Ausdruck zu bringen und um Vergebung zu bitten – vor Gott und den Menschen.

(166) Wir werden den „Beweis eines konkreten Lebenszeugnisses“ (Papst Johannes Paul II.) nur in dem Maße erbringen können, in dem es gelingt, die kirchliche Bußpraxis zu erneuern und den weithin verloren gegangenen Zusammenhang zwischen Bußsakrament, innergemeindlicher Versöhnung und Eucharistie wieder sichtbar und erfahrbar zu machen. Wir erinnern an die Weisung des Herrn: „Wenn dein Bruder sündigt, dann geh zu ihm und weise ihn unter vier Augen zurecht. Hört er auf dich,

²⁵ Synodenbeschluss *Unsere Hoffnung*, Teil II., Nr. 3.

so hast du deinen Bruder zurückgewonnen. Hört er aber nicht auf dich, dann nimm einen oder zwei Männer mit, denn jede Sache muss durch die Aussage von zwei oder drei Zeugen entschieden werden. Hört er auch auf sie nicht, dann sag es der Gemeinde. Hört er aber auch auf die Gemeinde nicht, dann sei er für dich wie ein Heide oder ein Zöllner“ (*Mt 18,15–17*). Ein ähnliches Anliegen bewegt Paulus, wenn er darüber klagt, dass Christen öffentliche Gerichte in Anspruch nehmen (vgl. *1 Kor 6,1–11*). Natürlich hat sich die Situation sowohl in den Gemeinden wie in der Gesellschaft grundlegend verändert. Weder die matthäischen Forderungen noch die paulinische Klage lassen sich wörtlich auf die Gegenwart übertragen. Trotzdem machen sie mit Recht darauf aufmerksam, dass das Geschenk und Geschehen der Versöhnung verbunden sein muss mit einem Prozess lebendiger Kommunikation. Sonst wird es privatisiert und die eucharistische Gemeinschaft als Gemeinschaft, die an Konflikten nicht nur leidet, sondern durch sie auch reifen kann, kaum erfahrbar. Das bezieht sich auf keine Nebensächlichkeit, sondern, wie Paulus lehrt, auf die Substanz der Kirche als Sakrament des Friedens und der Versöhnung: „In eurem Herzen herrsche der Friede Christi; dazu seid ihr berufen als Glieder des einen Leibes. Seid dankbar! Das Wort Christi wohne mit seinem ganzen Reichtum bei euch. Belehrt und ermahnt einander in aller Weisheit!“ (*Kol 3,15–16*).

(167) Vor diesem Hintergrund muss es uns umtreiben, wenn wir feststellen, dass in der Kirche, in Orden und Gemeinden, in Gruppen, Familien und Verbänden Konflikte kaum anders verlaufen als sonst in der Gesellschaft. Oft werden sie unausgetragen weitergeschleppt oder administrativ geregelt, ohne dass ein wirkliches Gespräch zwischen den Konfliktparteien zustande kommt. Es bilden sich Polarisierungen und Parteiungen heraus, die einander entweder sprachlos gegenüber stehen, aneinander vorbei reden oder sich in einer Sprache bekämpfen, die wenig

versöhnlich klingt. In diesem Mangel an Konfliktkultur bahnt sich an, was unter unglücklichen Umständen zur offenen Gewalt unter Christen und gegen Nichtchristen führen kann und allzu häufig geführt hat. Am Rande des Weges, den das Volk Gottes durch die Geschichte zieht, stehen zahlreiche Mahnmale des Versagens gegenüber der Pflicht, der Botschaft der Versöhnung auch in der Weise der Verkündigung und des Umgangs untereinander und mit allen Menschen gerecht zu werden.

(168) „Oft haben die Christen das Evangelium verleugnet und der Logik der Gewalt nachgegeben“, beklagt der Papst im Schuldbekennnis zu Anfang des Heiligen Jahres 2000²⁶. Schuldhaftes Verhalten aber verdunkelt die Zeichenhaftigkeit der Kirche und schwächt ihre Kraft zur Versöhnung. Denn es erschwert allen, in ihr jenen hochragenden Berg zu erkennen, der durch seine friedlichen Bewohner die zerstrittenen Menschen und Völker fasziniert und einlädt. Uns schmerzt die Erinnerung an die Spaltung zwischen den Kirchen des Westens und des Ostens, an die Gräueltaten von Eroberern im Zusammenhang christlicher Missionierung, an die Trennungen der Reformationszeit, an die vielen weiteren neuzeitlichen Abspaltungen und Sektenbildungen. All diese Ereignisse und die mit ihnen einhergehende Gewalttätigkeit sind auch Zeugnisse unseres gemeinsamen Versagens, Gegenzeugnisse zum Ziel unserer Berufung.

(169) Wie bitter und doch notwendig es sein kann, demütig Rechenschaft über eigenes Versagen und eigene Schuld gegenüber verhängnisvollen Entwicklungen in der Gesellschaft abzulegen, haben wir in jüngster Vergangenheit selbst erfahren. Denn es stellte sich die Frage nach dem Anteil von Gliedern der Kirche am nationalsozialistischen Krieg, der auf Eroberung, Versklavung und Vernichtung der Nachbarvölker Deutschlands abzielte. Der Charakter dieses vorsätzlich heraufbeschworenen

²⁶ 12. März 2000.

Krieges wurde auch von vielen Christen lange verkannt, seine Dimensionen wurden erheblich unterschätzt. Selbst solche, die keinerlei Sympathie für den Nationalsozialismus empfanden oder ihm sogar ausgesprochen ablehnend gegenüberstanden, waren oft in nationalistischen Vorstellungen gefangen, die sie das leidvolle Schicksal der angegriffenen Völker kaum wahrnehmen ließen. Dazu, den Opfern aktiv beizustehen, für sie Leib und Leben zu riskieren, der Propaganda des Hasses privat oder öffentlich entgegenzutreten, sahen sich zu wenige imstande. Dabei wissen wir sehr wohl, welchem Druck Christen wie Nichtchristen damals ausgesetzt waren. Wir kennen das Ausmaß staatlicher Desinformation und die Wirksamkeit der Methoden der Einschüchterung und Verängstigung. Dies bewahrt uns davor, überheblich den Stab über eine ganze Generation zu brechen und damit zugleich die Opfer zu missachten, die in jener Zeit nicht zuletzt von Christen gebracht wurden. So bewegen wir uns in unserem Bemühen darum, mit der schuldbehafteten Vergangenheit angemessen umzugehen, auf einem schmalen und dornigen Pfad, der immer wieder Anlass gibt, um Verzeihung zu bitten. Doch haben wir auch erfahren dürfen, dass sich Wege der Versöhnung öffneten und Gemeinschaft neu belebt wurde, wo sie nach menschlichem Ermessen unmöglich schien. Mit besonderer Dankbarkeit erfüllt uns die in den letzten Jahrzehnten gewachsene Verbundenheit mit der katholischen Kirche in Polen.

Gerade im Licht jüngster Vergangenheit zeigt sich erneut: Die Kirche, die ihren gottgewollten Platz an der Seite der Schwachen hat, ist selber schwach, nur in Christus stark und deshalb bleibend auf seine Stärke angewiesen. Sobald sie ihre Schwäche leugnet und selbstgerecht wird, steht sie sich und ihrer Sendung im Weg. Wenn sie umkehrt, verwandelt sich dagegen ihre Schwachheit in Stärke. „Sie ist zugleich heilig und stets der Reinigung bedürftig, sie geht immerfort den Weg der Buße und

Erneuerung“ (*Lumen Gentium* 8). Doch es fällt uns schwer, uns auf diese Wahrheit einzulassen und allein darauf zu bauen, dass Gott uns mit sich versöhnt hat, um uns dadurch zu einer Kraft der Versöhnung umzuformen.

Erklärung der deutschen Bischöfe aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz (27. Januar 2005)

I.

Am 27. Januar 1945 wurden die Konzentrationslager Auschwitz I und Auschwitz-Birkenau von sowjetischen Truppen befreit. 60 Jahre danach erinnern wir uns an die Geschehnisse, die sich mit dem Namen Auschwitz verbinden. In diesem Gedenken finden sich unzählige Menschen aus allen Teilen der Welt zusammen. Dies zeigt, wie sehr das Grauen von Auschwitz auch in unserer Zeit noch präsent ist, wie tief die Verletzungen sind, die es im Verhältnis der Völker und der Menschen hervorgerufen hat, mehr noch: wie sehr Auschwitz das Bild des Menschen von sich selbst zutiefst erschüttert hat. Die Erinnerung der Deutschen an die Verbrechen in den Vernichtungslagern wird und muss sich immer von der Erinnerung anderer Völker und Gruppen, zumal der der Opfer, unterscheiden. Und doch ist es ein Hoffnungszeichen für Gegenwart und Zukunft, wenn es heute immer öfter – und nicht zuletzt am Ort der Untaten selbst – möglich ist, dass sich Polen und Deutsche, Juden und Christen im gemeinsamen Gedenken begegnen.

Wie kein anderer Ort steht Auschwitz als Symbol für die Vernichtung des europäischen Judentums. Auch Hunderttausende Sinti und Roma wurden Opfer des massenhaften Mordens im Zeichen des nationalsozialistischen Rassenwahns. Auschwitz – das bedeutet auch die Vernichtung menschlichen Lebens durch pseudowissenschaftliche medizinische Versuche und die mörderische Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener. Viele Tausend Soldaten der Roten Armee wurden gezwungen, als

Zwangsarbeiter das Lager Auschwitz-Birkenau zu errichten, und dabei systematisch zu Tode gebracht. Allen diesen Opfern, auch den christlichen Glaubenszeugen, gilt unser Gedenken.

Nicht zuletzt nimmt Auschwitz in der polnischen Leidensgeschichte einen herausragenden Platz ein. Im besetzten Polen wurden das gesamte polnische Judentum und ein großer Teil der polnischen Intelligenz ermordet. Gerade angesichts jüngst wieder aufgebrochener Kontroversen zwischen Deutschen und Polen über noch unbewältigte Kriegsfolgen muss daran nachdrücklich erinnert werden.

Am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz schließen wir in unser Gedenken die ungezählten alliierten Soldaten ein, die für die Befreiung Europas vom verbrecherischen System des Nationalsozialismus ihr Leben gelassen haben. Wir erinnern heute besonders an die getöteten Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte. Es war die Rote Armee, die die noch lebenden Opfer der Lager in Auschwitz befreite. Wir verkennen nicht die furchtbaren Folgen, die die Eroberung weiter Teile Deutschlands durch die Rote Armee für die dortige Bevölkerung mit sich brachte. Von ihrer Führung ermutigt, für die ungeheueren Verbrechen der Deutschen an der russischen Bevölkerung Rache zu nehmen, standen sowjetische Soldaten nicht nur im gerechten Kampf gegen Hitler, sondern auch im Dienst der Verbrechen Stalins. Das erlittene Leid, das als Rache für die deutschen Verbrechen auf die deutsche Bevölkerung zurückschlug, darf uns jedoch nicht dafür blind machen, dass ohne den ungeheuren Blutzoll, den vor allem die russischen, weißrussischen und ukrainischen Soldaten entrichtet haben, das Morden in Auschwitz nicht beendet worden wäre.

II.

Eingerichtet im April 1940 als Konzentrationslager für zumeist polnische Häftlinge, war Auschwitz – um über 40 Nebenlager erweitert und nach und nach mit Gaskammern ausgestattet – zwischen 1942 und Ende 1944 das größte Zentrum für die systematische, industriell betriebene Massenvernichtung menschlichen Lebens. Die Gaskammern der nationalsozialistischen Vernichtungslager im besetzten Polen dienten als Instrument für die von der deutschen Staatsführung so genannte „Endlösung der Judenfrage“. Wenngleich hier auch viele Tausend nichtjüdische Opfer umgebracht wurden, steht der deutsche Name für das polnische Städtchen Oswiecim deshalb wie kein anderer für den größten Genozid in der Geschichte der Menschheit: die Vernichtung von und sechs Millionen Juden.

In Auschwitz ist unsere Zivilisation in furchtbarer Weise mit dem Abgrund ihrer eigenen Möglichkeiten konfrontiert worden. Der Schrecken über das Ausmaß des Bösen, das in Auschwitz begangen wurde, hält uns bis heute gefangen. Noch immer haben wir für dieses Verbrechen, das die hebräische Sprache als „Shoa“ bezeichnet, kein angemessenes deutsches Wort gefunden. Dem bekannten Ausspruch, nach Auschwitz könne es keine Dichtung mehr geben, liegt die Erfahrung dieser Unfähigkeit zugrunde, mit den Mitteln der Sprache das Geschehen von Auschwitz und dessen andauernde Folgen für das Selbstverständnis des Menschen, für Zivilisation und Gesellschaft angemessen zu fassen. Gerade die Opfer selbst aber haben sich immer wieder auf die Suche nach einer Sprache begeben, die diesem Menschheitsverbrechen Ausdruck verleihen könnte. Manche von denen, die nur knapp der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie entkommen sind – wie der Wiener Psychologe Viktor E. Frankel und die Schriftsteller Elie Wiesel, Primo Levi, Paul Celan, Imre Kertesz, Louis Begley und Cordelia Edvardson – haben durch ihre Werke den Nachgeborenen

den Blick in die Abgründe menschlicher Existenz und zugleich Möglichkeiten der Auseinandersetzung eröffnet. Einige von ihnen sind daran persönlich zerbrochen. Das Zeugnis der Opfer kann uns helfen, den Schock zu ertragen, dass wir auch bei den Tätern in das Antlitz von Menschen blicken.

III.

Unser Volk hat lange gebraucht, um sich der Verantwortung für das monströse Verbrechen zu stellen, das von Deutschen und im deutschen Namen begangen wurde. Bis heute sind Mechanismen der Verdrängung wirksam. Zweifellos ist es richtig, die Vorstellung einer Kollektivschuld abzulehnen. Wahr ist aber auch, dass sich weit mehr Deutsche persönlich schuldig gemacht haben, als ihre Mitschuld einzugestehen bereit waren. Schuld tragen nicht allein die Täter vor Ort und die politische Führung. In verschiedenem Grad haben auch die Mitläufer und alle diejenigen, die weggesehen haben, Mitschuld auf sich geladen. Dabei wissen wir sehr wohl, welchem Druck die Bevölkerung damals ausgesetzt war, wir kennen das Ausmaß staatlicher Desinformation und die Wirksamkeit der Methoden von Einschüchterung und Verängstigung. Überheblichkeit im Urteil ist uns deshalb nicht gestattet. Dennoch bleibt unserem Volk das Eingeständnis zugemutet, dass Auschwitz auch deshalb möglich wurde, weil zu wenige den Mut zum Widerstand hatten.

Die Frage von Mitverantwortung stellt sich auch unserer Kirche. Wir sind gehalten, uns über eine lange Tradition des Antijudaismus unter den Christen und in unserer Kirche Rechenschaft abzulegen. So hat das vatikanische Dokument Wir erinnern im März 1998 die Frage aufgeworfen, „ob die Verfolgung der Juden nicht doch auch von antijüdischen Vorurteilen begünstigt wurde, die in den Köpfen und Herzen einiger Christen lebendig waren“. Das Schuldbekenntnis der Katholischen Kir-

che, vor aller Welt am 12. März 2000 von Papst Johannes Paul II. ausgesprochen, enthält auch das „Schuldbekenntnis im Verhältnis zu Israel“: „Lass die Christen der Leiden gedenken, die dem Volk Israel in der Geschichte auferlegt wurden. Lass sie ihre Sünden anerkennen, die nicht wenige von ihnen gegen das Volk des Bundes und der Verheißungen begangen haben“. Während seiner anschließenden Pilgerreise nach Israel hat der Papst in der Gedenkstätte Yad Vashem dieses Bekenntnis vertieft und es symbolkräftig an der Klagemauer hinterlegt.

Dieser Akt von Papst Johannes Paul II. ist zu einer Quelle der Erneuerung geworden. Entschlossen schreitet der Papst im Bemühen um eine Verbesserung des Verhältnisses zum Judentum voran und ermutigt die ganze Kirche, gemeinsame Wege mit unseren „älteren Brüdern im Glauben“ zu finden. So danken wir allen, die sich, oft mit großem Einsatz, für den Dialog zwischen Judentum und Christentum engagieren.

IV.

Die Ernsthaftigkeit unseres Gedenkens an Auschwitz erweist sich nicht zuletzt an unserem Interesse an den Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen. Bis an ihr Lebensende bleiben sie von der Erfahrung der Vernichtungslager geprägt. Fast durchweg in hohem Alter, haben sie ein Recht darauf, in ihren letzten Lebensjahren menschliche Begleitung zu finden, die den Schmerz nicht betäubt, aber human zu ertragen hilft.

Die Erinnerung an Auschwitz lässt uns auch fragen, wie nachhaltig Deutschland und Europa aus dieser alle Maße übersteigenden Katastrophe gelernt haben. Immer wieder flackert der Antisemitismus auf. Auch in unserem Land scheint er zu erstarren, jedenfalls wird er wieder sichtbarer. So liegt weiterhin ein langer Weg der Läuterung und der Auseinandersetzung vor uns. Wir sind dankbar, dass in den letzten Jahren viele Juden den

Mut aufgebracht haben, nach Deutschland zu kommen. Als Christen leitet uns dabei auch die Hoffnung, dass die Begegnung im Glauben uns allesamt – Christen wie Juden – bereichert und uns dem gemeinsam verehrten Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs näher bringt.

Mainz, den 24. Januar 2005

Besuch des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz in der Gedenkstätte Yad Vashem/Jerusalem

*Ansprache des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Karl Kardinal Lehmann (2. März 2007)*

Während ihres Besuches im Heiligen Land haben die deutschen Bischöfe eine Reihe froher und sogar beglückender Stunden erlebt. Aber diese Pilgerreise in die Heimat Jesu wäre verkürzt und nicht wahrhaftig, hätte uns der Weg nicht auch in die Gedenkstätte Yad Vashem geführt. Nicht die berechtigten Erwartungen anderer haben unsere Schritte an diesen Ort gelenkt. Als Söhne des deutschen Volkes hätten wir vielmehr die eigene Geschichte, ja uns selbst verleugnen müssen, wenn wir diese Stätte der Erinnerung nicht besucht hätten. Für uns Bischöfe aus Deutschland gilt, was Papst Benedikt XVI. am 28. Mai 2006 in seiner Ansprache im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau gesagt hat: „Ich konnte unmöglich nicht hierher kommen. Ich musste kommen.“

Wir haben uns in Yad Vashem versammelt, um uns vor den Opfern jener Verbrechen gegen Gott und die Menschen zu verneigen, die – mit einem Wort des Heiligen Vaters – „ohne Parallele in der Geschichte“ sind. Wir gedenken der Ermordung von sechs Millionen Juden, die in der Zeit des Nationalsozialismus von Deutschen und im deutschen Namen ermordet wurden. Sie waren Opfer eines Rassenwahns, der die im Menschen schlummernden Möglichkeiten zum Bösen ganz und gar offen gelegt hat. Die Shoa, wie der systematische Massenmord von den Juden genannt wird, „Auschwitz“, wie wir Deutsche in Anlehnung an den Namen des größten Vernichtungslagers sagen, darf

nie vergessen werden. Dies schulden wir denen, die millionenfach zu Tode gebracht wurden, und dem ganzen jüdischen Volk, das für immer durch die Untaten gezeichnet bleibt, die ihm angetan wurden. Wir schulden unser Gedenken aber auch den nachwachsenden Generationen in allen Völkern, deren gute Zukunft nicht gesichert sein kann, wenn sie sich mit dem Rücken zu jenen Abgründen unserer Zivilisation und des Menschen selbst stellen, die in der Shoa dem ganzen Menschengeschlecht offen vor Augen getreten sind. Für das deutsche Volk gilt in besonderer Weise, was letztlich allen Nationen mit auf den Weg gegeben ist: Niemand kann frei sein, der frei sein will vom Gedenken an die Shoa.

Wir Deutsche dürfen uns auch heute – mehr als 60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus – nicht der Last entledigen, die die monströsen Verbrechen von damals uns auferlegen. Wir wissen um unsere Mithaftung und empfinden bleibende Scham.

Viele in unserem Volk haben lange gebraucht, um sich der Verantwortung zu stellen. Manche verdrängen bis heute. Auf's Ganze gesehen hat unser Volk jedoch anzuerkennen gelernt, dass sich weit mehr Deutsche persönlich schuldig gemacht haben, als ihre Mitschuld einzugestehen bereit waren. Wir lehnen die Vorstellung einer Kollektivschuld ab, aber gerade der geschärfte moralische Blick, der sich allgemeinen Schuldzuschreibungen versagt, lässt uns erkennen: Schuld trugen nicht allein die Täter vor Ort und die politische Führung. Mitschuld in unterschiedlichem Maße haben auch diejenigen auf sich geladen, die weggesehen haben. Niemand sollte den Druck verkennen, dem die Bevölkerung damals ausgesetzt war, niemand das Ausmaß von Desinformation und Einschüchterung verkennen. Aber auch wenn sich den Nachgeborenen alle Überheblichkeit im Urteil verbietet, ist doch unbezweifelbar, was die deutschen Bischöfe in ihrem Wort zum 60. Jahrestag der Befreiung des

Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 25. Januar 2005 festgestellt haben: Es „bleibt unserem Volk das Eingeständnis zugemutet, dass Auschwitz auch deshalb möglich wurde, weil zu wenige den Mut zum Widerstand hatten.“

Auch die Kirche musste sich einer schmerzhaften Gewissensforschung stellen, die auch heute nicht einfach beendet sein kann. Wir fragen, ob wir als Kirche in den Zeiten der Verfolgung unserer jüdischen Mitbürger hellhörig genug waren für die Stimmen der Verzweifelten und die Stimmen aus den Gräbern. Wir legen Rechenschaft ab über die lange Geschichte des Antijudaismus unter den Christen und in der Kirche und wissen uns herausgefordert von der Frage der Päpstlichen Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden, „ob die Verfolgung der Juden nicht doch auch von antijüdischen Vorurteilen“, die unter den Christen virulent waren, „begünstigt wurde“ („Wir erinnern: eine Reflexion über die Shoa“, 1998). Ebenso erinnern wir uns an das Schuldbekenntnis der Katholischen Kirche, das Papst Johannes Paul II. am 12. März 2000 gesprochen hat. Es enthält ein „Schuldbekenntnis im Verhältnis zu Israel“, das der Heilige Vater bei seiner Pilgerreise im gleichen Jahr an der Klagemauer hinterlegt hat: „Lass die Christen“ – so heißt es dort – „der Leiden gedenken, die dem Volk Israel in der Geschichte auferlegt wurden. Lass sie ihre Sünden anerkennen, die nicht wenige von ihnen gegen das Volk des Bundes und der Verheißungen begangen haben.“

Wir sind dankbar, dass über den Gräbern der Geschichte inzwischen ein neues und verheißungsvolles Kapitel der Beziehungen zwischen Christen und Juden, die wir als die „älteren Brüder im Glauben“ anerkennen, aufgeschlagen worden ist. Diesem Weg der Erneuerung und Versöhnung bleiben wir Katholiken aus Deutschland in besonderer Weise verpflichtet. Der freundliche Willkommensgruß, den Oberrabbiner Jona Metzger, auch er ein Mann mit deutschen Vorfahren, unserer Bischofsdelegation in

diesen Tagen in Jerusalem entrichtet hat, bestärkt uns in der Überzeugung, dass Vertrauen gewachsen ist. Neue Wege des Zueinanders sind nicht nur möglich. Wir haben bereits begonnen, sie gemeinsam zu begehen.

Voller Dankbarkeit durften wir Bischöfe an diesem Tage an der Gedenktafel zusammenkommen, die in der „Allee der Gerechten“ in Yad Vashem an den früheren Erzbischof von Köln und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, erinnert. Im Dezember des zurückliegenden Jahres haben wir seines 100. Geburtstages gedacht. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft ein junger Pastor, hat Joseph Höffner ein jüdisches Mädchen versteckt und vor der Vernichtungsmaschinerie bewahrt. Er steht für jene katholischen Geistlichen, die sich den Verbrechen der Nazis entschlossen widersetzt haben. Manche von ihnen erfahren in Yad Vashem ein ehrendes Gedenken. Mit Kardinal Höffner, der nie über seine Rettungstat gesprochen hat, ehren wir heute all diejenigen, welchen Glaubens und welcher Weltanschauung auch immer, die sich in der dunkelsten Stunde unseres Volkes weigerten, der Menschlichkeit abzuschwören. Für uns Katholiken und Bischöfe sind sein Glaubensmut und seine unerschütterliche Humanität ein verpflichtendes Vorbild.

Sich vor Kardinal Höffner an diesem Tage zu verneigen, bedeutet zugleich, in Gegenwart und Zukunft den Kampf gegen das Übel des Antisemitismus fortzusetzen, der auch heute noch in Deutschland und Europa immer wieder sein Unwesen treibt. Stets muss die Kirche auch dort präsent sein, wo Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gedeihen und zerstörerische Ideologien der Verachtung das friedliche Zusammenleben der Menschen bedrohen. Wir sind berufen und verpflichtet, Zeichen des göttlichen Widerspruchs gegen Hass und Ausgrenzung in unserer Welt des Unfriedens zu sein.

„Für Wege der Versöhnung aus der Kraft der Erinnerung“

Statement des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, während des Pressegesprächs zur Gründung der Maximilian-Kolbe-Stiftung (19. November 2007)

„Für Wege der Versöhnung aus der Kraft der Erinnerung“: Dieser Titel ist zugleich Programm der neuen Maximilian-Kolbe-Stiftung, die in wenigen Wochen, am 11. Dezember, ihre Arbeit aufnehmen wird. Die „Maximilian-Kolbe-Stiftung für Wege der Versöhnung aus der Kraft der Erinnerung“ ist mit Zustimmung der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz am 11. September durch das Maximilian-Kolbe-Werk errichtet worden. Mit dieser Stiftung wird etwas wirklich Neues entstehen. Deshalb freue ich mich, Ihnen heute – gemeinsam mit dem Gründungsvorsitzenden, Herrn Ministerpräsidenten Dieter Althaus – dieses Vorhaben vorstellen zu können.

Versöhnung. Erinnerung. – Um verständlich zu machen, worum es uns mit der neuen Stiftung geht, möchte ich zunächst einige knappe Überlegungen zu der uns leitenden Idee von Versöhnung und zur Geschichte kirchlichen Versöhnungsdienstes vorstellen.

Versöhnung – zwischen den Völkern oder innerhalb der Nationen – ist nach wie vor eine der großen Aufgaben Europas. Zwar sind die großen totalitären Gesellschaftsentwürfe des 20. Jahrhunderts zugrunde gegangen. Die materiellen und geistigen Verwüstungen, die sie angerichtet haben, und die Verwerfungen im Verhältnis der Völker aber wirken an vielen Orten nach.

Vielleicht sind den Deutschen die Fragen der Versöhnung in einer besonderen Weise bewusst, weil unsere Nation nach der

Zeit des Nationalsozialismus wie keine andere auf die Versöhnungsbereitschaft der Opfer angewiesen war und in gewissem Sinne auch bleibt. Der Völkermord an den Juden; der Genozid an den Sinti und Roma; die Vernichtungskriege im Osten; der um der hegemonialen Ambitionen einer „Herrenrasse“ willen geführte Krieg mit seinen Millionen und Abermillionen von Toten und körperlich wie seelisch zerstörten Menschen – nach dieser Geschichte war an eine schlichte Rückkehr zur Tagesordnung nicht zu denken. Ein geordnetes Nebeneinander und, mehr und mehr, auch ein Miteinander konnten in Europa nur wachsen, weil nicht nur die vormaligen Kriegsgegner, sondern auch die Überlebenden der Unrechtsherrschaft und des Vernichtungswahns den Deutschen ihre Hand gereicht haben.

Vieles hat sich seither zum Besseren gewandelt. Es bleibt stauenswert, dass gut 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges 27 Länder in der Europäischen Union um eine immer engere Zusammenarbeit bemüht sind und dem Geist der Konfrontation abgeschworen haben. Franzosen und Deutsche haben ein gut nachbarschaftliches, ja freundschaftliches Verhältnis zueinander aufgebaut. Trotz mancher Irritationen, wie sie in den letzten Jahren immer einmal wieder aufgeflammt sind, haben sich auch Deutschland und Polen auf den Weg zueinander gemacht. All dies war und ist nicht selbstverständlich. Es gibt deshalb guten Grund zu bleibender Dankbarkeit allen gegenüber, die in den Jahren und Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wirksam an der Versöhnung gearbeitet haben.

Dabei kommt auch den Kirchen bis heute eine besondere Aufgabe zu. Die Ermordung von sechs Millionen Juden in einem vom Christentum geprägten Kulturraum musste uns veranlassen, nach unserer eigenen Haltung zum Judentum zu fragen und unser Verhältnis zu den Juden auf eine neue Grundlage zu stellen. Als Katholische Kirche in Deutschland waren wir nicht zuletzt auch in der Aussöhnung von Polen und Deutschen ge-

fordert. Ich erinnere an den Briefwechsel aus dem Jahre 1965 zwischen den Bischöfen aus beiden Ländern. Mit den berühmten Worten „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ hat der polnische Episkopat damals die Tür für ein neues Verhältnis zwischen Katholiken in Deutschland und Polen aufgestoßen und Wesentliches beigetragen zur Annäherung der beiden Völker.

Die kirchliche Versöhnungsarbeit hat in all diesen Jahrzehnten immer wieder erfahren müssen: Die Wunden der Vergangenheit können nur sehr langsam verheilen. Die Geschichte und zumal die Geschichte von Unrecht und Leiden lässt sich nicht auslöschen. Sie bleibt auch da prägend, wo Menschen und Völker um ein neues Miteinander ringen. Die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit der Geschichte stellt deshalb eine dauerhafte Aufgabe dar. Dabei stellen die nachwachsenden Generationen ihre je eigenen Fragen und bringen ihre Perspektiven in das historische Gedächtnis ein.

Die Aufarbeitung der Unrechtsgeschichte muss die Opfer dieser Geschichte in den Mittelpunkt rücken. Auch dies haben die Erfahrungen des kirchlichen Versöhnungsdienstes gezeigt. Hier geht es nicht nur um Fragen materieller Entschädigung. Mindestens ebenso wichtig ist die menschliche Anerkennung erlittenen Leids. Viele Opfer empfinden es als ihre eigentliche Befreiung, wenn ihre Geschichten gehört werden und sie ihre Erfahrungen auch den nachwachsenden Generationen weitergeben können.

Hier wird deutlich: Versöhnungsarbeit ist alles andere als ein abstrakter Geschichtsdiskurs. Sie ist in einem eminenten Sinne praktisch. Eindrucksvoll ist dies gerade auch an der Arbeit des Maximilian-Kolbe-Werkes ablesbar: Seit 1973 widmet es sich denen, die die Konzentrationslager und Gettos der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft auf polnischem Boden und

in anderen osteuropäischen Ländern überlebt haben. Das Werk leistet – unabhängig von Nationalität und Religion der Betroffenen – materielle Hilfe, vor allem aber bemühen sich die vielen Ehrenamtlichen aus Polen und Deutschland um menschliche Zuwendung. Besondere Verdienste hat sich das Maximilian-Kolbe-Werk auch durch die Zeitzeugengespräche erworben, die vor allem in deutschen Schulen durchgeführt werden: Junge Menschen erfahren aus dem Mund der Opfer, was der Nationalsozialismus über diese Menschen gebracht hat.

Die Arbeit des Maximilian-Kolbe-Werkes ist noch nicht vollendet. Immer noch gibt es Überlebende des NS-Regimes, die auf Hilfe angewiesen sind und deren Geschichten den Nachgeborenen erzählt werden können. Dennoch ist nun die Zeit gekommen, auf eine Zukunft der kirchlichen Versöhnungsarbeit zuzugehen, die ohne das unmittelbare Zeugnis der Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkriegs auskommen muss. Diesem Ziel dient die neue Maximilian-Kolbe-Stiftung.

Bei den Planungen für diese neue Stiftung war allen Beteiligten klar, dass wir den Blick über die Verwüstungen des Nationalsozialismus hinaus richten müssen. Wenngleich Europa in den Jahren 1989/90 mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung auch den zweiten totalitären Gesellschaftsentwurf ins Reich der Geschichte verbannt hat, bleibt es doch ein Kontinent vielfältiger Unversöhntheit und nachwirkenden Unrechts. Die Leiden derer, die dem Kommunismus unterworfen waren, werden in vielen Ländern des ehemaligen Ostblocks mit Schweigen übergegangen. Gesellschaften finden auch deshalb keine innere Stabilität, weil vormalige Eliten, nur oberflächlich gewendet, weiterhin die Macht in Händen halten und die Opfer des alten Regimes sprachlos bleiben. Mancherorts ist sogar eine Verklärung der früheren Verhältnisse zu beobachten.

Darüber hinaus zeigen die Entwicklungen vor allem auf dem Balkan, dass die Geschichte von Feindschaft, Abgrenzung und Gewalt zwischen Nationen und Völkern auch im heutigen Europa weitergeht. Für die Religionen und auch für die christlichen Kirchen ist dies eine besondere Herausforderung, weil nationale, kulturelle und religiöse Identitäten sich in dieser Region oftmals überlappen und durchdringen.

Die „Maximilian-Kolbe-Stiftung für Wege der Versöhnung aus der Kraft der Erinnerung“ wird sich mit diesen Herausforderungen des heutigen Europas befassen. Die Initiative ging gemeinsam vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, dem Osteuropa-Hilfswerk *RENOVABIS*, dem Deutschen Caritasverband und der Deutschen Sektion von *Pax Christi* aus. Von Anfang an hat die Deutsche Bischofskonferenz das Vorhaben nachdrücklich unterstützt und gefördert. Wie ernst es den Bischöfen dabei ist, zeigt der Beschluss, die Restmittel aus dem Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter in katholischen Einrichtungen während der Zeit des Nationalsozialismus – ca. 1,4 Millionen Euro – in die neue Stiftung einzubringen, davon 80 % in das Stiftungsvermögen, 20 % für erste Projekte.

Vor dem Hintergrund der Unversöhnlichkeiten in Europa soll die neue Stiftung die Opfer ungerechter Gewalt, von Kriegen und Bürgerkriegen, von totalitärer Herrschaft, Vertreibungen und ethnischer wie kultureller Ausgrenzung in die Mitte des Blickfeldes rücken. Die Auflistung der Modellprojekte, die den Pressemappen beigelegt ist, zeigt, dass es stets darum geht, den in der Geschichte gründenden Tiefenstrukturen von Unrecht und Verfeindung nachzuspüren und auch praktische Hilfe zu leisten. Herr Ministerpräsident Althaus wird später noch konkreter auf diese Projekte eingehen. An dieser Stelle will ich nur auf einige wenige Beispiele hinweisen: In einem gemeinsamen Projekt mit der Caritas in Polen sollen Pflegekräfte in die Lage versetzt

werden, kompetent mit den kriegsbedingten Traumata der ihnen anvertrauten alten Menschen umzugehen. Sowjetische Kriegsgräber in Deutschland sollen durch gemeinsames Tun von Deutschen, Russen, Ukrainern und Weißrussen vor unwürdigem Verfall bewahrt werden. Vertriebene verschiedener Nationalität werden die Möglichkeit erhalten, einander und jungen Menschen gegenüber von ihrem Lebensschicksal zu erzählen, um ein gemeinsames Verständnis des europäischen Vertreibungsgeschehens zu befördern.

Es war der Deutschen Bischofskonferenz ebenso wie dem Maximilian-Kolbe-Werk und den anderen beteiligten Organisationen von Anfang an wichtig, keine allein deutsche Unternehmung zu starten. Wo es um die innere Verfassung Europas und den moralischen Kompass für die Zukunft unseres Kontinents geht, ist mehr und mehr auch das Zusammenwirken der Kirche in den verschiedenen Ländern gefordert. Das Handeln der Kirche gewinnt an Kraft und auch an inhaltlicher Stärke, wenn wir über die nationalen und kulturellen Grenzen hinweg gemeinsam tätig werden.

In der neuen Stiftung arbeiten deshalb Kirche und Katholiken aus Deutschland und Polen zusammen. Die gewachsenen Beziehungen zwischen den Ortskirchen und den kirchlichen und kirchennahen Organisationen aus beiden Ländern sind eine gute Voraussetzung dafür. Ausdrücklich ist in der Stiftungssatzung vermerkt, dass die Gründung der Stiftung mit Zustimmung der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz erfolgt. Zu der auf den Weg gebrachten Zusammenarbeit gehört auch, dass die beiden Vorsitzenden der Kontaktgruppe unserer beiden Bischofskonferenzen, Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg) und Bischof Wiktor Skworc (Tarnow), den Vorsitz des Stiftungsrates der Maximilian-Kolbe-Stiftung inne haben werden. Darüber hinaus wirken im Vorstand und im Stiftungsrat renommierte Persönlichkeiten aus Polen mit. Ich darf hier beson-

ders Frau Professor Dr. Irena Lipowicz, die vormalige Beauftragte der polnischen Regierung für deutsch-polnische Angelegenheiten, und Dr. Piotr Cywinski, den Leiter der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, erwähnen.

Ebenso dankbar bin ich für die Bereitschaft namhafter Personen aus Deutschland, sich in den Dienst der neuen Stiftung zu stellen. So haben sich u. a. Frau Professor Dr. Gesine Schwan, die Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen, Staatssekretär a. D. Dr. Michael Jansen, der bis vor kurzem den Vorsitz des Vorstandes der öffentlich-rechtlichen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ inne hatte, und der Beauftragte im Auswärtigen Amt für Osteuropa und Zentralasien, Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas, zur Mitarbeit bereit erklärt. Sehr herzlich danke ich vor allem dem Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Herrn Dieter Althaus, für seine Bereitschaft, als Gründungsvorsitzender der Maximilian-Kolbe-Stiftung tätig zu werden.

An dieser Stelle muss aber auch all jenen ein herzliches Vergelt's Gott gesagt werden, die sich seit den Nachkriegsjahren um die Aussöhnung zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn bemüht und später dann das Maximilian-Kolbe-Werk als wirksames Zeichen eines neuen Geistes gegründet und getragen haben. Beispielphaft nenne ich die Präsidenten des Werkes, die jeweils aus den Reihen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken kamen: Dr. Albrecht Beckel, Dr. Bernhard Vogel, Dr. Werner Remmers und – seit 2001 – Dr. Friedrich Kronenberg. Immer waren auch die Präsidenten der deutschen Sektion von Pax Christi beteiligt – von Bischof Dr. Georg Moser über Bischof Dr. Hermann Joseph Spital bis hin zu Bischof Heinz Josef Algrmissen. Nicht unerwähnt bleiben dürfen hier auch die Geschäftsführer des Kolbe-Werkes, allen voran der unvergessene Alfons Erb und seine Tochter Elisabeth, deren Aufgabe

heute von Wolfgang Gerstner wahrgenommen wird. Persönlich denke ich auch an meinen verstorbenen Bruder Reinhold, dem die Versöhnung von Deutschen und Polen eine Lebensaufgabe war und der mehr als zwei Jahrzehnte im Kuratorium des Maximilian-Kolbe-Werkes mitgearbeitet hat.

Um der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen und der geschichtlichen Wahrhaftigkeit willen waren die Begegnungen der Kirche in beiden Ländern in der Vergangenheit vielfach von der Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit unserer Völker geprägt. Mit der Maximilian-Kolbe-Stiftung überschreiten wir als Kirche in Deutschland und Polen diesen Horizont und wenden uns gemeinsam auch anderen Situationen der Unversöhntheit in Europa zu.

Die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Katholiken in Deutschland und Polen steht am Anfang der neuen Stiftung. In Zukunft sollen jedoch auch Bischofskonferenzen und Organisationen aus anderen Ländern beteiligt werden. So wird, wie wir hoffen, ein europäisches Netzwerk der Versöhnung entstehen, das dem *katholischen* Charakter unserer Kirche entspricht.

Teil 3 Die deutsch-polnischen Beziehungen als Feld der Bewährung

„Das Geschenk der Versöhnung weitergeben“

Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 30. Jahrestages des Briefwechsels von 1965 (13. Dezember 1995)

Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit

1. Vor 30 Jahren, am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils, richteten die polnischen Bischöfe ein Wort an die deutschen Bischöfe, in dem sie nach den bitteren Erfahrungen des Krieges zu Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit aufgerufen haben. Obwohl selbst Opfer des Krieges, schrieben sie: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ Im Abstand von 30 Jahren erkennen wir die geradezu prophetische Bedeutung dieser Geste. „Mit brüderlicher Ehrfurcht“ ergriffen die deutschen Bischöfe die dargebotenen Hände und baten Gott, „dass niemals wieder der Ungeist des Hasses unsere Hände trennte“.
2. Leider konnten die deutschen Bischöfe wegen der damaligen politischen Verhältnisse die im Brief der polnischen Bischöfe ausgesprochene Einladung zur 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Polens nicht wahrnehmen. Das für

die gesamte europäische Geschichte wichtige Millennium musste damals nicht nur ohne die Teilnahme der deutschen Bischöfe, sondern auch in Abwesenheit von Papst Paul VI. gefeiert werden. Doch trotz der politischen Trennung wurden auch in dieser schweren Zeit die Kontakte nicht völlig abgebrochen und die christlichen Beziehungen weiter gepflegt. Auf diese Weise haben die Kirchen den Weg zur Versöhnung gebahnt und wesentlich dazu beigetragen, die Mauer der Feindschaft zu durchbrechen, die der Zweite Weltkrieg und seine Folgen zwischen unseren beiden Völkern aufgerichtet haben. Als Christen versuchten wir, das von Gott erhaltene Geschenk der Versöhnung weiterzugeben und die Vater-unser-Bitte zu verwirklichen: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern“.

3. Die Geste der Versöhnung, der fortgesetzte Dialog und der Aufbau der Brüderlichkeit dienten auch dem Frieden zwischen unseren beiden Völkern.

Die Versöhnungsgeste des polnischen Episkopats gegenüber den Deutschen hat eine gewaltige Verleumdungskampagne gegen die Kirche seitens der kommunistischen Regierung ausgelöst. Dies hat jedoch den Prozess fortschreitender Versöhnung, des Dialogs und des Aufbaus der Brüderlichkeit nicht verhindern können. Der Briefwechsel von 1965 wurde so zum Beginn eines gemeinsamen Weges, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat.

4. Aus christlicher Verantwortung handelnde Menschen beider Völker haben dazu einen ausschlaggebenden Beitrag geleistet. Schon früh haben Bischöfe und Gruppen engagierter Christen aus Polen und dem geteilten Deutschland – über die Grenzen zwischen den Konfessionen hinweg –

das Gespräch miteinander gesucht. Engagierte Priester begegneten sich diesseits und jenseits von Oder und Neiße und schufen erste Kontakte zwischen ihren Gemeinden. Am 13. September 1980 haben die beiden Episkopate unter dem Vorsitz der Kardinäle Wysznski und Höffner in Auschwitz ein Bittgesuch beim Heiligen Stuhl für die Heiligsprechung von Pater Maximilian Kolbe als Märtyrer unterzeichnet. Auch die katholischen Laien aus beiden Ländern, die in Gesellschaft und Politik Verantwortung trugen, bemühten sich über viele Jahre um Entwürfe für die gemeinsame Zukunft in Europa.

5. Unter den wichtigsten Initiativen zur Versöhnung möchten wir besonders an das Zeugnis jener erinnern, die ihre Heimat verlassen mussten und sich trotz der Last der Erinnerungen um den Bau von Brücken zwischen den Völkern verdient gemacht haben. Durch ihre christliche Gesinnung, auf Rache und Vergeltung zu verzichten, beeinflussten die katholischen Heimatvertriebenen in Deutschland bereits 1950 maßgeblich den Geist der „Stuttgarter Charta“ der Vertriebenen. Einen großen Beitrag zur Versöhnung leisteten unter anderem die „Aktion Sühnezeichen“, „Pax Christi“ und das „Maximilian-Kolbe-Werk“. Obwohl in derselben Zeit institutionelle Kontakte zwischen Polen und Deutschen äußerst schwierig waren, fanden sich doch Möglichkeiten der Begegnung. Unter den Wegbereitern der Verständigung waren auch viele Polen, denen ihre Heimat jenseits des Bugs genommen worden war.
6. Vor allem aber haben sich im Laufe der Zeit immer mehr Menschen in den Pfarreien und Diözesen, in kirchlichen Vereinigungen und Bewegungen um die Begegnung im Geist des gemeinsamen Glaubens bemüht. Dies gilt auf deutscher Seite sowohl für den Bereich der Deutschen Bischofskonferenz als auch für die Jurisdiktionsbezirke der

Berliner Bischofskonferenz. Von überragender Bedeutung für die große Wende in Europa war das Wirken eines aus Polen hervorgegangenen Papstes, der nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern weltweit für Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Versöhnung eintritt.

7. Der entscheidende Umbruch im Verhältnis zwischen Ost und West und damit zwischen unseren beiden Völkern ging von der moralisch und nicht selten auch religiös begründeten Solidaritätsbewegung in Polen aus. Er führte in der Konsequenz zum Zusammenbruch des totalitären kommunistischen Systems und zum Fall der Mauer, die Deutschland und ganz Europa 40 Jahre lang getrennt hat.
8. In die darauf folgende schwierige Zeit des Übergangs hat der Aufruf der Bischöfe zur Brüderlichkeit konkrete Formen der Solidarität zwischen unseren Völkern angenommen, die sich in besonderer Weise in materieller Hilfe der Deutschen für die notleidende polnische Bevölkerung ausdrückte. Viele Polen, die in Deutschland lebten, haben sich tatkräftig daran beteiligt. Als die erste Not überwunden war, wurden auch die kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte ausgebaut und intensiviert. Eine wichtige Botschaft des Friedens war die gemeinsame Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 50. Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen.
9. Heute, 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sprechen wir gemeinsam: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Wir gedenken dabei all des Unrechts, das im Verlauf und als Folge dieses Kriegs begangen wurde. Nur die Wahrheit kann uns frei machen (vgl. *Joh* 8,32), die Wahrheit, die nichts hinzufügt und nichts weglässt, die nichts verschweigt und nichts aufrechnet. Denn dies widerspricht der ständigen Bitte: „Vergib uns unsere Schuld,

wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.“ Uns steht dabei der verbrecherische Angriffskrieg des nationalsozialistischen Deutschland ebenso vor Augen wie das tausendfache Unrecht, das in der Folge den Menschen in Polen durch Deutsche zugefügt wurde. Wir schließen in diese Bitte auch das Unrecht ein, das vielen Deutschen durch Vertreibung und Verlust der Heimat im Gefolge der Beschlüsse der Siegermächte auch von Polen angetan wurde, als sie von Hitler-Deutschland entfesselte Gewalt schließlich auf das eigene Volk zurückschlug. Erst heute nachdem in Polen frei darüber gesprochen werden kann, erkennen wir das Ausmaß des Unrechts, das für sehr viele Menschen im Zusammenhang derselben Beschlüsse zum Verlust der Heimat im Osten führte. Die ernstesten und immer noch nicht völlig bewältigten Probleme unserer gemeinsamen Geschichte und Zukunft werden in einer Kontaktgruppe unserer Episkopate behandelt.

Dank

10. Europa hat heute sein Gesicht von Grund auf verändert. Die jahrzehntelange Spaltung ist überwunden, totalitäre Systeme sind zusammengebrochen. Unsere Völker haben ihre Souveränität und Freiheit wiedererlangt und leben in gegenseitig anerkannten Grenzen.
11. Für dieses große und unerwartete Geschenk der Freiheit danken wir vor allem Gott, dem Herrn der Geschichte, und wir bitten ihn, dass wir diese Gabe im Geist der Wahrheit und der Liebe zum Aufbau einer friedlichen Zukunft ergreifen und in die Tat umsetzen. Gottes Geist war ja mit all denen, die das Fundament für Frieden und Versöhnung geschaffen haben. „Die Leiden der um der Ge-

rechtigkeit willen Verfolgten (vgl. *Mt 5,10*), die Solidarität all jener, die sich im Einsatz für die Menschenrechte zusammengefunden haben, das Sehnen der Menschenseele nach dem Übernatürlichen und die Gebete der Gerechten haben dazu beigetragen, den Weg der Freiheit in der Wahrheit wieder zu finden“ (Papst Johannes Paul II. bei der Ankunft in Prag am 21. April 1990).

12. Wir danken für das Zeugnis der Versöhnungsbereitschaft, mit dem viele Menschen aus unseren beiden Völkern auch in schwierigen Zeiten und gegen mancherlei Anfeindungen den Boden für die Versöhnung bereitet haben. Wir danken für das zielstrebige und geduldige Bemühen der Politiker, die die Grundlagen für ein neues Miteinander von Polen und Deutschen geschaffen haben. Wir danken Gott, dass wir jetzt sicheren, gegenseitig anerkannten Grenzen das Werk der Versöhnung in Europa fortführen können.
13. Wir danken für das Gebet, mit dem viele Christen in Deutschland das polnische Volk in dramatischen Stunden seiner jüngsten Geschichte begleitet haben. Wir danken für die Solidarität so vieler Menschen in Deutschland mit dem Ringen der polnischen Nachbarn um Menschenrechte und Selbstbestimmung. Wir danken ebenso für die Unterstützung der Bestrebungen um Freiheit in der ehemaligen DDR und um die deutsche Einheit von Seiten des polnischen Volkes. Wir danken für die tätige Hilfe und Unterstützung, mit der in den vergangenen Jahren viele Menschen dauerhaft Brücken zueinander gebaut haben.
14. Polen und Deutsche finden heute wieder ihren vollgültigen Platz als Nachbarn inmitten der europäischen Völkerfamilie. Europa wächst heute immer rascher zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zusammen, an der

auch die Völker Mittel- und Osteuropas teilhaben. Polen nimmt so wieder den ihm zustehenden Platz innerhalb der Nationen Europas ein. Die Kirche in unseren beiden Ländern bejaht mit voller Überzeugung diesen Weg zu einer Wiederherstellung der Einheit Europas.

15. Die geistigen Grundlagen dieser neuen europäischen Wirklichkeit bleiben bislang allerdings noch weithin undeutlich. Dies ruft bei vielen Menschen Skepsis, Unsicherheit und auch einige Bedenken hervor. Sie spüren, dass Europa jenseits aller wirtschaftlichen und politischen Strukturen wieder als Kultur- und Wertegemeinschaft erfahrbar sein muss. Es gilt heute Europa wieder „seine christliche Seele zurückzugeben“.
16. In diesem Zusammenhang dürfen wir daran erinnern, dass die christlichen Werte wesentlich zur Identität Europas gehören. Denn Europa ist nicht so sehr eine geographische Größe, sondern vielmehr eine Werte- und Kulturgemeinschaft, die entscheidend von der christlichen Botschaft geprägt wurde. Unsere beiden Länder, die im Herzen Europas liegen, haben wesentlich zum Aufbau und zur Verteidigung dieser Werte beigetragen.
17. Bereits in dem Brief der polnischen Bischöfe von 1965 wurde auf die Feier der Christianisierung Polens vor 1000 Jahren hingewiesen. In zwei Jahren werden wir das 1000. Jahresgedächtnis des Martyriums des heiligen Wojciech (Adalbert) begehen. Er war Bischof von Prag, ein enger Freund des Kaisers Otto III. und des auf Frankreich stammenden späteren Papstes Silvester II. Von dem Mainzer Bischof Willigis wurde er in Verona zum Bischof geweiht. Auch nach seinem Tod führte sein Werk der Evangelisierung die weltlichen Herrscher in einem glücklichen Moment unserer gemeinsamen Geschichte als Pilger an

seinem Grab in Gnesen zusammen. In Dankbarkeit erinnern wir auch an andere gemeinsame europäische Heilige. Wir gedenken des heiligen Bruno von Querfurt und des heiligen Otto von Bamberg, die unseren Völkern ebenfalls das Evangelium gebracht haben. Uns gemeinsam ist auch die heilige Hedwig, die wie eine Grenzgestalt unserer beiden Nationen verbindet (Papst Johannes Paul II. in Breslau am 21. Juni 1983).

18. Diese heiligen Männer und Frauen gehören wesentlich zur Identität Europas. Sie stellen für uns eine Verpflichtung dar, nach vielerlei Entfremdungen und Verwirrungen der letzten Jahrhunderte, den ursprünglichen, fast tausendjährigen gemeinsamen Weg heute von neuem aufzunehmen. Das Zweite Vatikanische Konzil hat uns nachdrücklich daran erinnert, dass die Berufung zur Heiligkeit jedem einzelnen von uns gilt. Nur wenn wir diese allgemeine Berufung zur Heiligkeit ergreifen und verwirklichen, können wir Europa seine christliche Seele wieder zurückgeben und so die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden legen. Die mutigen Zeugen des christlichen Glaubens in unserem Jahrhundert – Maximilian Kolbe, Edith Stein, Rupert Mayer, Bischof Kozal und Gefährten, Bernhard Lichtenberg und viele andere – können uns dazu Vorbild und Ansporn sein.
19. Dieses christliche Zeugnis müssen wir heute in ökumenischer Gesellschaft mit unseren orthodoxen und evangelischen Brüdern und Schwestern geben. Nur wenn wir uns um Versöhnung der getrennten Kirchen bemühen, können wir glaubwürdig Zeugen und Werkzeuge der Versöhnung zwischen den Völkern Europas sein. Das gemeinsame christliche Zeugnis betrifft unser persönliches Leben und die Erneuerung des christlichen Lebens in den Familien. Es muss ebenso hineinwirken in das öffentliche Leben

und sich als Sauerteig erweisen in der gesamten Kultur, in Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Politik und nicht zuletzt in den Medien, die heute einen großen Einfluss auf das Denken und Verhalten der Menschen ausüben.

20. In der gegenwärtigen Situation ist eine neue Evangelisierung notwendig, damit durch das lebendige Zeugnis der Christen die grundlegenden Werte unserer Kultur als tragende Säulen in den Bau eines neuen, freien und mit sich selbst versöhnten Europas eingebracht werden können. „Damit wir Zeugen Christi sind, der uns befreit hat“, bedürfen wir, wie uns die Botschaft der Außerordentlichen Bischofssynode für Europa von 1991 deutlich gemacht hat, der ständigen Umkehr zu Gott und er Erneuerung des Glaubens an ihn. Dann wird unser Dienst in und an der Welt im Europa von heute und morgen Früchte tragen. Die gegenwärtige Stunde unseres Kontinents braucht mehr denn je die glaubwürdig gelebte Einheit von Gottes- und Menschendienst.
21. Grundlage unseres Dienstes in und für Europa ist die Überzeugung von der unveräußerlichen und unzerstörbaren Würde der menschlichen Person. Sie wurzelt in der Erschaffung des Menschen als Ebenbild Gottes. Daraus leiten sich die fundamentalen Rechte des Menschen ab, die nicht selbst erworben oder von anderen zuerkannt und gewährt werden, sondern untrennbar mit dem Menschsein verbunden sind. Sie sind die Grundlage jeder freiheitlichen und wahrhaft demokratischen Ordnung des Gemeinwesens. Auch die in Aufbau befindliche Europäische Union muss sich auf dieses Fundament gründen.
22. Vor allem muss sich Europa neu von der Freiheit inspirieren lassen, zu der Jesus Christus uns frei gemacht hat (vgl.

Gal 5,1). Dieses christliche Verständnis der Freiheit gehört zu den wesentlichen Kennzeichen des europäischen Geistes und ist demzufolge ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Identität. Mit Recht haben Johannes Paul II. öfters auch die Außerordentliche Bischofssynode für Europa vor einer verkehrten Auffassung der Freiheit gewarnt, welche vorgibt, den Menschen durch Befreiung von Gott und seinem Gebot zu Freiheit und zum Glück zu führen. Nur wenn wir solchen Versuchungen und Verlockungen widerstehen und die durch Jesus Christus geschenkte Freiheit für Gott, die zugleich Freiheit im Dienst für die Menschen ist, leben, können wir ein wahrhaft freies Europa aufbauen. Freisein im christlichen Sinn bedeutet dazu sein, um zu lieben und zu dienen.

23. Dienst der Kirche an Europa ist es auch, die menschliche Würde und die menschliche Freiheit inmitten der raschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zur Geltung zu bringen. Wir wenden uns gegen eine Absolutsetzung des Habens, die der Entfaltung des menschlichen Seins immer weniger Raum lässt. Wir treten ein für eine Kultur des Lebens, für den Schutz des geborenen wie des ungeborenen menschlichen Lebens. Dazu gehört auch der Schutz der Rechte und der Freiheit der Familie. Die Kirche setzt sich – vor allem im Rahmen von Consilium Conferentiarum Episcopaliū Europae CCEE) und Commission des Episcopats de la Communauté Européenne (ComECE) – dafür ein, dass die wirtschaftlichen Modernisierungsprozesse nicht zu Benachteiligungen und Belastungen einzelner Gruppen oder gar zu deren Ausgrenzung führen.
24. Um einer menschenwürdigen Zukunft willen darf die Vielfalt gewachsener kultureller Traditionen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Ein künstlicher europäischer Uniformis-

mus widerspräche dem Wesen und der Geschichte Europas. Europas Reichtum drückt sich in vielfältigen kulturellen Ausformungen der Völker und Volksgruppen aus. Europäische Einheit kann und darf darum nicht zum Verschwinden nationaler Identitäten führen, vielmehr werden diese durch die Öffnung auf andere Völker hin in Solidarität mit ihnen erst vollendet (vgl. Außerordentliche Bischofssynode für Europa 1991).

25. Das Prinzip der auf Gerechtigkeit gegründeten Solidarität ist für die europäische Tradition und für die Soziallehre der Kirche das zentrale Baugesetz der menschlichen Gesellschaft. Solidarität wurzelt in der Freiheit der menschlichen Person. Freiheit und Solidarität sind unauflöslich aufeinander bezogen. Erzwungene Einheit ohne Freiheit muss scheitern, wie der Zusammenbruch des kommunistischen Systems gezeigt hat. Freiheit ohne Solidarität dagegen entartet zu Beliebigkeit und zu Willkür, welche die Grundlagen der Gesellschaft aushöhlen. Solche Solidarität wird sich in Zukunft mehr und mehr auf das Gemeinwohl ganz Europas beziehen müssen. Solidarität ist unteilbar. Europa darf sich deshalb auch nicht auf sich selbst zurückziehen und einem überholten Eurozentrismus huldigen. Es muss sich vielmehr für weltweite Solidarität öffnen und sich für Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit für alle Menschen einsetzen.
26. Wahre Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Achtung der Menschenrechte sind das einzig tragfähige Fundament eines dauerhaften Friedens. Indem sich unsere Kirchen für diese Werte einsetzen und sie verteidigen, dienen sie dem Frieden zwischen unseren Völkern. Unser Bemühen und Verständigung und Versöhnung zwischen unseren beiden im Herzen Europas gelegenen Völkern ist zugleich grund-

legend für den Frieden und die Verständigung ganz Europas.

27. Unser Dienst an Dialog, Brüderlichkeit und Versöhnung muss sich konkretisieren in vielfältigen Bemühungen: in vielfältigen Begegnungen, in gemeinsamen Wallfahrten und gemeinsamen Prozessionen (wie in Görlitz und Stettin), in Partnerschaften von Gemeinden, Diözesen, Städten und Verbänden sowie in der Zusammenarbeit der Universitäten und der kirchlichen Bildungsanstalten. Besondere Bedeutung kommt schon heute und noch mehr in Zukunft dem Jugendaustausch zwischen Deutschland und Polen zu.
28. Wir machen uns die Worte von Papst Johannes Paul II. zu Eigen, die er anlässlich des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa an die jungen Menschen richtete: „Meine Gedanken gehen zu den jungen Menschen, die die Schrecken jenes Krieges nicht persönlich erlebt haben. Ihnen sage ich: Liebe Jugendliche, ich habe großes Vertrauen in eure Fähigkeit, glaubwürdige Vermittler des Evangeliums zu sein. Fühlt euch persönlich zum Dienst am Leben und am Frieden verpflichtet ... Darum bitte ich euch, Jugendliche des Jahres 2000, sehr wachsam zu sein angesichts des Entstehens der Kultur des Hasses und des Todes. Erklärt den stumpfsinnigen und gewalttätigen Ideologien eine eindeutige Absage; verwirft jede Form von übertriebenem Nationalismus und Intoleranz; auf diesen Wegen schleicht sich unbemerkt die Versuchung zu Gewalt und Krieg ein. Euch ist es aufgegeben, neue Wege der Brüderlichkeit zwischen den Völkern zu eröffnen ... Die Zivilisation der Liebe und der Wahrheit kann nur dann verwirklicht werden, wenn sich die Öffnung für die Annahme des anderen auf die Beziehungen zwischen den Völkern, zwischen den Nationen

und den Kulturen ausdehnt. Möge im Bewusstsein aller die Aufforderung Widerhall finden: Du sollst die anderen Völker lieben wie dein eigenes! Der Weg der Zukunft der Menschheit führt über die Einheit; und die wahre Einheit – das ist die Botschaft des Evangeliums – führt über Jesus Christus, der unsere Versöhnung und unser Friede ist (vgl. *Eph 2,14–18*).“

29. Der Anlass für dieses erste Gemeinsame Wort, das die polnischen und die deutschen Bischöfe an die katholischen Gläubigen und an alle Menschen guten Willens in unseren beiden Ländern richten, ist der 30. Jahrestag des Briefwechsels zwischen den beiden Episkopaten im Jahr 1965. Der äußere Anlass für die polnischen Bischöfe, sich damals an die deutschen Bischöfe zu wenden, war das bevorstehende Millennium, die Tausendjahrfeier der Taufe Polens im Jahre 1966. Neun Jahre hatte sich die Kirche Polens geistlich auf dieses Jubeljahr vorbereitet. Der Brief der polnischen Bischöfe wie auch die Antwort der deutschen Bischöfe war sicher auch eine Frucht dieser geistlichen Erneuerung.
30. Heute stehen wir wieder in der Vorbereitung auf ein großes Jubiläum. Wir nähern uns dem Jahr 2000, in dem wir in einzigartiger Weise an die Menschwerdung des ewigen Wortes in der Fülle der Zeit erinnert werden. In demselben Jahr 2000 feiert die Kirche in Polen das tausendjährige Jubiläum des Bestehens der kirchlichen Hierarchie und die Gründung der Erzdiözese Gnesen, die mit Unterstützung von Kaiser Otto III. zustande gekommen ist. Wir hoffen, dass wir diese Feier gemeinsam begehen können, um Gott zu danken für alles Gute, das er uns in einer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte geschenkt hat, und um so gemeinsam den Weg ins dritte Jahrtausend gehen zu können.

31. In der Vorbereitung auf diese großen Jubiläen richten wir unser Gemeinsames Wort an die Gläubigen unserer Kirchen, an alle Christen, an alle Menschen guten Willens, aber ganz besonders an die jungen Menschen, welche die Verantwortung für die Zukunft unserer Kirche und unserer Länder und damit weithin für die Zukunft Europas übernehmen werden. Nach fünfzig Jahren Frieden in Europa eröffnet sich uns die einmalige Chance, diesen Frieden zu bewahren und auszubauen. Um uns die tragischen Erfahrungen des schrecklichen Krieges in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens zu ersparen, müssen wir uns auf unsere christlichen Wurzeln besinnen und uns aus ihnen erneuern. Wir sind zutiefst überzeugt, dass man nur so einen dauerhaften Frieden unter den Völkern Europas aufbauen kann. Die weit verbreitete Zivilisation des Todes kann nur durch eine neue Zivilisation des Lebens und der Liebe überwunden werden.

32. Bitten wir daher Gott, den alleinigen Herrn der Geschichte, – dass wir, Christen in Polen und in Deutschland, gemeinsam Gottes Verzeihung erlangen für alles, was sich Menschen aus unseren Völkern Böses angetan haben; – dass wir im Vertrauen auf Gottes Erlösungsgnade einander Vergebung gewähren, dass niemals wieder der Ungeist des Hasses unsere Völker entzweie und dass unsere Brüder und Schwestern, die unter einem furchtbaren Krieg leiden, den Weg zum Frieden finden; – dass wir im nächsten Jahrtausend zu Jesus Christus finden, der uns Weg, Wahrheit und Leben ist (vgl. *Joh* 14,6). Möge die Fürsprache der Gottesmutter Maria uns auf diesem gemeinsamen Weg begleiten.

„Versöhnung und Freundschaft – Blick auf Europas Zukunft“

Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 40. Jahrestages des Briefwechsels von 1965 (21. September 2005)

I.

In Kürze jährt sich zum 40. Mal das Datum der berühmt gewordenen *Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt Christi*. Die polnischen Bischöfe luden ihre deutschen Mitbrüder aus Anlass der 1000-Jahr-Feier der Taufe des polnischen Herzogs Mieszko I. im Jahre 966 nach Polen ein und riefen sie, zwei Jahrzehnte nach den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, zu Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit auf. Ihr bewegendes und geradezu prophetisches Wort hat Geschichte geschrieben: *„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“*. Die deutschen Bischöfe, wie ihre polnischen Mitbrüder zum Abschluss des II. Vatikanischen Konzils in Rom versammelt, antworteten wenige Tage später: *„Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotenen Hände. Der Gott des Friedens gewähre uns auf die Fürbitte der ‚regina pacis‘, dass niemals wieder der Ungeist des Hasses unsere Hände trenne!“*

II.

Vier Jahrzehnte danach und zugleich sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sowie zehn Jahre nach Veröffentlichung des ersten Gemeinsamen Wortes beider Episkopate erinnern wir Bischöfe alle Menschen guten Willens in Polen und in Deutschland mit großer Dankbarkeit an diesen bahnbrechen-

den Briefwechsel. Mit ihm haben unsere Vorgänger in christlichem Geist einen entscheidenden Schritt zum Neuanfang in den gegenseitigen Beziehungen unserer Völker getan. Unter schwierigsten politischen Bedingungen haben sie einen wichtigen Grundstein für die deutsch-polnische Versöhnung gelegt.

Wir erinnern an diese mutige Tat nicht allein, um sie in ehrendem Gedenken zu halten. Vielmehr wollen wir unterstreichen, dass wir uns dem Anliegen der deutsch-polnischen Verständigung, Versöhnung und Freundschaft heute wie unsere Vorgänger damals verpflichtet wissen. Mit Sorge müssen wir seit einiger Zeit sehen, dass die Erinnerung an die finstersten Stunden unserer gemeinsamen Geschichte nicht nur den Geist der Versöhnung gebiert, sondern auch alte Wunden, die noch nicht geheilt sind, wieder aufreißt und den Ungeist des Aufrechnens hervorbringt. Manche Menschen in Politik und Gesellschaft rühren geradezu leichtfertig an den immer noch schmerzenden Wunden der Vergangenheit. Andere wollen sie offenkundig sogar rücksichtslos für persönliche oder politische Zwecke missbrauchen. Der 40. Jahrestag des Briefwechsels ist uns Anlass, solcher Verantwortungslosigkeit im gegenseitigen Verhältnis mit allem Nachdruck zu widersprechen. Das gilt auch dann, wenn diejenigen, die das tun, sich auf die Gerechtigkeit berufen. Vor einem falschen Verständnis der Gerechtigkeit hat Papst Johannes Paul II., der als Erzbischof von Krakau zu den Mitverfassern der Botschaft der polnischen Bischöfe gehörte, die ganze Kirche gewarnt: *„Man kann (...) schwerlich darüber hinwegsehen, dass die Programme, die von der Idee der Gerechtigkeit ausgehen (...), in der Praxis oft arg entstellt werden. (...) Die Erfahrung der Vergangenheit und auch unserer Zeit lehrt, dass die Gerechtigkeit allein nicht genügt, ja, zur Verneinung und Vernichtung ihrer selbst führen kann, wenn nicht einer tieferen Kraft – der Liebe – die Möglichkeit geboten wird, das*

menschliche Leben in seinen verschiedenen Bereichen zu prägen“ (Enzyklika Dives in misericordia 12).

Die Gabe der Versöhnung wird uns nur geschenkt, wenn wir uns ehrlich der ganzen Wahrheit stellen, Reue für die begangenen Verfehlungen empfinden und uns Vergebung gewährt wird. Wir rufen in diesem Zusammenhang das Gemeinsame Wort der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz vom Dezember 1995 in Erinnerung: „*Nur die Wahrheit kann uns frei machen, die Wahrheit, die nichts hinzufügt und nichts weglässt, die nichts verschweigt und nichts aufrechnet*“ (vgl. Joh 8,32). In Anbetracht des verbrecherischen Angriffskriegs des nationalsozialistischen Deutschland, des tausendfachen Unrechts, das in der Folge den Menschen in Polen durch Deutsche zugefügt wurde, und des Unrechts, das vielen Deutschen durch Vertreibung und Verlust der Heimat angetan wurde, wiederholten wir in diesem Geiste gemeinsam die Worte von 1965: *Wir vergeben und bitten um Vergebung*. Nur wenn wir uns der ganzen Wahrheit stellen und gleichzeitig dem Geist der Aufrechnung abschwören, können wir eine einseitige Sicht auf die je eigene Geschichte verhindern und Gegenwart und Zukunft für ein fruchtbares Miteinander öffnen. Aus dieser Haltung erwächst die Bereitschaft, unsere Geschichte und Gegenwart nicht nur mit den eigenen, sondern jeweils auch mit den Augen des Anderen zu sehen. Wir sind uns bewusst, dass mit diesem Weg weiterhin große Anstrengungen verbunden sind. Auf diesem Wege brauchen wir guten Willen und Aufrichtigkeit in den gegenseitigen Beziehungen. Denn nur durch den Geist der Versöhnung zwischen unseren Völkern kann der Friede Wurzeln schlagen, der allen Deutschen und Polen das ersehnte Gefühl von Sicherheit und Freundschaft bringen kann.

III.

Das mutige Zeugnis der christlichen Versöhnungsbotschaft von 1965 wirkte weit über die deutsch-polnischen Zusammenhänge hinaus. Indem die Bischöfe sich der furchtbaren Last der Kriegsverbrechen, des Unrechts und des Leids stellten und der in Christus gründenden Hoffnung auf die göttliche Barmherzigkeit vertrauten, gelang es ihnen inmitten des noch fortdauernden Kalten Krieges, trennende Mauern in der Kraft des Glaubens zu überwinden und die Vision eines wieder zusammenwachsenden Europas aufscheinen zu lassen. Sie gaben Zeugnis von dessen geistigen Grundlagen, die Unrecht und Gewalt nicht dauerhaft verdunkeln konnten. Rückblickend auf die Ereignisse in Polen, vor allem auf die vor 25 Jahren entstandene unabhängige Bewegung *Solidarność* sowie die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Völkern, verstehen wir heute besser, dass die Bischöfe mit ihrem Willen, Hass und Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zu überwinden, auch einen Beitrag zur Überwindung der Unfreiheit und der Teilung des europäischen Kontinentes geleistet haben.

Vieles ist seitdem in beiden Ländern geschehen. Totalitäre Herrschaft und der Verlust der nationalen Eigenständigkeit konnten friedlich überwunden werden. Polen und Deutschland haben heute gemeinsam Teil an der fortschreitenden europäischen Integration. Unsere Völker legen damit beredtes Zeugnis davon ab, dass Krieg, Hass und Gewalt nicht das letzte Wort haben müssen. Nachdrücklich mahnen wir: Deutsche und Polen dürfen ihre geistigen und materiellen Kräfte niemals wieder gegeneinander richten; sie sind aufgerufen, sie zum Wohle aller in das zusammenwachsende Europa einzubringen und dessen christliche Identität zu stärken. Diese Aufgabe kann erfüllt werden, wenn Deutsche und Polen sich bewusst machen, dass sie auch viel Gutes in ihrer gemeinsamen Geschichte verbindet. Heute, da nach dem polnischen Papst ein Sohn des deutschen

Volkes, Benedikt XVI., Nachfolger des hl. Petrus ist, erfahren unsere beiden Völker in besonderer Weise, wie groß und tief die Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit sein können, wenn sie sich von dem Geiste Christi leiten lassen, dem Geist der Versöhnung und des Friedens. Diese Bande sollten besonders der Jugendseelsorge anempfohlen werden. Die Glaubenserfahrungen, die wir während des XX. Weltjugendtages in Köln erlebt haben, müssen zwischen jungen Polen und Deutschen weiterhin gepflegt werden. Daher regen die Bischöfe beider Länder besonders die Seelsorger und die Jugend dazu an, solche Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die der Aufrechterhaltung des Geistes der gegenseitigen Zuneigung und Freundschaft dienen.

Als Christen stehen Polen und Deutsche angesichts neuer gesellschaftlicher Entwicklungen insbesondere im Hinblick auf den Schutz des Lebens, der Ehe und der Familie vor großen Herausforderungen. Gleiches gilt für neue Fragestellungen im Bereich der medizinischen Ethik, der zunehmend in egoistischer Weise ausgehöhlt und durch die Interessen von Wissenschaft und Wirtschaft bedroht wird. Gemeinsam sind wir demgegenüber gefordert, unseren Kontinent im christlichen Sinne auch für die künftigen Generationen als Lebensort zu gestalten, der die unveräußerliche Würde und die wahre Freiheit der Menschen achtet und gewährleistet. Mit diesem Einsatz für die Gestaltung Europas wollen wir auch zum Aufbau einer friedlicheren Welt beitragen. Dazu gehört auch, dass Europa sich glaubwürdig um ein zukunftsfähiges Verhältnis zu den Ländern des Südens und Ostens einsetzt.

„Der lange Weg der Versöhnung“

Ansprache von Bischof em. Dr. Josef Homeyer, Hildesheim, beim Festakt zum 40. Jahrestag des Briefwechsels der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 (21. September 2005)

Im September 1944 lieferten sich deutsche und polnische Soldaten in den Trümmern der Kathedrale von Warschau ein erbittertes Gefecht. Im September 1980 haben an derselben Stelle in dem wieder aufgebauten Gotteshaus polnische und deutsche Bischöfe gemeinsam die Eucharistie gefeiert. Genau in der zeitlichen Mitte, Ende November/Anfang Dezember 1965, in den letzten Tagen des II. Vatikanischen Konzils, reichten sich polnische und deutsche Bischöfe die Hände, gewährten einander Vergebung und baten um Vergebung. Dieser denkwürdige Versöhnungsakt ließ damals die Welt aufhorchen. Der polnische Intellektuelle Jan Józef Lipski sieht in ihm die „weitsichtigste Tat der polnischen Nachkriegsgeschichte“. 30 Jahre später, 1995, veröffentlichten die beiden Episkopate – zum ersten Mal in ihrer Geschichte – ein „Gemeinsames Wort“, in welchem sie feststellen: „Der Briefwechsel von 1965 wurde zum Beginn eines gemeinsamen Weges, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat.“ Die Ausgangslage für diesen gemeinsamen Weg konnte heillosen nicht sein. Ich will die historischen Sachverhalte nur kurz andeuten:

Während Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich das revolutionäre Bürgertum das Zeitalter des Absolutismus beendet, beenden die deutschen Mächte Preußen und Österreich im Bündnis mit Russland die Existenz des polnischen Staates, indem sie ihn in drei Etappen unter sich aufteilen. Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck 1871 erfüllt die Sehnsüchte

des liberalen und nationalen deutschen Bürgertums, besiegelt aber – im Einvernehmen mit dem russischen Zaren – die Fortdauer der Fremdherrschaft in und die Unfreiheit der Polen für fast ein weiteres halbes Jahrhundert, bis weit in den Ersten Weltkrieg hinein.

Der Zweite Weltkrieg beginnt mit der erneuten Aufteilung des polnischen Staates durch seine deutschen und russischen Nachbarn. In Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenideologie vernichten deutsche Mordkommandos gezielt ganze Schichten der polnischen Bevölkerung. Als die Folgen des von Hitler entfesselten und auch von Stalin infernalisch geführten Krieges auf die Deutschen zurückschlagen, werden im Zuge der von den Siegermächten beschlossenen so genannten „Westverschiebung“ Millionen Deutsche Opfer der Vertreibung aus ihrer Heimat, manche Zyniker bezeichnen sie als geordneten Verwaltungsakt, viele Zeitgenossen sehen sie als gerechte Vergeltung, immer mehr Menschen aber erkennen, dass uns auch die Vertreibung als (ein) gewaltsames Unrecht vor Augen steht.

Zum heillosen Verhältnis unserer Völker zählt 1965 auch die Fortdauer alter Klischeevorstellungen über den jeweiligen Nachbarn, die weit in die Geschichte zurückreichen. Unter den geistigen deutschen Eliten des 19. Jahrhunderts ist ein allgemein negatives Polenbild weit verbreitet. So hat etwa Ernst Moritz Arndt 1848 in einem Artikel schreiben können: „Ich behaupte eben mit der richtenden Weltgeschichte vorweg: Die Polen und überhaupt der ganze slawische Stamm sind geringhaltiger als die Deutschen ...“

Schließlich können sich im Zeichen des so genannten „Kalten Krieges“, der mit dem Mauerbau in Berlin und der Krise um Kuba 1961 dramatische Höhepunkte erreicht, positive Ansätze für Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen zunächst kaum entfalten. Mutige, insbesondere durch ih-

ren christlichen Glauben motivierte Pioniere der Versöhnung haben schon früh manches versucht und werden gehindert. So gehört zur Vorgeschichte von 1965, dass Einladungen von Kardinal Frings und Kardinal Döpfner zu den Katholikentagen von 1956 und 1958 an polnische Bischöfe scheitern.

Wie konnte es bei dieser schwierigen Ausgangslage dennoch zu einer Wende in den Beziehungen kommen?

Die Phase der Annäherung (in den 60er Jahren)

Im Jahre 1957 gelingt es Prälat Johannes Zinke, Breslauer Priester, seit 1946 Leiter der Hauptvertretung Caritas und der Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin, brieflichen Kontakt mit Bischof Kominek, dem späteren Erzbischof von Breslau und Kardinal, zu knüpfen. Aber erst Prälat Wosniza, der frühere Generalvikar des Bistums Kattowitz, kann 1960 in Paris mit Bischof Kominek zwei Gespräche führen. 1957 in Wien, bei einem Treffen deutscher Publizisten mit Redakteuren der katholischen Zeitschrift Znak, lädt der Chefredakteur der KNA, Karl Brinkmann, Stanislaw Stomma zu einem Besuch in die Bundesrepublik ein, der 1958 stattfinden konnte. Es war der erste derartige Besuch überhaupt.

Im Juli 1960 bezeichnet der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer die Versöhnung mit Polen – neben der Versöhnung mit Frankreich und mit den Juden – als vordringliche Aufgabe der Deutschen. Allerdings spricht er in einer Wahlkampfrede von einem „Rückkehrrecht der Ostpreußen“, worauf Primas Wyszynski mit scharfer Polemik reagiert. Umgekehrt hält am 31. August 1965 Primas Wyszynski im Breslauer Dom eine prononcierte Predigt, in der er jegliches „deutsches Erbgut“ in Schlesien bezweifelt, was wiederum zu großer Aufregung in

Deutschland führt. In zwei ausführlichen Gesprächen zwischen dem Primas und Kardinal Döpfner kann die Verstimmung einigermaßen beigelegt werden, nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen von Bischof Kominek.

Frucht trägt aber auch eine (um Versöhnung bemühte) Predigt, die Kardinal Döpfner bereits fünf Jahre zuvor gehalten hat. Die erwähnte Kontroverse von 1960 nimmt er im Oktober zum Anlass, während einer Predigt Lösungswege zu formulieren. Seine zentralen Aussagen sind folgende: Das deutsche Volk könne nach allem, was in seinem Namen geschehen ist, den Frieden nur unter sehr großen Opfern erlangen. Für die Zukunft sei die Gemeinschaft der Völker und Staaten wichtiger als Grenzfragen. Sie erregt in Deutschland und Polen Aufsehen und wird als St. Hedwigs-Predigt berühmt. Ebenfalls im Jahr 1960 hat auf der anderen Seite Bischof Kominek unmissverständlich und öffentlich erklärt: „Ich bestreite nicht, dass bei der Aussiedlung der Deutschen aus dem heutigen Westpolen Übergriffe – zahlreiche Übergriffe begangen wurden.“

So sind es in besonderer Weise Kardinal Döpfner und Bischof Kominek, der spätere Erzbischof von Breslau und Kardinal, die eine Wende im gegenseitigen Verhältnis vorbereiten. Getragen und fruchtbar gemacht wird das Bemühen um Verstehen und Verständigung in wachsendem Maße durch Laien in Deutschland und Polen. Ihr mutiger und entschiedener Einsatz in dem langen Verständigungsprozess ist gar nicht hoch genug zu bewerten. Auf polnischer Seite sind Professor Stomma, dessen Deutschlandbesuch ich bereits erwähnt habe, Bartoszewski und Masowiecki die bekanntesten. Auf deutscher Seite sind Alfons Erb, Reinhold Lehmann, Friedrich Kronenberg, Bernhard Vogel, Hans Maier und viele andere zu nennen. Ebenso ist das Engagement einer Reihe von Verbänden zu würdigen, etwa auf polnischer Seite die legendäre ZNAK-Bewegung, in Deutschland die beharrliche Pionierleistung der Pax-Christi-Bewegung,

die 1964 ihre Sühnewallfahrt nach Auschwitz durchführt, nachdem sich schon im Vorjahr Katholiken mit der evangelischen Aktion Sühnezeichen auf den Weg nach Auschwitz gemacht haben. Damit beginnt auch das Bemühen zahlreicher Laien um die Unterstützung ehemaliger KZ-Häftlinge, das 1973 auf Initiative des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Gründung des Maximilian-Kolbe-Werkes führen wird. Dies bis heute segensreiche Werk der Versöhnung hat bislang über 56 Millionen Euro vermitteln können.

Das II. Vatikanische Konzil führt die deutschen und polnischen Bischöfe nach Rom. Dass es hier zu Begegnungen und immer intensiveren Gesprächen zwischen ihnen kommt, ist nicht zuletzt den Bemühungen von Bischof Kominek und der Vermittlungs- und Verständigungsarbeit des Kölner Weihbischofs Josef Ferche zu verdanken, der selbst ein Vertriebener war.

Trotz dieser mannigfaltigen Begegnungen stellt der Brief der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965, gut 2 Wochen vor dem Ende des Konzils, eine große, eine befreiende Überraschung dar. Vorbereitet haben ihn vor allem Bischof Kominek und Kardinal Woytyla. Das so wirkmächtig gewordene Wort: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ beantworten die deutschen Bischöfe am 5. Dezember 1965, 3 Tage vor der feierlichen Schlussitzung des Konzils, im gleichen Sinne. Wenn manche den deutschen Antwortbrief damals und heute noch als nicht so stark wie den polnischen Text empfinden, hängt dies auch mit einem unglücklichen Missgeschick zusammen: Bischof Kominek will den Brief dem in der Anima wohnenden Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Frings, persönlich übergeben. Da dieser nicht anwesend ist, verspricht der Pförtner, den Brief auf dessen Zimmer zu legen, was auch geschieht. Allerdings ist Kardinal Frings bereits abgereist. So bleibt der Brief etliche Tage unbemerkt liegen. Als sich dies endlich herausstellt, erhalten die Kardinäle Döpfner und Bengsch

wie auch die Bischöfe Hengsbach, Schröffer und Spülbeck den Wortlaut des Briefes am 27. November. Kardinal Bengsch entwirft in kürzester Frist den Antwortbrief. Von den Bischöfen Hengsbach, Schröffer und Spülbeck wird er redaktionell überarbeitet, von der Gesamtkonferenz verabschiedet und am 5. Dezember 1965 den polnischen Mitbrüdern übermittelt, worauf beide Briefe sofort veröffentlicht werden. Außer an den hohen Zeitdruck muss bei der rückschauenden Würdigung auch daran erinnert werden, dass Deutschland 1965 in zwei Staaten geteilt ist, die in antagonistische Blöcke eingebunden sind und die Grundlagen ihres höchst schwierigen Verhältnisses zueinander überhaupt erst Jahre später vertraglich zu definieren versuchen. Die deutschen Bischöfe aber tragen Verantwortung für die Gläubigen aus beiden Teilen Deutschlands und sehen sich gehalten, dies in ihrem Handeln zu berücksichtigen.

Als die polnischen Bischöfe einige Tage später nach Polen zurückkommen, schlagen ihnen der ganze Hass und die Wut des polnischen Partei- und Regierungsapparates entgegen. Nie gekannte Verleumdungskampagnen setzen ein. Der polnische Episkopat gerät unter massiven Druck – trotz intensivster Bemühungen, sich gegen die Propaganda zu behaupten. Kritiker wollen in dem in diesem Zusammenhang veröffentlichten Hirtenwort eine Rücknahme der Vergebungsbitten sehen. Tatsächlich haben die polnischen Bischöfe aber an ihrem Versöhnungskurs festgehalten. In der Feier des polnischen Millenniums am 3. Mai 1966 in Tschentstochau wiederholt Primas Wyszyński mutig die Vergebungsworte an die Deutschen. Als die riesige Volksmenge ihn spontan unterbricht: „Wir vergeben!“, da ist die Entscheidung gefallen: Die Autorität der Bischöfe, insbesondere des Primas, hat sich gegen Partei und Regierung durchgesetzt – eine Niederlage, von der sich das Regime nicht mehr erholen wird und die wir im Rückblick als Vorbote der Um-

wälzungen deuten dürfen, die später der erste Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen auslösen wird.

In der Bundesrepublik Deutschland löst die Initiative der polnischen Bischöfe Erstaunen und nachdrückliche Zustimmung zur Antwort der deutschen Bischöfe aus. Die Vertriebenenverbände äußern sich wohlwollend und weisen darauf hin, dass sie bereits 1950 in ihrer Charta auf Rache und Vergeltung verzichtet haben. Der Bamberger Katholikentag im Juli 1966 unterstützt den Briefwechsel mit großem Nachdruck und dankt den polnischen und deutschen Bischöfen und dem polnischen Volk für den bewiesenen Mut. Auf ein geteiltes Echo stößt dann zwei Jahre später das Bensberger „Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen“. Der entscheidende Satz lautet: „Daher wird es für uns Deutsche unausweichlich, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass wir die Rückkehr dieser Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können.“ Ähnliches hatte die EKD in ihrer Ostdenkschrift vom 1. Oktober 1965 vertreten, für die sie sowohl Zustimmung als auch erhebliche Kritik erhielt.

Inzwischen steht die Grenzfrage in der Politik auf der Tagesordnung. 1969 übernimmt die sozial-liberale Koalition die Regierung in Bonn. Bischof Kominek führt in Abstimmung mit dem Primas zwei Gespräche in Rom mit führenden Sozialdemokraten. Am 14. Oktober 1970 treffen sich der Primas und Kardinal Döpfner zu einem langen und sehr ernsten Gespräch, das in einem ausführlichen Briefwechsel fortgesetzt wird und in gewisser Weise zu einem folgenreichen Durchbruch wird. Kardinal Döpfner ist „erschrocken“, wie er freimütig dem Primas schreibt, erst in diesem Gespräch zu erfahren, dass Kardinal Wyszynski im Antwortbrief der deutschen Bischöfe von 1965 eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erwartet habe, und dass er ihn nun um die öffentliche Unterstützung des polnischen Wunsches nach eindeutiger Anerkennung der neuen Grenzen

bitte. Erneut versucht Kardinal Döpfner verständlich zu machen, warum er und die deutschen Bischöfe sich außerstande sehen, dieser Bitte zu entsprechen. Kardinal Döpfner wird nun klar, worum es dem Primas nicht zuletzt auch ging: Die deutschen Bischöfe für die öffentliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und für die vor einer politischen Verständigung gewünschte Neuordnung der Diözesen in den Oder-Neiße-Gebieten zu gewinnen. Beides sollte nach der Vorstellung des Primas dazu beitragen, dass der Kirche für die endgültige Sicherung der polnischen Westgrenze das entscheidende Verdienst zukomme, wodurch sie – „wirklich das letzte Bollwerk des Katholizismus im Osten“ – gegenüber der Staatsmacht in Polen gestärkt würde.

Kardinal Döpfner wiederholt nachdrücklich, dass die deutschen Bischöfe und die deutschen Katholiken mit den „verantwortlichen Politikern aller tragenden Parteien darin einig sind, dass mit Polen eine echte, dauerhafte Versöhnung gesucht werden muss und dass an eine gewaltsame Zurückholung der deutschen Ostgebiete auf keinen Fall gedacht werden kann“. Auf der anderen Seite aber dürfen sich die Bischöfe, Kardinal Döpfner zufolge, „nicht in konkrete politische Auseinandersetzungen hineinziehen lassen, die nicht nur unser Volk zerreißen, sondern auch unsere Kompetenzen übersteigen.“ Ihm und den deutschen Bischöfen gehe es um „eine langfristige, dauerhafte Lösung“, um eine umfassende, die Geschichte aufarbeitende, die Vertriebenen einbeziehende Versöhnung beider Völker, die aus dem Versöhnungshandeln Gottes folge.

Das Gewichtige und buchstäblich Folgeschwere dieser denkwürdigen Auseinandersetzung dürfte aus heutiger Sicht dies sein: Beide Kardinäle werden nachdenklich, beginnen einander zu verstehen – und vor allem: Sie gewinnen ein in dieser auch emotionalen Mächtigkeit bisher nicht dagewesenes Vertrauen zueinander und kommen überein, den von Gott eröffneten und

geschenkten Weg der Versöhnung gemeinsam und unbeirrbar weiterzugehen. Und so wurde es.

Die Phase der Konsolidierung (in den 70er Jahren) begann eher dramatisch

Am 28. Juni 1972, kurz nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrages, erfolgt die Neuordnung der Diözesen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße. Wunden werden aufgerissen, es kommt zu heftigen Protesten auch engagierter Katholiken, nicht nur aus dem Kreis der Vertriebenen. Enttäuschung kommt auf. Sie richtet sich auch dagegen, dass die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Erklärung vom 29. Juni diese Entscheidung des Vatikans „respektiert“. Es folgen zahllose Gespräche seitens Kardinal Döpfners und der deutschen Bischöfe. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hilft mit, die Wogen zu glätten. Tatsächlich beginnt man dann aber doch, die neuen Realitäten zu akzeptieren. Die zu diesem Vorgang einfühlsamen Äußerungen des polnischen Primas und der polnischen Bischöfe wie auch der polnischen Laien tragen dazu bei. Die Erklärung der deutschen Bischöfe vom 29. Juni hat auch auf die Chancen hingewiesen, die sich nunmehr eröffnen: „Die Deutsche Bischofskonferenz hofft schließlich, dass der am Ende des II. Vatikanums begonnene Dialog zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen sich nunmehr frei entfalten kann.“

In den folgenden Jahren entwickelt sich bis 1980 ein breiter Strom der Beziehungen zwischen beiden Ländern: Die Besuche und Gegenbesuche der Bischöfe, die Anstrengungen der Heimatvertriebenen und ihrer Verbände, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und vor allem von Pax Christi, aber auch vom Bund der deutschen katholischen Jugend.

1973 reist Kardinal Döpfner erstmals nach Polen. Nach seinem plötzlichen Tod 1976 fährt im April 1977, kurz nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, auch Kardinal Höffner nach Polen. Unter Leitung von Primas Wyszynski, der Polen nach 1945 bis zu diesem Tag nur zu Besuchen im Vatikan verlassen hat, kommt 1978 eine 10-köpfige polnische Delegation in die Bundesrepublik. In den Gesprächen zwischen den beiden Episkopaten während dieses Besuches bekundeten dann beide Seiten auch, „heiße Eisen“ dürften nicht länger verschwiegen werden. Darauf hatte insbesondere Kardinal Wojtyla hingewiesen, der dann wenige Wochen später zum Papst gewählt wurde. Erst mit dieser Reise von Primas Wyszynski, so schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung, „ist das Fundament für eine deutsch-polnische Normalisierung lückenlos gemauert und damit auch belastbar“.

Phase der Bewährung (in den 80er Jahren)

Zwei Jahre später, im September 1980, reist eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung von Kardinal Höffner zum Gegenbesuch nach Polen. Zentrale Themen der Begegnung sind Jugend und Familie. Im Abschlussgottesdienst in der Kathedrale von Warschau erklärt Kardinal Wyszynski überraschend am Schluss des Gottesdienstes: „Das, was uns vornehmlich interessiert, ist der Gottesdienst und die Seelsorge, die für unsere Landsleute notwendig sind, die auf dem Gebiete Deutschlands leben, und für eure Mitbrüder, die auf dem Gebiete Polens leben ...“

Kurz zuvor, im August 1980, ist die Gewerkschaft „Solidarnosc“ entstanden. Man spricht vom „Polnischen Sommer“, dem mit der Ausrufung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 der „Polnische Winter“ folgt. Das Kriegsrecht führt zu einer

akuten und katastrophalen Versorgungskrise in ganz Polen. Die deutschen Bischöfe rufen zu einer Sonderkollekte für Polen auf, es kommt zu einer Art Volksbewegung in der Bundesrepublik: Hunderte Millionen Mark werden gespendet, unzählige Hilfen versuchen auf mannigfachen Wegen die Not der Kleinkinder und der alten Menschen zu lindern. Durch Pakete und Briefwechsel entstehen zehntausende von persönlichen Verbindungen. Um die Solidarität mit den polnischen Katholiken nachdrücklich zu bekunden, reist im Juni 1982 eine Abordnung deutscher Bischöfe mit ihrem Vorsitzenden Kardinal Höffner nach Polen. Am 10. Oktober desselben Jahres feiern polnische und deutsche Katholiken im Petersdom gemeinsam einen Dankgottesdienst anlässlich der an diesem Tage erfolgten Heiligsprechung von Maximilian Kolbe, bei dem Kardinal Höffner die Predigt hält. Im Dezember 1985, also 2 Jahre später, feiern Vertreter beider Episkopate anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Versöhnungsbotschaften in Rom einen gemeinsamen Dankgottesdienst und bekunden, gemeinsam weiterzuarbeiten an einer umfassenden Verständigung zwischen den beiden Völkern.

In Polen geht trotz aller Behinderungen die stille Revolution weiter, offen und öffentlich werden jetzt zunehmend „heiße Eisen“ angepackt. So schreibt der polnische Literaturwissenschaftler Jan Józef Lipski in einem vieldiskutierten Aufsatz: „... Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch heute keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben: die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat ...“ Aus Anlass des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges geben am 1. September 1989 zum ersten Mal prominente Katholiken aus Deutschland und Polen eine gemeinsame Erklärung ab, die in beiden Ländern stark beachtet wird.

Wenige Wochen nach der Wiedererlangung der Einheit Deutschlands, Ende November 1990, reist eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz anlässlich des 25. Jahrestages des Versöhnungsbriefwechsels nach Polen. Es war vereinbart worden, eine gemeinsame Sprache auch hinsichtlich der Vertreibung zu finden. Doch bleibt es bei mühsamen Ansätzen und der gemeinsamen Bekräftigung, der Wahrheit nicht länger auszuweichen.

Anlässlich des 30. Jahrestages des Austausches der Vergebungsbotschaft besucht eine große Delegation der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung von Kardinal Lehmann die Polnische Bischofskonferenz. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte veröffentlichen dabei die deutschen und die polnischen Bischöfe am 13. Dezember 1995 in Warschau ein „Gemeinsames Wort“, in dem – zum ersten Mal – auch von dem Unrecht gesprochen wird, „das vielen Deutschen durch Vertreibung und Verlust der Heimat im Gefolge der Beschlüsse der Siegermächte auch von Polen angetan wurde ...“ Das ausführliche, 33 Abschnitte umfassende „Gemeinsamen Wort“ wird in der 1996 von der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebenen Broschüre „Deutschland und Polen. Kirche im Dienst der Versöhnung“ veröffentlicht. In ihr beleuchtet der Erzbischof von Gnesen, einer der Hauptautoren, ihre Vorgeschichte. Die Erklärung enthält gleichsam ein gemeinsames Programm, vom christlichen Zeugnis her das künftige Europa zu gestalten. Insofern ist 1995 der Beginn einer neuen Ära in unseren Beziehungen: die Entschlossenheit, im engen Miteinander entschiedener das künftige Europa mit zu gestalten. Angemahnt wird in dem „Gemeinsamen Wort“ auch, ebenfalls „die ernstesten und immer noch nicht völlig bewältigten Probleme unserer gemeinsamen Geschichte und Zukunft“ konsequenter anzugehen.

Welches sind denn nun die sog. „heißen Eisen“ zwischen uns?

Hier kann ich nur einen zaghaften Versuch wagen, einige Wahrnehmungen zu skizzieren, die mir im Laufe von 4 Jahrzehnten mehr und mehr aufgefallen sind.

In welchen Fragen Polen sich häufig von Deutschen unverstanden fühlen

Unverständlich ist den Polen, wenn in deutschen Äußerungen immer wieder von einem polnischen Messianismus gesprochen und dabei der Kirche in Polen unterstellt wird, dieser werde von der Kirche in Polen vertreten und gefördert. Dabei wird verschwiegen, sagen die Polen mit Recht, dass es der große polnische Dichter Adam Mickiewicz war, der polnische Goethe, der in der Mitte des 19. Jh. in seiner Dichtung zum ersten Mal von der messianischen Bestimmung des polnischen Volkes gesprochen hat, nämlich das ihm zugefügte Leid anzunehmen und den anderen Völkern Europas das wahre religiöse Leben zu bezeugen. Es war der literarische(!) Versuch, die geschichtliche Katastrophe zu verarbeiten und dem polnischen Volk Identität und Selbstbewusstsein zu vermitteln. Die Kirche in Polen hat ihrerseits diesen Mythos keineswegs geteilt oder gar gefördert.

Viele Polen sorgen sich wegen der deutschen Außenpolitik, die seit jeher und auch heute besonderen Beziehungen mit Russland aufzunehmen bemüht ist. Bei Deutschen nehmen sie eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber solchen Sorgen wahr. Es gibt offenbar die geheime Furcht vieler Polen, von manchen Deutschen in der Tradition des eingangs erwähnten demütigenden „Polenbildes“ des 19. Jahrhunderts immer noch irgendwie als kulturell unterlegen angesehen zu werden. Vielleicht hängt damit auch das Empfinden mancher Polen zusammen, sie seien

vielen Deutschen letztlich gleichgültig, man interessiere sich gar nicht recht für Polen. Schließlich scheinen manche Polen den sie nicht wenig irritierenden Eindruck zu haben, die Kirche in Deutschland habe zwar eine große Bewunderung für polnische Frömmigkeit, sehe diese aber doch als ein gutes Stück hinter den Aufbrüchen des II. Vatikanischen Konzils zurückgeblieben. Auf deutscher Seite – so meinen viele Polen – würden die enormen und offensichtlich erfolgreichen Anstrengungen der Kirche in Polen völlig übersehen, dem eindringenden Säkularismus zu widerstehen und an einer aus christlicher Tradition geformten Zivilgesellschaft zu bauen, indem „in tausenden Pfarrgemeinden sich zehntausende caritative, erzieherische, kulturelle und selbstverwaltende Initiativen entwickeln“, wie ein Religionssoziologe kürzlich festgestellt hat.

In welchen Fragen Deutsche sich von Polen unverstanden fühlen

Viele Deutsche, die Verständnis für das Entsetzen der Polen ob der durch Deutsche im letzten Weltkrieg begangene furchtbaren Untaten zeigen, verstehen dennoch nicht recht, warum umgekehrt die Polen sich ihrerseits so schwer tun, ihren Anteil bei der von den Siegermächten beschlossenen Vertreibung der Deutschen aus Polen einzugestehen. Man versteht in diesem Zusammenhang nicht recht die lange Zurückhaltung gegenüber den Vertriebenen, den diesen gegenüber immer wiederkehrenden Verdacht des „Revanchismus“ und die Beargwöhnung der Vertriebenenenseelsorge.

Viele Deutsche tun sich schwer mit der überraschend großen Unruhe und den Ängsten im polnischen Volk, wenn deutsche Vertriebenenverbände ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin errichten wollen. Nicht nur die Vertriebenenverbände fühlen sich missverstanden, wenn man in Polen befürchtet, man

wolle letztlich von den Untaten des nationalsozialistischen Deutschlands ablenken und sich vornehmlich in der Rolle des Opfers sehen. Es zeigt sich an diesem Punkt einmal mehr, wie schwer wir uns noch immer tun, vorhandene Ängste voreinander wahrzunehmen und einfühlsam mit ihnen umzugehen. Nicht einsichtig ist es gerade den engagierten Katholiken unter uns Deutschen, dass sich Polen so schwer taten, den für die Deutschen schwer verständlichen Umgang mit den sog. „*facultates specialissimae*“ offen zu erörtern, wie auch die Art und Weise des Umgangs mit den deutschen Bischöfen unmittelbar nach Kriegsende in den ehemals deutschen Gebieten zu besprechen. Manche Deutsche bedrückt das irgendwie spürbare Misstrauen mancher Polen, die Kirche in Deutschland, im „Land des Protestantismus“, sei, von diesem arg beeinflusst, „protestantisiert“, nicht „richtig katholisch“ und unsicher in seiner Treue zum Apostolischen Stuhl.

Schließlich fühlen sich manche bei uns missverstanden, wenn seitens polnischer Katholiken die Vermutung geäußert wird, die Kirche in Deutschland sei vom Säkularismus mehr als angekränkt und drohe ihre Kraft zu verlieren. Es mag ja an der einen oder anderen Wahrnehmung durchaus etwas dran sein. Aber sollte, müsste man unter Brüdern nicht noch intensiver darüber sprechen? Gerade dies gehört zum Geschenk der Versöhnung. Kardinal Döpfner hatte das in seinem Brief vom 15. Mai 1971 an Kardinal Wyszyński offensichtlich im Blick: „Entscheidend ist (für unsere beiden Völker), dass die Kenntnis voneinander verbessert wird und Vorurteile abgebaut werden; die katholische Kirche in der Bundesrepublik wird sich dieser Sorge besonders angelegen sein lassen.“ Versöhnung, die uns in Jesus Christus geschenkt, aber auch aufgetragen ist, meint ja: Die gestörte oder gar unterbrochene Beziehung soll geheilt, soll neu aufgenommen, es soll ein völlig neuer Anfang gemacht werden.

Ein neuer Anfang – Aufgaben der Zukunft

Versöhnung als neuer Anfang – Gott sei's gedankt – ist zwischen Deutschen und Polen doch wahrlich geschehen. Die Sprengkraft der Versöhnung hat längst begonnen uns zusammenzuführen und auch felsenharte Vorurteile und Stereotypen aufzubrechen, wenn auch der Weg gewiss noch beharrlich weitergehen muss. Das zweite „Gemeinsame Wort“ der polnischen und deutschen Bischöfe, das wir zum 40. Jahrestag des Briefwechsels von 1965 in dieser denkwürdigen Stunde unterzeichnen werden, gibt die Richtung unseres Weges in eine gemeinsame Zukunft unmissverständlich an. Es zielt in zwei Richtungen. Ich zitiere:

„Heute, da nach dem polnischen Papst ein Sohn des deutschen Volkes, Papst Benedikt XVI., Nachfolger des hl. Petrus ist, erfahren unsere beiden Völker in besonderer Weise, wie groß und tief die Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit sein können, wenn sie sich von dem Geiste Christi leiten lassen, dem Geist der Versöhnung und des Friedens. Diese Bande sollten besonders der Jugendseelsorge anempfohlen werden. Die Glaubenserfahrungen, die wir während des XX. Weltjugendtages in Köln erlebt haben, müssen zwischen jungen Polen und Deutschen weiter gepflegt werden. Daher regen die Bischöfe beider Länder besonders die Seelsorger und die Jugend dazu an, solche Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die der Aufrechterhaltung des Geistes der gegenseitigen Zuneigung und Freundschaft dienen.“ Möge dieser für unsere gemeinsame Zukunft so entscheidende Schritt, diese Stafetten-Weitergabe gelingen!

„Gemeinsam sind wir gefordert, unseren Kontinent im christlichen Sinne auch für die künftigen Generationen als Lebensort zu gestalten, der die unveräußerliche Würde und die wahre Freiheit der Menschen achtet und gewährleistet. Mit diesem

Einsatz für die Gestaltung Europas wollen wir auch zum Aufbau einer friedlichen Welt beitragen. Dazu gehört auch, dass Europa sich glaubwürdig um ein zukunftsfähiges Verhältnis zu den Ländern des Südens und Ostens einsetzt.“

In der Versöhnungsbotschaft der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und ihrer greifbaren Wirkungsgeschichte ist die ureigenste Aufgabe und Kraft der Kirche neu deutlich und wirksam geworden: die Botschaft der Versöhnung hier und heute zu bezeugen. *Sie* gilt es weiterzugeben – der kommenden Generation und dem ganzen Europa, wie es Papst Johannes Paul II. in seinem Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“ entfaltet hat. Immer wieder fordert er auf: „Du, Kirche in Europa!“ ... „Wenn also jemand in Christus ist“ schreibt Paulus der zerstrittenen Gemeinde in Korinth, „dann ist er eine neue Schöpfung: Das Alte ist vergangen, Neues ist geworden. Aber das alles kommt von Gott, der uns durch Christus mit sich versöhnt und uns den Dienst der Versöhnung aufgetragen hat“ (2 Kor 5.18 f.).

19. September 2005

„Der historische Kontext und die Bedeutung der Gemeinsamen Erklärung der Polnischen und Deutschen Bischofskonferenzen“

*Vortrag von Erzbischof Henryk Muszyński in Breslau
(24. September 2005)*

Auch wenn der Brief der polnischen Bischöfe und die Antwort darauf seitens der deutschen Bischöfe sowie die bereits früher veröffentlichte Ostdenkschrift der EKD im Jahr 1965 nicht den Durchbruch bedeuten, gibt er den gegenseitigen Beziehungen unserer Kirchen und Völker zumindest eine neue Richtung. Die Worte: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ drücken eine Geste von weit reichender, ja geradezu prophetischer Bedeutung aus.

Die Versöhnungsgeste und die Vergebungsbitte seitens der polnischen Bischöfe waren inspiriert durch den Geist des II Vatikanischen Konzils und die Vorbereitung der Feierlichkeiten zum Millennium der Taufe Polens im Jahr 1966. Sie ermöglichte den schwierigen Prozess der Annäherung, der Versöhnung, der heute durch weit reichende und gemeinsame Aktivitäten der Brüderlichkeit beider Völker Früchte trägt. Die Antwort und das Ergreifen der ausgestreckten Hände seitens der deutschen Bischöfe waren der Beginn eines gegenseitigen Dialogs, der bis zum heutigen Tag andauert und sich weiterentwickelt. Um die Aussagekraft und Bedeutung dieser symbolischen Geste der polnischen Bischöfe zu verstehen, muss man sich den historischen und psychologischen Kontext jener Ereignisse bewusst machen. Das Konzil bewertete durch seine einzigartige Atmosphäre der Kommunion und der Kollegialität der Bischöfe

die Vergangenheit und gab der Zukunft der Kirche auf der ganzen Welt die Richtung an. Es wies auf die Autonomie von weltlicher und geistlicher Macht hin, rief zur Achtung der Religionsfreiheit auf, zeigte Wege der Annäherung und Versöhnung auf. Es errichtete Brücken zwischen Religionen und Völkern, wies auf die einzigartigen Relationen hin, die uns mit dem Judentum verbinden und proklamierte die Motive der evangelischen Hoffnung für die Zukunft.

Die polnischen Bischöfe waren sich dessen bewusst, dass keine Rede davon sein konnte, sich diesem Prozess auf würdige und glaubwürdige Weise anzuschließen, ohne während der Millenniumsfeier der Taufe Polens – auf die sie sich vorbereiteten – eine ausdrucksstarke Geste der Versöhnung gegenüber den Deutschen zu vollbringen, mit denen uns jahrhundertlange Beziehungen verbinden, die durch den Krieg abgebrochen waren. Zur Versöhnung trieb uns auch das gemeinsame christliche Erbe beider Völker an, die gemeinsam Christus durch seinen Frieden und seine Versöhnung bekennen. Man kann nicht glauben, dass Christus die Mauern der Feindschaft in den Herzen der Menschen niedergerissen und alle mit dem Vater versöhnt habe und gleichzeitig Gefühle der Ablehnung oder gar der Feindschaft nähren.

Der furchtbare Krieg, dessen noch nicht vernarbten Wunden in den Herzen der Menschen, welche auf beiden Seiten der Front gekämpft hatten, klafften, lag gerade erst 20 Jahre zurück. Polen war daraufhin weder souverän noch frei, Deutschland geteilt und zerschlagen. Das Bewusstsein des vom Nationalsozialismus an den Polen verübten Unrechts und Verbrechens war sehr lebendig. Viele lebten voller furchtbarer Erinnerungen an die Zeit des Krieges, voller Unsicherheit und Zukunftsangst. Die Westgrenze Polens an Oder und Neiße war nicht anerkannt und umstritten. Die Kommunisten, die in Polen die an der Macht wa-

ren, schürten diese Gefühle, indem sie den „deutschen Revisionismus“ zu einem der Hauptelemente ihrer Politik machten.

Auf den anderen Seite der Oder machten die Vertriebenenverbände lauthals ihre Ansprüche auf die verlorenen Gebiete geltend, während die aus den Ostgebieten Vorkriegspolens vertriebenen Polen weder über ihr Unrecht noch über ihr Schicksal sprechen konnten, da dies im Widerspruch zum Bund mit der Sowjetunion, ja gar zur Staatsraison stand. Die im Osten außerhalb der früheren Grenze wohnenden Polen wurden wegen ihrer Nationalität schikaniert und mussten dies verheimlichen.

In dieser Situation waren die Worte „wir vergeben und bitten um Vergebung“ für viele eine Überraschung und klang unglaublich. Vielen fragten verwundert: Wofür sollen wir uns entschuldigen? Sie hielten sowohl ihr eigenes Schicksal, das erfahrene Unrecht, wie auch die Umsiedlung der Deutschen für eine ungerechte, aber unvermeidliche Kriegsfolge, welcher sie ohnmächtig gegenüberstanden.

Wenn wir aus heutiger Perspektive, 40 Jahre später, die damaligen Ereignisse bewerten, so haben sie nicht an Bedeutung verloren, sondern – im Gegenteil – gewonnen. Jan Józef Lipski hielt diese Geste sogar für das weitest reichende Ereignis der Nachkriegsgeschichte Polens.

Seitens der Gegner der Annäherung und Versöhnung, insbesondere seitens der kommunistischen Regierung Polens, rief der Brief der Bischöfe eine gewaltige antikirchliche Kampagne, wenn nicht gar Hysterie hervor und führte zur völligen Blockade der deutsch-polnischen Kontakte, die bis zum Jahr 1972 dauerte. Den polnischen Bischöfen wurde sogar Verrat am eigenen Volk vorgeworfen. Nicht nur den deutschen Bischöfen, sondern auch Papst Paul VI wurde die Teilnahme an den Millenniumsfeierlichkeiten der Taufe Polens verweigert, die am 3. Mai 1966 in Częstochowa [Tschenstochau] stattfanden. Auch

Primas Stefan Kardinal Wyszyński war in ähnlicher Weise davon betroffen, als er zur Teilnahme an den Millenniumsfeierlichkeiten in Rom keinen Pass erhielt. Die Gläubigen fragten sich, als sie den leeren mit Blumen geschmückten päpstlichen Thron auf den Mauern der Jasna Góra [des Hellen Berges] sahen: War eine dermaßen weitgehende Bereitschaft zur Vergebung gegenüber den Deutschen richtig gewesen? Und selbst wenn, war dies der richtige Moment, um die Worte „wir vergeben und bitten um Vergebung“ auszusprechen? Dabei muss man die Tatsache berücksichtigen, dass die überwiegende Mehrheit der Gläubigen, außer den oben zitierten Worten und dem offiziellen Inhalt der kommunistischen Propaganda, den wirklichen Inhalt des Briefes der Bischöfe nicht kannte.

Das polnische Volk antwortete jedoch aufgerufen durch Stefan Kardinal Wyszyński: „wir vergeben“, akzeptierte auf diese Weise die Geste der Bischofskonferenz und machte den Annäherungsprozess unumkehrbar.

Die deutschen Bischöfe gingen auf den Inhalt des Briefes vom 18. November 1965 in der Erklärung vom 5. Dezember 1965 ein. Auch wenn diese Antwort die Autoren der polnischen Erklärung nicht völlig zufrieden stellte, so stellten diese klar und deutlich fest: „die polnischen Bischöfe halten die Antwort der deutschen Hirten für positiv, da sie im selben Geist des evangelischen Friedens und der Konzilsökumene gehalten ist, in der die Erklärung der polnischen Bischöfe geschrieben wurde.“

Auf den ersten Briefwechsel der beiden Bischofskonferenzen folgten weitere Äußerungen und Erklärungen sowohl seitens der Bischöfe wie auch der deutschen katholischen Laien: zunächst am 3. März 1966 und anschließend während des Katholikentags Mitte Juli 1966. Für Normalisierung, Annäherung und Versöhnung spricht sich das Memorandum des Bensberger Kreises im März 1968 aus. Unter dessen 160 bedeutenden ka-

tholischen Unterzeichnern finden sich u. a. Joseph Ratzinger und Karl Rahner.

Ausdruck der fortschreitenden Normalisierung auf politischer Ebene war zunächst das Abkommen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland in Sachen: Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen aus dem Jahr 1972. Dieser ermöglichte die Errichtung einer selbständigen polnischen Verwaltung der katholischen Kirche in den westlichen und nördlichen Landesteilen.

Diese Tatsache wirkte sich positiv auf die Belebung der Kontakte zwischen der Hierarchie beider Kirchen aus: im Jahr 1973 besuchte Julius Kardinal Döpfner Primas Stefan Wyszyński in Gniezno (Gnesen), während 1977 dasselbe auch der darauf folgende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Höffner tat. Diese Besuche erwiderten hochrangige Vertreter der Polnischen Bischofskonferenz unter der Leitung von Karol Kardinal Wojtyła durch ihre Visite in Deutschland vom 20. bis 25. September 1978. Aus diesem Anlass sagte Stefan Kardinal Wyszyński am 20. September 1978 im Kölner Dom u. a.: „Europa muss von Neuem erkennen, dass es das neue Bethlehem für die Welt und die Völker ist ... es kann nicht Marktplatz oder Rüstungsfabrik sein, es muss seine christlichen Wurzeln erneuern und zu einem Ort des Friedens werden.“

In der Folge dieses Besuchs entstand schon 1978 die gemeinsame Kontaktgruppe beider Bischofskonferenzen mit Bischof Franz Hengsbach und Erzbischof Jerzy Stroba zur Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten, die für beide Seiten von Interesse sind. Die gegenseitigen Beziehungen auf der Ebene beider Bischofskonferenzen wurden anschließend unter dem Vorsitz von Josef Kardinal Glemp und Karl Kardinal Lehmann fortgesetzt.

Im Jahr 1994 änderte sich die Zusammensetzung der Kontaktgruppe. Auf deutscher Seite führten sie in der folgenden Reihenfolge an: Walter Kardinal Kasper, Bischof Homeyer und heute Bischof Kamphaus. Mitvorsitzender auf polnischer Seite ist seit Beginn Erzbischof Henryk Muszyński. Die Kontaktgruppe beschäftigt sich mit allen gemeinsamen Problemen auf dem Gebiet der gegenseitigen Beziehungen. Ergebnisse ihrer Arbeit sind unter anderen: die „Richtlinien für die polnischsprachige Seelsorge in Deutschland.“ Zugleich wurden auch verschiedene Formen der Seelsorge für die Deutschen in Polen besprochen. Frucht der gemeinsamen Anstrengungen ist auch die Rückgabe der polnischen Kirchenbücher, die sich in der Folge des Krieges in Deutschland befanden, wie auch die Rehabilitation der polnischen Bischöfe Goral aus Lublin und Fulman aus Włocławek, die durch rechtskräftige Urteile deutscher Gerichte verurteilt worden waren.

Der Brief von 1965 fand seine Fortsetzung. Am 13. November 1995 anlässlich des dreißigsten Jahrestages des Briefwechsels von 1965 und 50. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkriegs wurde das „gemeinsame Wort der polnischen und der deutschen Bischöfe“ herausgegeben. Dabei handelt es sich nicht nur um den ersten gemeinsamen Brief der polnischen und der deutschen Bischofskonferenzen, sondern ist überhaupt das bisher einzige derartige gemeinsame Dokument zweier Bischofskonferenzen in Europa. Wir lesen darin: „Die Geste der Versöhnung, der fortgesetzte Dialog und der Aufbau der Brüderlichkeit dienen auch dem Frieden zwischen unseren beiden Völkern. Die Versöhnungsgeste des polnischen Episkopats gegenüber den Deutschen hat eine gewaltige Verleumdungskampagne gegen die Kirche seitens der kommunistischen Regierung ausgelöst. Dies hat jedoch den Prozess fortschreitender Versöhnung, des Dialogs und des Aufbaus der Brüderlichkeit nicht verhindern können. Der Briefwechsel von 1965 wurde so zum

Beginn eines gemeinsamen Weges, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat.“ (Pkt. 3.)

Dieser Brief wurde herausgegeben in einer Zeit der Spannungen, die dem Beitritt Polens zur Europäischen Union vorausgegangen waren. Daher ist nicht die Vergangenheit, sondern sind das gemeinsame christliche Zeugnis und die Bestimmung des Ortes und der Rolle der Kirche in der neuen europäischen Realität dessen Hauptthemen. Seitens der Polnischen Bischofskonferenz handelt es sich um das erste eindeutige Wort, das den fortschreitenden europäischen Integrationsprozess unterstützt, die geistlichen und ethischen Fundamente dieser Einheit bestimmt und die Herausforderungen aufzeigt, vor denen unsere Kirchen und Völker stehen. Dieses Dokument enthält – nach Ansicht von Bischof Josef Homeyer – quasi das gemeinsame Programm der Gestaltung des zukünftigen Europas auf der Basis des christlichen Zeugnisses. Das Jahr 1995 ist so etwas wie der Beginn einer neuen Ära in unseren Beziehungen. Dabei geht es um das entschiedene gemeinsame Handeln für das zukünftige Europa. Das gemeinsame Wort erinnert auch daran, dass noch wichtige nicht vollständig überwundene Probleme unserer Vergangenheit bestehen, die wir konsequent lösen sollten.

Eines dieser schmerzlichen Probleme ist das tragische Erbe der meisten von den Nazis auf polnischem Gebiet errichteten und sich bis heute dort befindenden Todes- und Konzentrationslager. Sie prägen das Bild Polens als das Land der Konzentrationslager und der Polen als der Vollstrecker der Shoah. Dies kommt zum Ausdruck in der wörtlichen Formel: „polish concentration camp“. Selbst die Proteste der polnischen diplomatischen Vertretungen vermögen nicht, diese – wie manche es nennen – historische Ungenauigkeit richtig zu stellen. Dies ist die tragischste und schmerzlichste Hinterlassenschaft des II. Welt-

krieges auf polnischem Boden, die wir ohne die Unterstützung der deutschen Kirche nicht zu lösen vermögen, da wir für viele nicht glaubwürdig sind. Diesmal muss die Versöhnung trilateralen Charakter haben, die Polen können nicht Subjekt oder Partei der Versöhnung für die Verbrechen der deutschen Nazis sein.

Unabhängig jedoch von den oben angesprochenen Schwierigkeiten, ist der Prozess der Verganzheitlichung Europas und der europäischen Integration, auch unter der aktiven Teilnahme der polnischen Bischöfe immer weiter fortgeschritten. Ausdruck der Mitverantwortung der polnischen Bischöfe für das geistliche Antlitz des heutigen und zukünftigen Europas war der Besuch der polnischen Bischöfe in Brüssel und seit 1999 die Teilnahme eines Vertreters der Polnischen Bischofskonferenz in der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE), zunächst als assoziiertes und seit 2004 als ständiges Mitglied, deren Vorsitz von Beginn an Bischof Josef Homeyer aus Hildesheim innehat, der sich für die europäische Sache ungeheuer verdient gemacht hat.

Der Zusammenbruch des Kommunismus und der Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004, sowie die Wiedervereinigung Deutschlands, bilden eine neue Etappe in der Geschichte der katholischen Kirche und der kirchlichen Gemeinschaften unserer Völker. Zugleich aber bringt dies neue Herausforderungen mit sich und stellt unsere Kirchen im Herzen Europas, an der Schnittstelle zwischen Ost und West vor neue Aufgaben.

Als Glieder einer Kirche, die gemeinsam Christus als ihren Frieden und ihre Versöhnung (vgl. *Eph* 2,14–18) bekennt, tragen wir angesichts des fortschreitenden Laizisierungsprozesses gemeinsam die Last der Verantwortung für die Gestalt der christlichen Hoffnung in einem pluralistischen Europa. Die neueste Erklärung beider Bischofskonferenzen, deren Verkün-

digung wir Zeugen sind, ist Ausdruck der gemeinsamen Sorge und Verantwortung für das christliche Antlitz des heutigen und zukünftigen Europas. Die Bischöfe sehnen sich in der gegenwärtigen Geschichtsetappe danach, nicht nur die Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1965 anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes, oder des zehnjährigen Jubiläums der ersten gemeinsamen Erklärung der Bischofskonferenzen Polens und Deutschlands aus dem Jahre 1995 zu festigen, sondern vor allem in Gemeinschaft mit den deutschen Bischöfen, das heutige und zukünftige geistige Antlitz Europas und der Europäischen Union mitzugestalten, deren vollberechtigtes Mitglied Polen geworden ist.

Die Bischöfe erkennen in der oben zitierten Erklärung das große Werk ihrer Vorgänger beider Bischofskonferenzen als entscheidenden Schritt eines Neuanfangs in den gegenseitigen Beziehungen zwischen unseren Völkern an.

Andererseits beobachten die Bischöfe zugleich mit Sorge dass die Erinnerung an die dunklen Augenblicke unserer Geschichte nicht nur den Geist der Versöhnung hervorbringt, sondern auch zum Aufreißen noch unvernarbter Wunden führt und den Geist der Aufrechnung des Unrechts wiederbelebt. Manche Vertreter der politischen Szene und des öffentlichen Lebens kratzen leichtfertig die immer noch schmerzenden Wunden der Vergangenheit unserer Völker wieder auf. Zur Überwindung der schmerzlichen Vergangenheit ist es notwendig, die ganze historische Wahrheit kennen zu lernen, welche nicht verschönert, nichts übergeht, die nichts verschweigt und keine einseitige Wiedergutmachung des Unrechts verlangt.

Der Prozess der Versöhnung und Annäherung unserer Völker dauert an und kommt voran. Wir sind Nutznießer dieses fortschreitenden Versöhnungsprozesses und sammeln die Früchte dieser mutigen Geste, von der noch vor einigen Jahrzehnten

niemand auch nur zu träumen wagte. Wie wir voller Staunen auf die Umarmung der Versöhnung zwischen Kanzler Helmut Kohl und Premierminister Tadeusz Mazowiecki im Jahr 1989 schauten, so nahmen wir voller Freude und Dankbarkeit gemeinsam mit den Deutschen an der symbolischen Geste Johannes Paul II teil, wie er im wiedervereinigten Berlin und im freien Polen gemeinsam mit Kanzler Helmut Kohl durch das Brandenburger Tor schritt.

Heute führen polnische und deutsche Soldaten, deren Großväter und Väter an allen Fronten gegeneinander gekämpft haben, nicht nur gemeinsame Manöver durch, sondern pilgern auch gemeinsam nach Częstochowa [Tschenstochau] (und nicht nur).

Voller Freude und Hoffnung schauen wir auf die Jugend, die bei vielen Begegnungen und bei den Weltjugendtagen gemeinsam betet.

Gewaltsam vertriebene Deutsche kehren in ihre Heimat zurück, die sie vor 60 Jahren verlassen mussten und erfreuen sich immer öfter aufrichtiger Gastfreundschaft der neuen Besitzer, und der Deutsche Papst begrüßt in polnischer Sprache die Pilger aus Polen, die aus allen entlegenen Teilen der Welt nach Rom kommen.

Polen aus Lwów [Lemberg] und Wilno [Vilnius] (jedoch noch nicht aus Grodno und Mińsk und vielen anderen Städten im Osten) können sich zu ihrer Nationalität bekennen und offen über ihre schmerzlichen Erfahrungen sprechen. Die wenigen noch lebenden Kriegsveteranen aller Fronten können in ihren Uniformen auftreten und sich Auszeichnungen anstecken, die ausdrucksstark vom Preis ihrer Opfer und unserer Freiheit zeugen.

Ausdruck der gemeinsamen Sorge um den Fortgang dieses Prozesses ist der übereinstimmende Standpunkt der Bischöfe beider Bischofskonferenzen in Sachen Zentrum gegen Vertreibung in

Berlin. Georg Kardinal Sterzinsky sprach sich deutlich gegen eine solche Initiative aus, solange diese nicht als Zeichen der Versöhnung von allen interessierten Seiten akzeptiert wird. Beim VI. Gnesener Treffen, am 18. September 2005 sprach sich Bischof Wolfgang Huber, Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin und Brandenburg und zugleich Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ebenfalls im selben Geist aus. Auf eindeutige, keinen Zweifel aufkommen lassende Weise äußerte sich ebenfalls Karl Kardinal Lehmann, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz am 21. September 2005 gegen eine einseitige, die Umsiedlung anderer Völker übergehende Prägung der Erinnerung.

Es ist kaum zu übersehen, dass wir bereits heute weit reichende Früchte der Versöhnung erfahren, welche durch die mutige Geste der polnischen Bischöfe im Jahr 1965 initiiert und ebenfalls durch vielfältiges Leid erkaufte wurde.

Heute, wo dem Polnischen Papst auf dem Stuhl des Heiligen Petrus Benedikt XVI als Sohn des Deutschen Volkes gefolgt ist, erfahren beide Völker gemeinsam, wie großartig und fruchtbringend das Wirken des Heiligen Geistes in unseren Tagen ist. Gleichzeitig richte ich an die Menschen unserer Zeit und zukünftiger Generationen die ständig aktuelle Botschaft der Versöhnung und Hoffnung: „Nachdrücklich mahnen wir: – so heißt es in der Erklärung – Deutsche und Polen dürfen ihre Geistigen und materiellen Kräfte niemals wieder gegeneinander richten; sie sind aufgerufen, sie zum Wohle aller in das zusammenwachsende Europa einzubringen und dessen christliche Identität zu stärken.“

Diese Aufgabe wird uns nur zu erfüllen gelingen, wenn Deutsche und Polen verstehen werden, dass in der gemeinsamen Geschichte beider Völker zugleich viel Gutes liegt, dass sie verbindet. Nur, wenn wir uns zur vollen Wahrheit bekennen und

zugleich dem Geist des einander Unrecht Aufrechnens abschwören, entgehen wir der einseitigen Sicht der eigenen Geschichte und bahnen der Gegenwart einen Weg in eine Zukunft der fruchtbaren Zusammenarbeit.

Teil 4 Wichtige Impulse der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI.

Apostolisches Schreiben von Papst Johannes Paul II. zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges (1. September 1989)

An meine Brüder im Bischofsamt,
an die Priester und die Ordensfamilien,
an die Söhne und Töchter der Kirche,
an die Regierungen,
an alle Menschen guten Willens

Die Stunde der Dunkelheit

1. „Du hast mich ins tiefe Grab gebracht, tief hinab in finstere Nacht“ (*Ps* 88,7). Wie viele Male hat dieser Aufschrei des Leids sich nicht aus den Herzen von Millionen von Frauen und Männern erheben müssen, die vom 1. September 1939 bis zum Ende des Sommers 1945 von einer der zerstörerischsten und unmenschlichsten Tragödien unserer Geschichte heimgesucht worden sind!

Während Europa noch unter dem Schock der Gewaltakte stand, die durch das Reich verübt worden waren und zum Anschluss von Österreich, zur Zerstückelung der Tsche-

chslowakei und zur Eroberung von Albanien geführt hatten, sah Polen sich am ersten Tag des Monats September 1939 vom Westen durch den Einmarsch der deutschen Truppen überfallen und am 17. desselben Monats vom Osten durch den der Roten Armee. Die Vernichtung des polnischen Heeres und das Martyrium eines ganzen Volkes sollten leider nur das Vorspiel für das Schicksal werden, das bald zahlreichen europäischen Völkern und in der Folge vielen anderen im größten Teil der fünf Kontinente zuteil werden würde.

Seit 1940 besetzten die Deutschen nämlich Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und die Hälfte von Frankreich. Während dieser Zeit annektierte die Sowjetunion, nachdem sie sich schon durch einen Teil von Polen vergrößert hatte, Estland, Lettland und Litauen und nahm von Rumänien Bessarabien und gewisse Territorien von Finnland in Besitz.

Dann begannen *der Krieg und die menschlichen Dramen*, die ihn unerbittlich begleiten, wie ein um sich greifendes zerstörerisches Feuer schnell *die Grenzen des „alten Kontinents“ zu überschreiten, um „weltweit“ zu werden*. Einerseits trugen Deutschland und Italien die Kämpfe über den Balkan hinaus und in das an das Mittelmeer angrenzende Afrika, andererseits marschierten die deutschen Truppen in Russland ein. Schließlich stürzten die Japaner durch die Zerstörung von Pearl Harbour die Vereinigten Staaten in den Krieg an der Seite von England. Das Jahr 1941 ging zu Ende.

Man musste bis 1943 warten, bis mit dem Erfolg der russischen Gegenoffensive, die die Stadt Stalingrad aus der deutschen Umklammerung befreite, eine Wende in der Geschichte des Krieges eintrat. Den alliierten Mäch-

ten einerseits und den sowjetischen Truppen andererseits gelang es schließlich um den Preis erbitterter Kämpfe, die von Ägypten bis Moskau Millionen von schutzlosen Menschen unter der Zivilbevölkerung unsagbares Leid zufügten, Deutschland zu besiegen. Am 8. Mai 1945 bot dieses seine bedingungslose Kapitulation an.

Aber der Kampf ging weiter im Pazifik. Um seine Beendigung zu beschleunigen, wurden am Beginn des Monats August desselben Jahres zwei Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki geworfen. Am folgenden Tag nach diesem entsetzlichen Geschehen präsentierte auch Japan seinerseits sein Kapitulationsgesuch. Es war der 10. August 1945. Kein anderer Krieg hat so sehr den Namen „Weltkrieg“ verdient. *Er war auch ein totaler Krieg.* Denn man darf nicht vergessen, dass sich zu den Kriegshandlungen zu Lande auch Luftkämpfe und Seeschlachten auf allen Weltmeeren hinzugesellten. Ganze Städte wurden das Opfer schonungsloser Zerstörung, die die verstörte Bevölkerung in Furcht und Elend stürzte. Rom selbst wurde bedroht. Die Intervention von Papst Pius XII. verhinderte es, dass die Stadt zum Kampfplatz wurde.

Dies ist das düstere Bild der Ereignisse, deren wir heute gedenken. Sie verursachten den Tod von fünfundfünfzig Millionen Menschen, hinterließen die Sieger gespalten und ein Europa, das wieder neu aufgebaut werden musste.

Sich erinnern

2. Fünfzig Jahre danach *haben wir die Pflicht*, uns vor Gott dieser dramatischen Tatsachen *zu erinnern*, um die Toten zu ehren und all denen unsere Anteilnahme zu bekunden,

die diese Flut der Grausamkeit in ihren Herzen und Körpern verwundet hat, indem wir zugleich die Beleidigungen verzeihen.

In meiner pastoralen Sorge für die ganze Kirche und besorgt um das Wohl der ganzen Menschheit, konnte ich diesen Jahrestag nicht verstreichen lassen, ohne die Brüder im Bischofsamt, die Priester und die Gläubigen sowie alle Menschen guten Willens dazu einzuladen, über den Prozess nachzudenken, der diesen Konflikt bis an den Abgrund der Unmenschlichkeit und der Trostlosigkeit geführt hat.

Wir haben nämlich die *Pflicht, aus dieser Vergangenheit eine Lehre zu ziehen*, auf dass sich das Bündel der Ursachen nie wiederholen kann, die imstande wären, einen ähnlichen Weltbrand neu zu entfachen.

Wir wissen es inzwischen aus Erfahrung, dass die willkürliche Teilung von Nationen, die zwangsweise Umsiedlung von Volksgruppen, die unbegrenzte Wiederaufrüstung, der unkontrollierte Gebrauch hoch technisierter Waffen, die Verletzung der Grundrechte der Personen und Völker, die Nichtbeachtung der internationalen Verhaltensregeln sowie die Auferlegung von totalitären Ideologien nur zum Ruin der Menschheit führen können.

Initiativen des Heiligen Stuhles

3. Vom Beginn seines Pontifikates an, am 2. März 1939, hat es Papst Pius XII. nicht unterlassen, *zum Frieden aufzurufen*, den alle übereinstimmend als ernsthaft gefährdet betrachteten. Einige Tage vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten, am 24. August 1939, hat er warnende Worte gesprochen, deren Echo noch widerhallt: „Wiederum schlägt

eine schwere Stunde für die große Menschheitsfamilie. Die Gefahr ist imminently, aber es ist noch Zeit. Nichts ist verloren mit dem Frieden. Alles kann verloren sein mit dem Krieg.“²⁷

Leider ist die Warnung dieses großen Papstes nicht gehört worden, und das Unglück ist eingetreten. Nachdem der Heilige Stuhl nicht dazu beitragen konnte, den Krieg zu verhindern, hat er sich – im Rahmen seiner Möglichkeiten – darum bemüht, *seine Ausdehnung einzuschränken*. Der Papst und seine Mitarbeiter haben sich sowohl auf diplomatischer Ebene wie auch im humanitären Bereich unermüdlich dafür eingesetzt, ohne sich dazu verleiten zu lassen, im Konflikt Partei zu ergreifen, der Völker verschiedener Ideologien und Religionen entzweite. Bei diesen Bemühungen trugen sie auch dafür Sorge, dass die Lage der Völker, die außergewöhnlichen Prüfungen ausgesetzt waren, nicht erschwert und ihre Sicherheit nicht beeinträchtigt wurden. Hören wir noch einmal Papst Pius XII., als er zu dem, was sich in Polen ereignete, sagte: „Wir müssten feurige Worte gegen solche Geschehnisse sagen; der einzige Grund, der uns davon abrät, ist das Wissen darum, dass, wenn wir reden, wir die Lage jener Unglücklichen noch schwerer machen würden“.²⁸

Einige Monate nach der Konferenz von Jalta (1.–11. Februar 1945), als der Krieg in Europa gerade beendet war, hat derselbe Papst in seiner Ansprache an das Kardinalskollegium am 2. Juni 1945 es nicht unterlassen, *seine Aufmerksamkeit auf die Zukunft der Welt zu richten und den Sieg des Rechtes zu fordern*: „Die Nationen, besonders die kleinen und die von mittlerer Größe,

²⁷ Radiobotschaft vom 24. August 1939: *AAS*, 31 (1939), S. 334.

²⁸ *Actes et Documents du Saint-Siège relatifs à la seconde guerre mondiale*, Libreria editrice Vaticana, 1970, Vol. 1, S. 455.

verlangen, dass es ihnen gestattet wird, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen. Sie können dazu bewogen werden, nach ihrem freien Ermessen und im Interesse des gemeinsamen Fortschritts Verpflichtungen zu übernehmen, die ihre souveränen Rechte beeinträchtigen. Nachdem sie aber zur Vernichtung des Systems brutaler Gewalt ihren Teil, ihren großen Teil an Opfern beigetragen haben, haben sie das Recht, es nicht zu dulden, dass ihnen ein neues politisches oder kulturelles System aufgezwungen wird, das die große Mehrheit ihrer Bevölkerung entschieden ablehnt ... Im Grunde ihres Gewissens fühlen die Völker, dass ihre politischen Führer sich in Misskredit bringen, wenn sie dem Wahnsinn einer Vorherrschaft der Gewalt nicht den Sieg des Rechtes folgen lassen“.²⁹

Der verachtete Mensch

4. Dieser „Sieg des Rechtes“ bleibt die beste Garantie für die Achtung der Personen. Wenn man auf die Geschichte dieser sechs furchtbaren Jahre zurückschaut, kann man nur zu Recht bestürzt sein über *die Verachtung, der der Mensch ausgesetzt war*.

Zu den materiellen Ruinen, zur Vernichtung der wirtschaftlichen und industriellen Grundlagen der durch die Kämpfe und Zerstörungen verwüsteten Länder – eine Zerstörung, die bis zum nuklearen Holocaust von zwei japanischen Städten gegangen ist – haben sich *Massaker und Elend* hinzugesellt. Ich denke besonders an das grausame Schicksal, das den Völkern im weiten Raum des Ostens zugefügt worden ist. Ich selbst bin erschütterter Zeuge dessen gewesen an der Seite des Erzbischofs von Krakau,

²⁹ AAS, 37 (1945), S.166.

Msgr. Adam Stefan Sapieha. Die inhumanen Zwangsmaßnahmen der jeweiligen Besatzungsmacht haben auf brutale Weise die Gegner und die verdächtigen Personen getroffen, während die Frauen, Kinder und die alten Leute ständigen Demütigungen unterworfen waren.

Auch kann man das Drama nicht vergessen, das durch die *gewaltsame Umsiedlung* von Volksgruppen verursacht worden ist, die auf die Straßen Europas geworfen wurden, allen Gefahren ausgesetzt und auf der Suche nach einer Unterkunft und nach Lebensmitteln.

Eine besondere Erwähnung gebührt sodann noch den *Kriegsgefangenen*, die in der Isolierung, in Entbehrung und Demütigung ebenfalls nach der Härte der Kämpfe einen weiteren schweren Tribut gezahlt haben.

Schließlich muss noch daran erinnert werden, dass die Bildung von *Regierungen*, die durch die Besatzungsmacht in den Staaten Zentral- und Osteuropas *aufgezwungen worden sind*, von repressiven Maßnahmen und sogar von einer Vielzahl von Hinrichtungen begleitet worden ist, um die sich auflehrende Bevölkerung zu unterwerfen.

Die Verfolgung gegen die Juden

5. Unter all diesen unmenschlichen Maßnahmen gibt es aber eine, die für immer eine Schande für die Menschheit bleiben wird: *die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat.*

Für die „Endlösung“ bestimmt, die von einer irrsinnigen Ideologie ausgedacht worden war, sind die Juden kaum zu beschreibenden Entbehrungen und Grausamkeiten unterworfen worden. Zuerst verfolgt durch unterdrückende

oder diskriminierende Maßnahmen, endeten sie schließlich zu Millionen in den Vernichtungslagern.

Die Juden in Polen haben mehr als andere diese Kalvarienstunde erlebt: Die Bilder von der Belagerung des Ghettos in Warschau wie auch das, was man über die Lager von Auschwitz, Majdanek oder Treblinka gehört hat, übersteigen an Entsetzen das menschliche Fassungsvermögen.

Es muss ferner daran erinnert werden, dass dieser mörderische Wahnsinn sich auch gegen viele andere Gruppen gerichtet hat, die nur den Fehler hatten, „verschieden“ zu sein, oder die sich gegen die Tyrannei der Besatzungsmacht zur Wehr gesetzt haben. Aus Anlass dieses schmerzvollen Jahrestages richte ich mich noch einmal an alle Menschen. Ich lade sie ein, ihre Vorurteile zu überwinden und *gegen alle Formen des Rassismus anzukämpfen*, indem man bereit ist, in jedem Menschen die fundamentale Würde und das Gute in ihm anzuerkennen sowie sich immer mehr dessen bewusst zu werden, dass alle zu einer einzigen Menschheitsfamilie gehören, die von Gott gewollt und zusammengeführt worden ist.

Ich möchte hier mit Nachdruck wiederholen, dass die Feindschaft oder der Hass gegen das Judentum im vollkommenen Gegensatz zu der christlichen Sicht von der Würde des Menschen stehen.

Die Prüfungen der katholischen Kirche

6. Das Neuheidentum und die Systeme, die mit ihm verbunden waren, wüteten gewiss gegen die Juden, sie richteten sich aber gleichermaßen gegen das Christentum, dessen Lehre die Seele Europas geformt hat. Durch die Verfol-

gung des Volkes, „dem Christus dem Fleisch nach entstammte“ (Röm 9,5), ist die evangelische Botschaft von der gleichen Würde aller Kinder Gottes verhöhnt worden.

Mein Vorgänger Papst Pius XI. hat klar gesehen, als er in seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge“ erklärte: „Wer immer die Rasse oder das Volk, den Staat oder eine seiner bestimmenden Formen, die Machthaber oder andere grundlegende Elemente der menschlichen Gesellschaft zum höchsten Maßstab von allem macht, auch der religiösen Werte, und sie durch einen Götzenkult vergöttlicht, der pervertiert und verfälscht die Ordnung der Dinge, die von Gott geschaffen und gewollt ist“.³⁰

Diese Anmaßung der Ideologie des nationalsozialistischen Systems hat auch die Kirchen nicht verschont, die *katholische Kirche* im Besonderen, die vor und während des Konfliktes *ebenfalls das Leiden kennen gelernt* hat. Ihr Schicksal ist gewiss auch nicht besser gewesen in den Gegenden, wo die marxistische Ideologie des dialektischen Materialismus sich gewaltsam durchgesetzt hat.

Dennoch müssen wir Gott danken für die zahlreichen Zeugen, bekannte und unbekante, die in jenen Stunden der Prüfung den Mut gehabt haben, unerschrocken ihren Glauben zu bekennen, die es verstanden haben, sich gegen die atheistische Willkür zu erheben, und die sich vor der Gewalt nicht gebeugt haben.

³⁰ 14. März 1937: *AAS*, 29 (1937), S.149 und S.171.

Totalitarismus und Religion

7. Denn im Grunde haben das nationalsozialistische Heidentum wie das marxistische Dogma dies gemeinsam, dass *sie totalitäre Ideologien sind und dazu neigen, Ersatzreligionen zu werden.*

Schon lange vor dem Jahre 1939 zeigte sich in gewissen Bereichen der europäischen Kultur der Wille, Gott und sein Bild aus dem Horizont des Menschen zu entfernen. Man begann, die Kinder vom jüngsten Alter an in diesem Sinne zu indoktrinieren.

Die Erfahrung hat den traurigen Beweis erbracht, dass der Mensch, welcher allein der Macht des Menschen ausgeliefert und in seiner religiösen Sehnsucht verstümmelt ist, sehr schnell zu einer Nummer oder einem bloßen Objekt wird. Im Übrigen hat noch kein Zeitalter die Gefahr vermeiden können, dass sich der Mensch in einer Haltung stolzer Selbstgenügsamkeit in sich selbst verschloss. Diese Gefahr aber hat sich in diesem Jahrhundert in dem Maße verschärft, wie Waffengewalt, Wissenschaft und Technik dem heutigen Menschen die Illusion haben geben können, der alleinige Herr und Meister von Natur und Geschichte zu werden. Ein solcher Anspruch liegt den Auswüchsen zugrunde, die wir heute beklagen.

Der moralische Abgrund, in den die Verachtung Gottes und damit auch des Menschen die Welt vor fünfzig Jahren hinabgestürzt hat, lässt uns die Macht des „Herrschers dieser Welt“ (*Joh 14,30*) mit Händen greifen: Er vermag die Gewissen zu verführen durch die Lüge, *durch die Verachtung des Menschen und des Rechtes, durch den Kult von Herrschaft und Macht.*

An all das erinnern wir uns heute und bedenken dabei, zu welch extremen Folgen die Aufgabe jeglicher Achtung vor Gott und jeglichen transzendenten Moralgesetzes führen kann.

Achtung vor dem Völkerrecht

8. Was aber für den Menschen gilt, das gilt ebenso für die Völker. Sich an die Ereignisse von 1939 zu erinnern, bedeutet auch, sich deutlich zu machen, dass der letzte Weltkrieg als Ursache die Zerstörung der Rechte der Völker wie der Personen hatte. Darauf habe ich noch gestern hingewiesen, als ich mich an die Polnische Bischofskonferenz wandte.

Es gibt keinen Frieden, wenn nicht die Rechte aller Völker – und insbesondere der verwundbarsten – respektiert werden! Das gesamte Gebäude des internationalen Rechtes ruht auf dem Grundsatz der gleichen Achtung für die Staaten, des Rechtes auf Selbstbestimmung eines jeden Volkes und der freiwilligen Zusammenarbeit der Völker für das höhere Gemeinwohl der Menschheit.

Es ist wesentlich, dass sich heute solche Situationen nicht mehr wiederholen, wie sie in Polen von 1939 bestanden, als es nach dem Belieben skrupelloser Eindringlinge verwüstet und zerstückelt wurde. Man kommt nicht umhin, an dieser Stelle auch an die Länder zu denken, die noch nicht ihre volle Unabhängigkeit erlangt haben, sowie an jene, die davon bedroht sind, sie zu verlieren. In diesem Zusammenhang und gerade in diesen Tagen muss man den Fall des Libanon hervorheben, wo miteinander verbündete Mächte, die dabei ihre eigenen Interessen verfol-

gen, nicht zögern, sogar die Existenz einer Nation in Gefahr zu bringen.

Wir wollen nicht vergessen, dass die Organisation der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist als ein Instrument des Dialoges und des Friedens, gegründet *auf der Achtung vor den gleichen Rechten der Völker*.

Abrüstung

9. Eine der wesentlichen Bedingungen für dieses „Zusammenleben“ ist jedoch die Abrüstung.

Die fürchterlichen Prüfungen, welche Soldaten und Zivilbevölkerung zur Zeit des Zweiten Weltkrieges erduldeten, müssen die Verantwortlichen der Nationen dazu antreiben, alles zu tun, dass man unverzüglich zur Erarbeitung von *Prozessen der Kooperation, der Kontrolle und der Abrüstung* gelangt, die den Krieg undenkbar machen. Wer wollte es noch wagen, den Gebrauch von grausamsten Waffen, welche die Menschen töten und ihre Werke zerstören, zu rechtfertigen, um Streitfälle zwischen den Staaten zu lösen? Wie ich bei anderer Gelegenheit gesagt habe, „ist der Krieg in sich selbst irrational, und ... der ethische Grundsatz, Konflikte friedlich zu regeln, ist der einzige Weg, der des Menschen würdig ist“.³¹

Deshalb müssen wir unbedingt die Verhandlungen ermutigen, die zurzeit für die Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen sowie für die völlige Ächtung chemischer und anderer Waffen stattfinden. Der Heilige Stuhl

³¹ *Botschaft zum Weltfriedenstag*, 8. Dezember 1983, Nr. 4: AAS, 76 (1984), S. 295.

hat schon mehrmals erklärt, dass er es für notwendig hält, dass sich die Verhandlungsparteien wenigstens auf ein möglichst niedriges Waffenniveau verständigen, das mit ihren Bedürfnissen an Sicherheit und Verteidigung vereinbar ist.

Diese hoffnungsvollen Initiativen haben allerdings nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie getragen und begleitet sind von der Bereitschaft, die *Zusammenarbeit ebenso auf anderen Gebieten, vor allem im Bereich von Wirtschaft und Kultur*, zu verstärken. Die jüngste Versammlung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die kürzlich in Paris zum Thema der „menschlichen Dimension“ stattgefunden hat, hat das Verlangen der Länder in beiden Teilen Europas offenkundig gemacht, *überall die Ordnung des Rechtsstaates errichtet zu sehen*. Diese Staatsform erscheint ja in der Tat als der beste Garant für die Rechte der Person – darunter das Recht auf Religionsfreiheit –, deren Achtung ein unersetzlicher Faktor für den sozialen und internationalen Frieden ist.

Erziehung der jungen Generationen

10. Durch die Irrtümer und Fehler der Vergangenheit klug geworden, haben die Europäer von heute schließlich die Pflicht, an die jungen Generationen einen Lebensstil und eine Kultur weiterzugeben, die von *Solidarität und Achtung vor dem Nächsten* getragen sind. In dieser Hinsicht müsste das Christentum, das die geistigen Werte dieses Kontinents so tief geprägt hat, eine Quelle ständiger Inspiration sein: Seine Lehre von der *Person, die nach dem Bilde Gottes erschaffen ist*, kann gewiss zum Erstarken eines erneuerten Humanismus beitragen.

In der unvermeidlichen sozialen Auseinandersetzung, bei der unterschiedliche Auffassungen von der Gesellschaft aufeinander treffen, sind es sich die Erwachsenen schuldig, ein Beispiel für die Achtung des Nächsten zu geben, indem sie jeweils den Teil der Wahrheit anerkennen, der sich beim andern findet.

In einem Kontinent mit vielen Kontrasten muss man beständig lernen, sich unter den Personen, Volksgruppen und Ländern mit unterschiedlicher Kultur, Religion oder Sozialordnung *gegenseitig anzunehmen*. Die Erzieher und die Medien spielen in dieser Hinsicht eine grundlegende Rolle. Leider muss man feststellen, dass die Erziehung zur Achtung vor der Würde der Person, die nach Gottes Bild erschaffen ist, ganz sicher nicht gefördert wird durch Darbietungen von Gewalt und Unmoral, wie sie die sozialen Kommunikationsmittel allzu oft verbreiten: Das sich heranbildende Gewissen junger Menschen wird dabei verunsichert und der moralische Sinn der Erwachsenen abgestumpft.

Förderung ethischer Werte im öffentlichen Leben

11. *Das öffentliche Leben kann nicht auf ethische Kriterien verzichten.* Der Friede wird zuallererst auf dem Feld menschlicher Werte gewonnen, die von den Bürgern und Völkern gelebt und weitergegeben werden. Wenn das moralische Gewebe einer Nation brüchig wird, ist alles zu befürchten.

Die wache Erinnerung an die Vergangenheit müsste uns heutige Zeitgenossen aufmerksam machen für die stets möglichen Missbräuche im Umgang mit der Freiheit,

welche die Generation dieser Epoche zum Preis so vieler Opfer errungen hat. Das empfindliche Gleichgewicht des Friedens könnte in Gefahr geraten, wenn in den Herzen erneut solche Übel erwachen wie Rassenhass, Fremdenverachtung, Ausgrenzung der Kranken und Alten, Ausschluss der Armen, Anwendung von privater und kollektiver Gewalt. Aufgabe der Bürger ist es, unter den politischen Entwürfen diejenigen herausfinden zu können, die sich an Vernunft und moralischen Werten ausrichten; den Staaten kommt es zu, darauf zu achten, dass die Ursachen für Verbitterung oder Ungeduld dieser oder jener benachteiligten Gruppe der Gesellschaft eingegrenzt werden.

Appell an Europa

12. Euch, den Staatsmännern und Verantwortlichen der Nationen, bekunde ich noch einmal meine tiefe Überzeugung, dass die *Achtung vor Gott und die Achtung vor den Menschen zusammengehören*. Sie stellen das absolut notwendige Prinzip dar, das es den Staaten und politischen Blöcken ermöglichen wird, ihre Gegensätze zu überwinden.

Insbesondere können wir nicht Europa vergessen, wo jener schreckliche Krieg entstanden ist und das sechs Jahre lang eine wahre „Passion“ durchlebt hat, bei der es zerstört wurde und ausgeblutet ist. Nach 1945 sind wir Zeugen und Teilnehmer an lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen geworden, um Europa in materieller wie geistiger Hinsicht wieder aufzubauen.

Gestern hat dieser Kontinent den Krieg exportiert; heute kommt es ihm zu, „Baumeister des Friedens“ zu sein. Ich habe das Vertrauen, dass die Botschaft von Humanismus und Befreiung, ein Erbe seiner christlichen Geschichte,

die Völker noch immer zu befruchten vermag und auch weiterhin in der Welt aufleuchten wird.

Ja, Europa, alle schauen auf dich, weil sie sich bewusst sind, dass du immer noch eine Botschaft zu verkünden hast, nach dem Schiffbruch jener Jahre des Feuers: dass *wahre Zivilisation nicht in der Gewalt liegt*; dass sie vielmehr die *Frucht des Sieges über sich selbst* darstellt, *über die Mächte von Ungerechtigkeit, Egoismus und Hass*, die den Menschen sogar ganz und gar entstellen können.

Botschaft an die Katholiken

13. Zum Schluss möchte ich mich in ganz besonderer Weise an die Hirten und Gläubigen der katholischen Kirche wenden.

Wir haben uns soeben an einen der mörderischsten Kriege der Geschichte erinnert, der auf einem Kontinent mit christlicher Tradition entstanden ist. Eine solche Feststellung muss uns zu einer *Gewissensprüfung* über die Qualität der Evangelisierung Europas anspornen. Der Verfall der christlichen Werte, der die Irrtümer von gestern begünstigt hat, muss uns dafür wachsam machen, wie das Evangelium heute verkündet und gelebt wird.

Wir müssen leider beobachten, dass der moderne Mensch in vielen Bereichen seiner Existenz denkt, lebt und wirkt, als ob es Gott nicht gebe. Dort liegt dieselbe Gefahr wie gestern: der Mensch, der Macht des Menschen ausgeliefert.

Während Europa zur Zeit dabei ist, eine neue Gestalt anzunehmen, während in gewissen Ländern seines mittleren und östlichen Teils positive Entwicklungen stattfinden

und die Verantwortlichen der Nationen zur Lösung der großen Probleme der Menschheit immer mehr zusammenarbeiten, ruft Gott seine Kirche dazu auf, ihren eigenen *Beitrag zum Kommen einer brüderlicheren Welt* zu leisten.

Zusammen mit den anderen christlichen Kirchen wollen wir, trotz unserer noch unvollkommenen Einheit, der Menschheit von heute erneut verkünden, dass der Mensch nur dann „wahr“ ist, wenn er sich als Kreatur von Gott her empfängt; dass der Mensch nur dann seiner Würde bewusst ist, wenn er in sich selbst und in den anderen das Siegel Gottes erkennt, der ihn nach seinem Bild erschaffen hat; dass er nur in dem Maße „groß“ ist, wie er aus seinem Leben eine Antwort auf die Liebe Gottes macht und sich dem Dienst an seinen Brüdern widmet.

Gott verzweifelt nicht am Menschen. Christen, auch wir dürfen nicht am Menschen verzweifeln; denn wir wissen, dass er stets größer ist als seine Irrtümer und Fehler.

In Erinnerung an die vom Herrn einst ausgerufene Seligpreisung: „Selig, die Frieden stiften!“ (Mt 5,9), möchten wir *alle Menschen einladen*, um Dessentwillen, der mit seinem Leib ein für allemal „die Feindschaft getötet hat“ (Eph 2,16), *einander zu vergeben und zu dienen*.

Maria, der Königin des Friedens, vertraue ich diese Menschheit an und empfehle ihrer mütterlichen Fürsprache die Geschichte, an der wir mitwirken.

Damit die Welt niemals mehr die Unmenschlichkeit und Barbarei erfahren muss, die sie vor fünfzig Jahren verwüstet haben, wollen wir ohne Unterlass unseren Herrn Jesus Christus verkünden, „durch den wir jetzt schon die

Versöhnung empfangen haben“ (*Röm 5,11*), das Unterpfand der Versöhnung aller Menschen miteinander!

Sein Friede und sein Segen seien mit euch allen!

Aus dem Vatikan, am 27. August 1989, im elften Jahre meines Pontifikates.

Joannes Paulus PP. II

Vergebungsbitte von Papst Johannes Paul II.

Allgemeines Gebet, Schuldbekennnis und Vergebungsbitte beim Pontifikalgottesdienst in St. Peter in Rom (12. März 2000)

Gebetseinladung

Der Heilige Vater:

Liebe Brüder und Schwestern,
lasst uns vertrauensvoll zu Gott unserem Vater rufen,
der barmherzig und langmütig ist,
reich an Erbarmen, Liebe und Treue.
Er möge die Reue seines Volkes annehmen,
das in Demut seine Schuld bekennt,
und ihm seine Barmherzigkeit schenken.

Alle verharren im stillen Gebet.

I. Allgemeines Schuldbekennnis

*Ein Vertreter der Römischen Kurie
(Kardinal Bernardin Gantin, Dekan des Kardinalskollegiums)*

Lasst unser Bekenntnis und unsere Reue
vom Heiligen Geist beseelt sein.
Unser Schmerz sei ehrlich und tief.
Und wenn wir in Demut die Schuld der Vergangenheit be-
trachten und unser Gedächtnis ehrlich reinigen,
dann führe uns auf den Weg echter Umkehr.

Stilles Gebet

Der Heilige Vater:

Herr unser Gott,
du heiligst deine Kirche auf ihrem Weg durch die Zeit
immerfort im Blut deines Sohnes.
Zu allen Zeiten weißt du in ihrem Schoß
um Glieder, die durch ihre Heiligkeit strahlen,
aber auch um andere, die dir ungehorsam sind
und dem Glaubensbekenntnis und dem heiligen Evangelium
widersprechen.
Du bleibst treu,
auch wenn wir untreu werden.
Vergib uns unsere Schuld
und lass uns unter den Menschen wahrhaftige Zeugen für dich
sein.
Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn. R/. Amen.

Kantor:

Kyrie, eleison; Kyrie, eleison; Kyrie, eleison.

Die Gemeinde antwortet:

Kyrie, eleison; Kyrie, eleison; Kyrie, eleison.
Vor dem Kruzifix wird ein Licht entzündet.

II. Bekenntnis der Schuld im Dienst der Wahrheit

*Ein Vertreter der Römischen Kurie
(Kardinal Joseph Ratzinger, Präfekt der Kongregation für die
Glaubenslehre)*

Lass jeden von uns zur Einsicht gelangen,
dass auch Menschen der Kirche

im Namen des Glaubens und der Moral
 in ihrem notwendigen Einsatz zum Schutz der Wahrheit
 mitunter auf Methoden zurückgegriffen haben,
 die dem Evangelium nicht entsprechen.
 Hilf uns Jesus Christus nachzuahmen,
 der mild ist und von Herzen demütig.

Stilles Gebet

Der Heilige Vater:

Herr, du bist der Gott aller Menschen.
 In manchen Zeiten der Geschichte
 haben die Christen bisweilen Methoden der Intoleranz zugelassen.

Indem sie dem großen Gebot der Liebe nicht folgten,
 haben sie das Antlitz der Kirche, deiner Braut, entstellt.
 Erbarme dich deiner sündigen Kinder
 und nimm unseren Vorsatz an,
 der Wahrheit in der Milde der Liebe zu dienen
 und sich dabei bewusst zu bleiben,
 dass sich die Wahrheit nur mit der Kraft der Wahrheit selbst
 durchsetzt.

Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn. R/. Amen.

R. Kyrie, eleison; Kyrie, eleison; Kyrie, eleison.

Vor dem Kruzifix wird ein Licht entzündet.

III. Bekenntnis der Sünden gegen die Einheit des Leibes Christi

Ein Vertreter der Römischen Kurie (Kardinal Roger Etchegaray, Präsident des Komitees des Großen Jubiläums des Jahres 2000)

Lass das Eingeständnis der Sünden,
die die Einheit des Leibes Christi verwundet
und die geschwisterliche Liebe verletzt haben,
den Weg ebnen für die Versöhnung
und die Gemeinschaft aller Christen.

Stilles Gebet

Der Heilige Vater:

Barmherziger Vater,
am Abend vor seinem Leiden
hat dein Sohn darum gebetet, dass die Gläubigen in ihm eins
seien:

Doch sie haben seinem Willen nicht entsprochen.

Gegensätze und Spaltungen haben sie geschaffen.

Sie haben einander verurteilt und bekämpft.

Wir rufen inständig dein Erbarmen an und bitten dich um ein
reumütiges Herz, damit alle Christen sich in dir und untereinan-
der aussöhnen.

In einem Leib und einem Geist vereint,
sollen sie die Freude über die volle Gemeinschaft wieder erle-
ben dürfen.

Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn. R/. Amen.

R. Kyrie, eleison; Kyrie, eleison; Kyrie, eleison.

Vor dem Kruzifix wird ein Licht entzündet.

IV. Schuldbekentnis im Verhältnis zu Israel

Ein Vertreter der Römischen Kurie

*(Kardinal Edward Idris Cassidy, Präsident des Päpstlichen
Rates zur Förderung der Einheit der Christen)*

Lass die Christen der Leiden gedenken,
 die dem Volk Israel in der Geschichte auferlegt wurden.
 Lass sie ihre Sünden anerkennen
 die nicht wenige von ihnen
 gegen das Volk des Bundes und der Seligpreisungen (muss
 wohl heißen: der Verheißungen oder Segnungen) begangen
 haben, und so ihr Herz reinigen.

Stilles Gebet

Der Heilige Vater:

Gott unserer Väter,
 du hast Abraham und seine Nachkommen auserwählt,
 deinen Namen zu den Völkern zu tragen:
 Wir sind zutiefst betrübt über das Verhalten aller,
 die im Laufe der Geschichte deine Söhne und Töchter leiden
 ließen.

Wir bitten um Verzeihung und wollen uns dafür einsetzen
 dass echte Brüderlichkeit herrsche
 mit dem Volk des Bundes.

Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn. R/. Amen.

R. Kyrie, eleison; Kyrie, eleison; Kyrie, eleison.

Vor dem Kruzifix wird ein Licht entzündet.

V. Schuldbekennnis für Verfehlungen gegen die Liebe, den Frieden, die Rechte der Völker, die Achtung der Kulturen und der Religionen

Ein Vertreter der Römischen Kurie

*(Mons. Francois Xavier Nguyen Van Thuan, Präsident des
 Päpstlichen Rates „Iustitia et Pax“)*

Lass die Christen auf Jesus blicken,
der unser Herr ist und unser Friede.
Gib, dass sie bereuen können, was sie in Worten und Taten ge-
fehlt haben.

Manchmal haben sie sich leiten lassen von Stolz und Hass,
vom Willen, andere zu beherrschen,
von der Feindschaft gegenüber den Anhängern anderer Religio-
nen und den gesellschaftlichen Gruppen, die schwächer waren
als sie, wie etwa den Einwanderern und Zigeunern.

Stilles Gebet

Der Heilige Vater:

Herr der Welt, Vater aller Menschen, durch deinen Sohn hast
du uns gebeten, auch den Feind zu lieben,
denen Gutes zu tun, die uns hassen,
und für die zu beten, die uns verfolgen.

Doch oft haben die Christen das Evangelium verleugnet
und der Logik der Gewalt nachgegeben.

Die Rechte von Stämmen und Völkern haben sie verletzt,
deren Kulturen und religiösen Traditionen verachtet:

Erweise uns deine Geduld und dein Erbarmen! Vergib uns!
Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn. R/. Amen.

R. Kyrie, eleison; Kyrie, eleison; Kyrie, eleison.

Vor dem Kruzifix wird ein Licht entzündet.

VI. Bekenntnis der Sünden gegen die Würde der Frau und die Einheit des Menschengeschlechtes

*Ein Vertreter der Römischen Kurie (Kardinal Francis Arinze,
Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog)*

Lasst uns für alle beten,
die in ihrer menschlichen Würde verletzt und deren Rechte un-
terdrückt wurden.

Lasst uns beten für die Frauen, die allzu oft erniedrigt und aus-
gegrenzt werden.

Wir gestehen ein, dass auch Christen in mancher Art Schuld auf
sich geladen haben,
um sich Menschen gefügig zu machen.

Stilles Gebet

Der Heilige Vater:

Herr unser Gott, du bist unser Vater.

Du hast den Menschen als Mann und Frau erschaffen,
nach deinem Bild und Gleichnis.

Die Verschiedenheit der Völker

in der Einheit der Menschheitsfamilie hast du gewollt.

Doch mitunter wurde die gleiche Würde deiner Kinder nicht
anerkannt.

Auch die Christen haben sich schuldig gemacht,
indem sie Menschen ausgrenzten und ihnen Zugänge verwehr-
ten.

Sie haben Diskriminierungen zugelassen

aufgrund von unterschiedlicher Rasse und Hautfarbe.

Verzeih uns und gewähre uns die Gnade, die Wunden zu heilen,
die deiner Gemeinschaft aufgrund der Sünde noch immer inne-
wohnen,

damit wir uns alle als deine Söhne und Töchter fühlen können.

Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn. R/. Amen.

R. Kyrie, eleison; Kyrie, eleison; Kyrie, eleison.

Vor dem Kruzifix wird ein Licht entzündet.

VII. Bekenntnis der Sünden auf dem Gebiet der Grundrechte der Person

Ein Vertreter der Römischen Kurie (Person z. Zt. unbekannt)

Lasst uns beten für alle Menschen auf der Erde,
besonders für die Minderjährigen, die missbraucht wurden,
für die Armen, Ausgegrenzten und Letzten.
Lasst uns für diejenigen beten, die am wenigsten Schutz genießen,
für die ungeborenen Kinder, die man im Mutterleib tötet,
oder jene, die gar zu Forschungszwecken von denen benützt
werden,
die Missbrauch getrieben haben
mit den von der Biotechnologie gebotenen Möglichkeiten.
So haben sie die Ziele der Wissenschaft entstellt.

Stilles Gebet

Der Heilige Vater:

Gott unser Vater,
du hörst stets auf den Schrei der Armen.
Wie oft haben dich auch die Christen nicht wieder erkannt
in den Hungernden, Dürstenden und Nackten,
in den Verfolgten und Gefangenen,
in den gerade am Anfang ihrer Existenz
schutzlos Ausgelieferten.
Für all jene, die Unrecht getan haben,
indem sie auf Reichtum und Macht setzen
und mit Verachtung die „Kleinen“ strafen,
die dir so am Herzen liegen,
bitten wir um Vergebung:
Erbarme dich unser und nimm unsere Reue an.
Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn. R/. Amen.

R. Kyrie, eleison; Kyrie, eleison; Kyrie, eleison.

Vor dem Kruzifix wird ein Licht entzündet.

Schlussgebet

Der Heilige Vater:

Barmherziger Vater,
dein Sohn Jesus Christus, der Richter über Lebende und Tote,
hat in der Niedrigkeit seines ersten Kommens
die Menschheit aus der Sünde befreit.

Wenn er wiederkommt in Herrlichkeit,
wird er für alle Schuld Rechenschaft fordern
von unseren Vätern, von unseren Brüdern und Schwestern
und von uns, deinen Dienern.

Vom Heiligen Geist bewegt,
kehren wir mit reumütigem Herzen zu dir zurück.
Schenke uns dein Erbarmen und die Vergebung der Sünden.
Darum bitten wir durch Christus unseren Herrn. R/. Amen.

Zum Zeichen der Reue und Verehrung umarmt und küsst der
Heilige Vater das Kruzifix.

Es wird das Erste Eucharistische Hochgebet von der Versöh-
nung I mit Eigenpräfation gebetet.

„Die Kirche empfindet tiefste Trauer“

*Rede von Papst Johannes Paul II. in Yad Vashem/Jerusalem
(23. März 2000)*

„Die Worte des alten Psalms steigen aus unserem Herzen auf: ‚Ich bin geworden wie ein zerbrochenes Gefäß. Ich höre das Zischeln der Menge – Grauen ringsum. Sie tun sich gegen mich zusammen; sie sinnieren darauf, mir das Leben zu rauben. Ich aber, Herr, ich vertraue auf dich, ich sage: Du bist mein Gott‘“
(Ps 31,13–15).

An diesem Ort der Erinnerungen verspüren Verstand, Herz und Seele ein äußerstes Bedürfnis nach Stille. Stille, um sich zu erinnern. Stille, um den Erinnerungen, die wie eine Flut wiederkehren, einigermaßen Sinn zu geben. Stille, weil es keine Worte gibt, die stark genug wären, um die entsetzliche Tragödie der Shoah zu bedauern. Meine persönlichen Erinnerungen richten sich auf das, was geschah, als die Nazis Polen während des Krieges besetzten. Ich erinnere mich an meine jüdischen Freunde und Nachbarn, einige von ihnen sind umgekommen, während andere überlebten.

Ich bin nach Yad Vashem gekommen, um die Millionen jüdischer Menschen zu ehren, die all dessen beraubt wurden, was sie hatten, insbesondere ihrer menschlichen Würde, und die während des Holocaust ermordet wurden. Mehr als ein halbes Jahrhundert ist seitdem vergangen, aber die Erinnerungen bleiben.

Hier, ebenso wie in Auschwitz und an vielen anderen Orten Europas werden wir überwältigt von dem Echo der herzerreißenden Klagen so vieler. Männer, Frauen und Kinder schreien zu uns aus der Tiefe des Schreckens, den sie erfahren haben.

Wie können wir ihren Schrei nicht hören? Niemand kann das, was geschehen ist, vergessen oder ignorieren. Niemand kann das Ausmaß verringern.

Wir wollen uns erinnern. Aber wir wollen uns mit einem bestimmten Ziel erinnern, nämlich dafür zu sorgen, dass solches Böse nie wieder die Überhand gewinnt, so wie es für Millionen unschuldiger Opfer der Nazis der Fall war.

Wie konnte der Mensch den Menschen derart verachten? Weil er zu einem Punkt gelangt war, an dem er Gott verachtete. Nur eine gottlose Ideologie konnte die Auslöschung eines ganzen Volkes planen und ausführen.

Die Ehrung als „Gerechte der Völker“, die der Staat Israel in Yad Vashem denjenigen zuerkennt, die in heroischer Weise gehandelt haben um Juden zu retten, bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens, ist eine Anerkennung dafür, dass nicht einmal in der dunkelsten Stunde jegliches Licht verlöscht. Aus diesem Grund wird in den Psalmen und in der ganzen Bibel – ohne die Möglichkeit des Menschen zum Bösen zu verneinen – auch unterstrichen, dass das Böse nicht das letzte Wort haben wird. Aus der Tiefe des Schmerzes und des Leides ruft das Herz des Gläubigen: ‚Ich aber, Herr, ich vertraue auf dich, ich sage: ‚Du bist mein Gott‘ (Ps 31,14).

Juden und Christen haben ein gemeinsames geistliches Erbe, das aus der Selbstoffenbarung Gottes erwächst. Unsere religiösen Lehren und unsere geistliche Erfahrung verlangen, dass wir das Böse durch das Gute überwinden. Wir erinnern uns, aber nicht aus dem Bedürfnis nach Rache oder als Anstachelung zum Hass. Erinnern bedeutet für uns, für Frieden und Gerechtigkeit zu beten und uns dem Einsatz für diese Ziele zu verpflichten. Nur eine Welt in Frieden, mit Gerechtigkeit für alle, kann vermeiden, die entsetzlichen Fehler und kriminellen Handlungen der Vergangenheit zu wiederholen.

Als Bischof von Rom und Nachfolger des Apostels Petrus versichere ich dem jüdischen Volk, dass die katholische Kirche, motiviert durch das biblische Gesetz der Wahrheit und der Liebe und nicht durch politische Überlegungen, tiefste Trauer empfindet über den Hass, die Verfolgungen und alle antisemitischen Akte, die jemals irgendwo gegen Juden von Christen verübt wurden. Die Kirche verurteilt Rassismus in jeder Form als eine Leugnung des Abbildes Gottes in jedem menschlichen Wesen (*Gen 1,26*).

An diesem Ort der feierlichen Erinnerung bete ich eindringlich dafür, dass unser Bedauern über die Tragödie, die das jüdische Volk im 20. Jahrhundert erlitten hat, zu einer neuen Beziehung zwischen Christen und Juden führen möge. Lasst uns eine neue Zukunft bauen, in der es nie mehr antijüdische Gefühle unter Christen oder antichristliche Gefühle unter Juden gibt, sondern vielmehr gegenseitigen Respekt, so wie er von denen gefordert wird, die den einen Schöpfer und Herrn verehren und Abraham als unseren gemeinsamen Glaubensvater ansehen.

Die Welt muss die Warnung hören, die von den Opfern des Holocaust und vom Zeugnis der Überlebenden zu uns gelangt. Hier, in Yad Vashem, lebt die Erinnerung weiter und brennt sich in unsere Seelen. Sie lässt uns ausrufen: „Ich höre das Zischeln der Menge – Grauen ringsum – aber, Herr, ich vertraue auf dich, ich sage: „Du bist mein Gott““ (*Ps 31,13–15*).

Ansprache von Papst Benedikt XVI. anlässlich seines Besuches in der Kölner Synagoge (19. August 2005)

Verehrte jüdische Autoritäten,
verehrte Damen und Herren,

ich darf die Anreden, die wir vorhin hörten, alle auch von mir gesagt voraussetzen. Schalom lêchém! Es war mir ein tiefes Anliegen, anlässlich meines ersten Besuches in Deutschland nach der Wahl zum Nachfolger Petri der Jüdischen Gemeinde von Köln und den Vertretern des deutschen Judentums zu begegnen. Mit diesem Besuch möchte ich an das Ereignis des 17. Novembers 1980 anknüpfen, als mein verehrter Vorgänger, Papst Johannes Paul II., auf seiner ersten Deutschland-Reise in Mainz dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Rabbinerkonferenz begegnete.

Auch bei dieser Gelegenheit möchte ich versichern, dass ich beabsichtige, den Weg zur Verbesserung der Beziehungen und der Freundschaft mit dem jüdischen Volk, auf dem Papst Johannes Paul II. entscheidende Schritte getan hat, weiterzuführen (vgl. Ansprache an die Delegation des International Jewish Committee on Interreligious Consultations: L'Osservatore Romano, 10. Juni 2005, S. 5).

Die jüdische Gemeinde von Köln darf sich in dieser Stadt wirklich „zu Hause“ fühlen. Tatsächlich ist dies der älteste Sitz einer jüdischen Gemeinde auf deutschem Boden: Sie reicht zurück bis in das Köln der Römerzeit. Die Geschichte der Beziehungen zwischen jüdischer und christlicher Gemeinde ist komplex und oft schmerzlich. Es gab Perioden guter Nachbarschaft, doch es gab auch die Vertreibung der Juden aus Köln im Jahr 1424.

Im 20. Jahrhundert hat dann in der dunkelsten Zeit deutscher und europäischer Geschichte eine wahnwitzige neuheidnische Rassenideologie zu dem staatlich geplanten und systematisch ins Werk gesetzten Versuch der Auslöschung des europäischen Judentums geführt, zu dem, was als die Shoa in die Geschichte eingegangen ist.

Diesem unerhörten und bis dahin auch unvorstellbaren Verbrechen sind allein in Köln 7.000 namentlich bekannte – in Wirklichkeit sicher erheblich mehr – Juden zum Opfer gefallen. Weil man die Heiligkeit Gottes nicht mehr anerkannte, wurde auch die Heiligkeit menschlichen Lebens mit Füßen getreten.

In diesem Jahr gedenken wir des 60. Jahrestags der Befreiung aus den national-sozialistischen Konzentrationslagern, in deren Gaskammern Millionen von Juden – Männer, Frauen und Kinder – umgebracht und in den Krematorien verbrannt worden sind. Ich mache mir zu Eigen, was mein verehrter Vorgänger zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz geschrieben hat und sage ebenfalls: „Ich neige mein Haupt vor all denen, die diese Manifestation des mysterium iniquitatis erfahren haben.“ Die furchterlichen Geschehnisse von damals müssen „unablässig die Gewissen wecken, Konflikte beenden und zum Frieden ermahnen“ (Botschaft zur Befreiung von Auschwitz, 15. Januar 2005). Gemeinsam müssen wir uns auf Gott und seinen weisen Plan für die von ihm erschaffene Welt besinnen: Er ist – wie das Buch der Weisheit mahnt – „ein Freund des Lebens“ (11,26).

Ebenfalls in diesem Jahr sind es vierzig Jahre her, dass das Zweite Vatikanische Konzil die Erklärung *Nostra aetate* promulgiert und damit neue Perspektiven in den jüdisch-christlichen Beziehungen eröffnet hat, die durch Dialog und Partnerschaft gekennzeichnet sind. Im vierten Kapitel erinnert diese Erklärung an unsere gemeinsamen Wurzeln und an das äußerst reiche geistliche Erbe, das Juden und Christen miteinander tei-

len. Sowohl die Juden als auch die Christen erkennen in Abraham ihren Vater im Glauben (vgl. *Gal* 3,7; *Röm* 4,11 f.) und berufen sich auf die Lehren Moses und der Propheten.

Die Spiritualität der Juden wird wie die der Christen aus den Psalmen gespeist. Mit dem Apostel Paulus sind die Christen überzeugt, dass „Gnade und Berufung, die Gott gewährt, unwiderrufflich sind“ (*Röm* 11,29; vgl. 9,6.11; 11,1 f.).

In Anbetracht der jüdischen Wurzeln des Christentums (vgl. *Röm* 11,16–24) hat mein verehrter Vorgänger in Bestätigung eines Urteils der deutschen Bischöfe gesagt: „Wer Jesus Christus begegnet, begegnet dem Judentum“ (*Insegnamenti*, Bd. III/2, 1980, S. 1272; deutsche Übersetzung in: *Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945–1985*, Paderborn/München 1989, S. 74).

Deshalb beklagt die Konzilserklärung *Nostra Aetate* „alle Hassausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemand gegen das Judentum gerichtet haben“ (4). Gott hat uns alle „als sein Abbild“ (*Gen* 1,27) geschaffen und uns dadurch mit einer transzendenten Würde ausgezeichnet. Vor Gott besitzen alle Menschen die gleiche Würde, unabhängig davon, welchem Volk, welcher Kultur oder Religion sie angehören. Aus diesem Grund spricht die Erklärung *Nostra Aetate* auch mit großer Hochachtung von den Muslimen (vgl. 3) und den Angehörigen anderer Religionen (vgl. 2). Aufgrund der allen gemeinsamen Menschenwürde „verwirft die Kirche jede Diskriminierung eines Menschen oder jeden Gewaltakt gegen ihn um seiner Rasse oder Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen“ als einen Akt, der im Widerspruch zu dem Willen Christi steht (vgl. *ebd.* 5).

Die Kirche weiß sich verpflichtet, diese Lehre in der Katechese und in jedem Aspekt ihres Lebens an die nachwachsenden Ge-

nerationen, die selbst nicht mehr Zeugen der schrecklichen Ereignisse vor und während des Zweiten Weltkriegs waren, weiterzugeben.

Das ist insofern eine Aufgabe von besonderer Bedeutung, als heute leider erneut Zeichen des Antisemitismus und Formen allgemeiner Fremdenfeindlichkeit auftauchen. Sie sind Grund zur Sorge und zur Wachsamkeit. Die katholische Kirche – das möchte ich auch bei dieser Gelegenheit wieder betonen – tritt ein für Toleranz, Respekt, Freundschaft und Frieden unter allen Völkern, Kulturen und Religionen.

In den vierzig Jahren seit der Erklärung *Nostra aetate* ist in Deutschland und auf internationaler Ebene vieles zur Verbesserung und Vertiefung des Verhältnisses zwischen Juden und Christen getan worden. Neben den offiziellen Beziehungen sind besonders dank der Zusammenarbeit unter den Bibelwissenschaftlern viele Freundschaften entstanden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die verschiedenen Erklärungen der Deutschen Bischofskonferenz und an die segensreiche Tätigkeit der „Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“, die dazu beigetragen hat, dass sich die jüdische Gemeinde seit 1945 hier in Köln wieder „zu Hause“ fühlen kann und zu einem guten nachbarschaftlichen Zusammenleben mit den christlichen Gemeinden gefunden hat. Vieles bleibt freilich noch zu tun. Wir müssen uns noch viel mehr und viel besser gegenseitig kennen lernen.

Deshalb ermutige ich zu einem aufrichtigen und vertrauensvollen Dialog zwischen Juden und Christen. Nur so wird es möglich sein, zu einer beiderseits akzeptierter Interpretation noch strittiger historischer Fragen zu gelangen und vor allem Fortschritte in der theologischen Einschätzung der Beziehung zwischen Judentum und Christentum zu machen. In diesem Dialog kann es ehrlicherweise nicht darum gehen, die bestehen-

den Unterschiede zu übergehen oder zu verharmlosen: Auch und gerade in dem, was uns aufgrund unserer tiefsten Glaubensüberzeugung voneinander unterscheidet, müssen wir uns gegenseitig respektieren.

Schließlich sollte unser Blick nicht nur zurück in die Geschichte gehen, er sollte ebenso vorwärts auf die heutigen und morgigen Aufgaben gerichtet sein. Unser reiches gemeinsames Erbe und unsere an wachsendem Vertrauen orientierten geschwisterlichen Beziehungen verpflichten uns, gemeinsam ein noch einhelligeres Zeugnis zu geben und praktisch zusammenzuarbeiten in der Verteidigung und Förderung der Menschenrechte und der Heiligkeit des menschlichen Lebens, für die Werte der Familie, für soziale Gerechtigkeit und für den Frieden in der Welt.

Der Dekalog (vgl. *Ex* 20; *Dtn* 5) ist für uns gemeinsames Erbe und gemeinsame Verpflichtung. Die „Zehn Gebote“ sind nicht Last, sondern Wegweiser zu einem geglückten Leben. Sie sind es besonders für die Jugendlichen, die ich in diesen Tagen treffe und die mir so sehr am Herzen liegen. Ich wünsche mir, dass sie den Dekalog als die Leuchte für ihre Schritte und als Licht für ihre Pfade (vgl. *Ps* 119,105) erkennen.

Die Erwachsenen tragen die Verantwortung, den jungen Menschen die Fackel der Hoffnung weiterzureichen, die Juden wie Christen von Gott geschenkt worden ist, damit die Mächte des Bösen „nie wieder“ die Herrschaft erlangen und die künftigen Generationen mit Gottes Hilfe eine gerechtere und friedvollere Welt errichten können, in der alle Menschen das gleiche Bürgerrecht besitzen.

Ich schließe mit den Worten aus *Psalms* 29, die ein Glückwunsch und zugleich ein Gebet sind: „Der Herr gebe Kraft seinem Volk. Der Herr segne sein Volk mit Frieden.“

Möge er uns erhören!

Ansprache von Papst Benedikt XVI. im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau (28. Mai 2006)

An diesem Ort des Grauens, einer Anhäufung von Verbrechen gegen Gott und den Menschen ohne Parallele in der Geschichte, zu sprechen, ist fast unmöglich – ist besonders schwer und bedrückend für einen Christen, einen Papst, der aus Deutschland kommt. An diesem Ort versagen die Worte, kann eigentlich nur erschüttertes Schweigen stehen – Schweigen, das ein inwendiges Schreien zu Gott ist: Warum hast du geschwiegen? Warum konntest du dies alles dulden? In solchem Schweigen verbeugen wir uns inwendig vor der ungezählten Schar derer, die hier gelitten haben und zu Tode gebracht worden sind; dieses Schweigen wird dann doch zur lauten Bitte um Vergebung und Versöhnung, zu einem Ruf an den lebendigen Gott, dass er solches nie wieder geschehen lasse.

Vor 27 Jahren, am 7. Juni 1979, stand hier Papst Johannes Paul II. Er sagte damals: „Heute komme ich hierher als Pilger. Es ist bekannt, dass ich viele Male hierher gekommen bin ... Wie oft! Und oft bin ich hinab gestiegen in die Todeszelle von Maximilian Kolbe und bin stehen geblieben vor der Todesmauer, durch die Trümmer der Krematorien von Birkenau gegangen. Ich konnte als Papst unmöglich nicht hierher kommen.“ Papst Johannes Paul II. stand hier als Kind des Volkes, das neben dem jüdischen Volk am meisten an diesem Ort und überhaupt im Laufe des Krieges hat leiden müssen: „6 Millionen Polen haben ihr Leben während des Zweiten Weltkriegs verloren, ein Fünftel der Nation“, sagte der Papst damals erinnernd. Er hat hier den Mahnruf zur Achtung der Rechte des Menschen und der Nationen erhoben, den zuvor seine Vorgänger Johannes XXIII. und Paul VI. vor der Welt erhoben hatten, und hat hinzugefügt: „Ich

verkündige diese Rechte als Sohn der Nation, die in ihrer entfernten und jüngeren Geschichte vielfältige Qualen durch andere erlitten hat. Ich sage dies nicht, um anzuklagen, sondern um zu erinnern. Ich spreche im Namen aller Nationen, deren Rechte verletzt und vergessen werden ...“

Papst Johannes Paul II. stand hier als Sohn des polnischen Volkes. Ich stehe hier als Sohn des deutschen Volkes, und gerade deshalb muss ich, darf ich wie er sagen: Ich konnte unmöglich nicht hierher kommen. Ich musste kommen. Es war und ist eine Pflicht der Wahrheit, dem Recht derer gegenüber, die gelitten haben, eine Pflicht vor Gott, als Nachfolger von Johannes Paul II. und als Kind des deutschen Volkes hier zu stehen – als Sohn des Volkes, über das eine Schar von Verbrechern mit lügnerischen Versprechungen, mit der Verheißung der Größe, des Wiedererstehens der Ehre der Nation und ihrer Bedeutung, mit der Verheißung des Wohlergehens und auch mit Terror und Einschüchterung Macht gewonnen hatte, so dass unser Volk zum Instrument ihrer Wut des Zerstörens und des Herrschens gebraucht und missbraucht werden konnte. Ja, ich konnte unmöglich nicht hierher kommen. Am 7. Juni 1979 hatte ich als Erzbischof von München und Freising unter den vielen Bischöfen hier gestanden, die den Papst begleiteten, auf ihn hörten und mit ihm beteten. 1980 war ich dann noch einmal mit einer Delegation deutscher Bischöfe an diese Stätte des Grauens gegangen, erschüttert ob des Bösen und dankbar dafür, dass über dieser Finsternis der Stern der Versöhnung aufgegangen war. Dazu bin ich auch heute hier: die Gnade der Versöhnung zu erbitten – von Gott zuerst, der allein unsere Herzen auf tun und reinigen kann; von den Menschen, die hier gelitten haben und schließlich die Gnade der Versöhnung für alle, die in dieser unserer Stunde der Geschichte auf neue Weise unter der Macht des Hasses und der vom Hass geschürten Gewalt leiden.

Wie viele Fragen bewegen uns an diesem Ort! Immer wieder ist da die Frage: Wo war Gott in jenen Tagen? Warum hat er geschwiegen? Wie konnte er dieses Übermaß von Zerstörung, diesen Triumph des Bösen dulden? Die Worte des Psalm 44 kommen uns in den Sinn, die Klage des leidenden Israel: „[...] Du hast uns verstoßen an den Ort der Schakale und uns bedeckt mit Finsternis ... Um deinetwillen werden wir getreten Tag für Tag, behandelt wie Schafe, die man zum Schlachten bestimmt hat. Wach auf, warum schläfst du, Herr? Erwache, verstoß uns nicht für immer! Warum verbirgst du dein Gesicht, vergisst unsere Not und Bedrängnis? Unsere Seele ist in den Staub hinabgebeugt, unser Leib liegt am Boden. Steh auf – hilf uns! In deiner Huld erlöse uns!“ (Ps 44,20.23–27). Dieser Notschrei des leidenden Israel an Gott in Zeiten der äußersten Bedrängnis ist zugleich der Notruf all derer in der Geschichte – gestern, heute und morgen –, die um Gottes willen, um der Wahrheit und des Guten willen leiden, und das sind viele, auch heute.

Wir können in Gottes Geheimnis nicht hineinblicken – wir sehen nur Fragmente und vergreifen uns, wenn wir uns zum Richter über Gott und die Geschichte machen wollen. Dann würden wir nicht den Menschen verteidigen, sondern zu seiner Zerstörung beitragen. Nein – im letzten müssen wir bei dem demütigen, aber eindringlichen Schrei zu Gott bleiben: Wach auf! Vergiss dein Geschöpf Mensch nicht! Und unser Schrei an Gott muss zugleich ein Schrei in unser eigenes Herz hinein sein, dass in uns die verborgene Gegenwart Gottes aufwache – dass seine Macht, die er in unseren Herzen hinterlegt hat, nicht in uns vom Schlamm der Eigensucht, der Menschenfurcht und der Gleichgültigkeit, des Opportunismus verdeckt und niedergehalten werde. Wir stoßen diesen Ruf an Gott, diesen Ruf in unser eigenes Herz hinein, gerade auch in dieser unserer gegenwärtigen Stunde aus, in der neue Verhängnisse drohen, in der neu alle dunklen Mächte aus dem Herzen des Menschen aufzusteigen schei-

nen – auf der einen Seite der Missbrauch Gottes zur Rechtfertigung blinder Gewalt gegen Unschuldige, auf der anderen Seite der Zynismus, der Gott nicht kennt und den Glauben an ihn verhöhnt. Wir rufen zu Gott, dass er die Menschen zur Einsicht bringe, damit sie erkennen, dass Gewalt keinen Frieden stiftet, sondern nur wieder Gewalt hervorruft – eine Spirale der Zerstörungen, in der alle am Ende nur Verlierer sein können. Der Gott, dem wir glauben, ist ein Gott der Vernunft – einer Vernunft, die freilich nicht neutrale Mathematik des Alls, sondern eins mit der Liebe, mit dem Guten ist. Wir bitten Gott, und wir rufen zu den Menschen, dass diese Vernunft, die Vernunft der Liebe, der Einsicht in die Kraft der Versöhnung und des Friedens die Oberhand gewinne inmitten der uns umgebenden Drohungen der Unvernunft oder einer falschen, von Gott gelösten Vernunft.

Der Ort, an dem wir stehen, ist ein Ort des Gedächtnisses, ist der Ort der Shoa. Das Vergangene ist nie bloß vergangen. Es geht uns an und zeigt uns, welche Wege wir nicht gehen dürfen und welche wir suchen müssen. Wie Johannes Paul II. bin ich die Steine entlanggegangen, die in den verschiedenen Sprachen an die Opfer dieses Ortes erinnern: in weißrussisch, tschechisch, deutsch, französisch, griechisch, hebräisch, kroatisch, italienisch, jiddisch, ungarisch, niederländisch, norwegisch, polnisch, russisch, roma, rumänisch, slowakisch, serbisch, ukrainisch, jüdisch-spanisch und englisch. All diese Gedenksteine künden von menschlichem Leid, lassen uns den Zynismus der Macht ahnen, die Menschen als Material behandelte und sie nicht als Personen anerkannte, in denen Gottes Ebenbild aufleuchtet. Einige Steine laden zu einem besonderen Gedenken ein. Da ist der Gedenkstein in hebräischer Sprache. Die Machthaber des Dritten Reiches wollten das jüdische Volk als ganzes zertreten, es von der Landkarte der Menschheit tilgen; auf furchtbare Weise haben sich da die Psalmworte bestätigt: „Wie

Schafe werden wir behandelt, die zum Schlachten bestimmt sind.“ Im tiefsten wollten jene Gewalttäter mit dem Austilgen dieses Volkes den Gott töten, der Abraham berufen, der am Sinai gesprochen und dort die bleibend gültigen Maße des Menschseins aufgerichtet hat. Wenn dieses Volk einfach durch sein Dasein Zeugnis von dem Gott ist, der zum Menschen gesprochen hat und ihn in Verantwortung nimmt, so sollte dieser Gott endlich tot sein und die Herrschaft nur noch dem Menschen gehören – ihnen selber, die sich für die Starken hielten, die es verstanden hatten, die Welt an sich zu reißen. Mit dem Zerstören Israels, mit der Shoa, sollte im letzten auch die Wurzel ausgerissen werden, auf der der christliche Glaube beruht und endgültig durch den neuen, selbstgemachten Glauben an die Herrschaft des Menschen, des Starken, ersetzt werden. Da ist dann der Stein in polnischer Sprache: Man wollte zunächst und zuerst die geistige Führung Polens auslöschen und damit das Volk als eigenes geschichtliches Subjekt austilgen, um es, soweit es weiter bestand, zu einem Volk von Sklaven zu erniedrigen. Dann lädt besonders der Stein zum Nachdenken ein, der in der Sprache der Sinti und Roma geschrieben ist. Auch hier sollte ein ganzes Volk verschwinden, das quer durch die einzelnen Völker wandert und lebt. Es wurde zu den unnützen Elementen der Weltgeschichte gerechnet, in einer Weltanschauung, in der nur noch der messbare Nutzen zählen sollte; alles andere wurde nach deren Vorstellungen als lebensunwertes Leben eingestuft. Da ist dann der Gedenkstein in russisch, der uns an die ungeheuren Blutopfer der russischen Soldaten im Kampf gegen das nationalsozialistische Terror-Regime erinnert und freilich zugleich an die tragische Doppelbedeutung ihres Einsatzes denken lässt: Während sie Völker von der einen Diktatur befreiten, haben sie doch auch dieselben Völker einer neuen Diktatur, derjenigen Stalins und der kommunistischen Ideologie, unterworfen. Auch alle anderen Steine in den vielen Sprachen Euro-

pas sprechen uns von dem Leiden der Menschen aus diesem ganzen Kontinent; sie würden erst vollends zu unserem Herzen sprechen, wenn wir nicht mehr nur der Opfer im Großen und Ganzen gedächten, sondern die einzelnen Gesichter von Menschen sehen würden, die hier im Dunkel des Terrors endeten. Es war mir eine innere Pflicht, auch vor dem Gedenkstein in deutscher Sprache besonders innezuhalten. Von dort tritt das Gesicht von Edith Stein, Theresia Benedicta vom heiligen Kreuz, auf uns zu – Jüdin und Deutsche, die zusammen mit ihrer Schwester im Grauen der Nacht des nazideutschen Konzentrationslagers verschwunden ist, die als Christin und als Jüdin mit ihrem Volk und für ihr Volk sterben wollte. Die Deutschen, die damals nach Auschwitz-Birkenau verbracht wurden und hier gestorben sind, wurden als Abschaum der Nation hingestellt. Aber nun erkennen wir sie dankbar als die Zeugen der Wahrheit und des Guten, das auch in unserem Volk nicht untergegangen war. Wir danken diesen Menschen, dass sie sich der Macht des Bösen nicht gebeugt haben und so als Lichter in einer dunklen Nacht vor uns stehen. Wir beugen uns in Ehrfurcht und Dankbarkeit vor all denen, die wie die drei Jünglinge angesichts der Drohung des babylonischen Feuerofens geantwortet haben: „Wenn überhaupt jemand, so kann nur unser Gott... uns retten. Tut er es aber nicht, so sollst du, König, wissen: Auch dann verehren wir deine Götter nicht und beten das goldene Standbild nicht an, das du errichtet hast“ (*Dan 3,17 f.*).

Ja, hinter diesen Gedenksteinen verbirgt sich das Geschick von unzähligen Menschen. Sie rütteln unser Gedächtnis auf, sie rütteln unser Herz auf. Nicht zum Hass wollen sie uns bringen: Sie zeigen uns, wie furchtbar das Werk des Hasses ist. Sie wollen uns zur Einsicht bringen, die das Böse als Böses erkennt und verneint; sie wollen den Mut zum Guten, zum Widerstand gegen das Böse in uns wecken. Sie wollen uns zu jener Gesinnung bringen, die sich in den Worten ausdrückt, die Sophokles

der Antigone angesichts des Grauens um sie herum in den Mund gelegt hat: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da.“

Gottlob wachsen im Umkreis dieser Stätte des Grauens mit der Reinigung des Gedächtnisses, zu der sie uns drängt, vielfältige Initiativen, die dem Bösen eine Grenze setzen, dem Guten Kraft geben wollen. Eben durfte ich das Zentrum für Dialog und Gebet segnen. Ganz nah dabei vollzieht sich das verborgene Leben der Karmelitinnen, die sich besonders dem Geheimnis des Kreuzes Christi verbunden wissen und uns an den Glauben der Christen erinnern, dass Gott selbst in die Hölle der Leiden abgestiegen ist und mit uns leidet. In Oświęcim besteht das Zentrum des heiligen Maximilian und das Internationale Zentrum für die Erziehung über Auschwitz und den Holocaust. Es gibt das Internationale Haus für Jugendbegegnungen. Bei einem der alten Gebetshäuser besteht das Jüdische Zentrum. Schließlich ist die Akademie für die Menschenrechte im Aufbau begriffen. So dürfen wir hoffen, dass aus dem Ort des Grauens Besinnung wächst und dass das Erinnern hilft, dem Bösen zu widerstehen und der Liebe zum Sieg zu verhelfen.

Die Menschheit hat in Auschwitz-Birkenau eine „finstere Schlucht“ durchschritten. So möchte ich gerade an dieser Stelle mit einem Gebet des Vertrauens schließen – einem Psalm Israels, der zugleich ein Gebet der Christenheit ist: „Der Herr ist mein Hirte, nichts wird mir fehlen. Er lässt mich lagern auf grünen Auen und führt mich zum Ruheplatz am Wasser. Er stillt mein Verlangen; er leitet mich auf rechten Pfaden, treu seinem Namen. Muss ich auch wandern in finsterner Schlucht, ich fürchte kein Unheil; denn du bist bei mir, dein Stock und dein Stab geben mir Zuversicht ... Im Haus des Herrn darf ich wohnen für lange Zeit“ (*Ps* 23,1–4.6).